



HDI

Das ist Versicherung.

Nr. 5 / Oktober 2016 / 36. Jahrgang

GI aktuell

Informationen für wirtschaftsprüfende,
rechts- und steuerberatende Berufe

Inhalt

Editorial	129	Anwaltshaftung	148
GI Entscheidungen	130	Arbeitsrechtliches Mandat / Beratung im Steuerrecht / Beschränktes Mandat (OLG Düsseldorf, Urt. v. 23.3.2015 – 24 U 105/14)	
GI Literatur-Ecke	160	Steuerberaterhaftung	150
Anwaltshaftung	130	Auskunft des Mandanten / Überprüfung der Auskunft auf Wahrheitsgehalt (LG Düsseldorf, Urt. v. 14.4.2016 – 1 O 30/15)	
Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter / Schutz des Vertreters des Mandanten (BGH, Urt. v. 21.7.2016 – IX ZR 252/15)		Versicherungsschutz des Rechtsanwalts	152
Anwaltshaftung	136	Versicherte Anwaltstätigkeit / Rechtsberatung und Rechts- vertretung / Geldannahme von Anlegern / Weiterleitung der Gelder (LG Hannover, Urt. v. 13.4.2016 – 6 O 306/15)	
Belehrungspflichten / Unterlassene Belehrung / Beweislast des Mandanten / Vergleichsvorschlag des Gerichts (BGH, Urt. v. 14.7.2016 – IX ZR 291/14)		Anwaltshaftung	155
Anwaltsvergütung	139	Negative Feststellungsklage gegen den Mandanten / Fest- stellungsinteresse / Darlegungs- und Beweislast des Mandanten / Widerklage des Mandanten (LG Schwerin, Urt. v. 13.2.2013 – 3 O 284/12)	
Verbot widerstreitender Interessen / Nichtigkeit des Anwalts- vertrages / Nachteilige Maßnahmen im Gebühreninteresse / Gefährdung der Stellung als unabhängiges Organ der Rechtspflege (BGH, Urt. v. 12.5.2016 – IX ZR 241/14)		Versicherungsrecht	158
Anwaltshaftung	144	Haftpflichtversicherung / Selbstbehalt / Keine Aufklärungspflicht über Eigenanteil (AG Hannover, Urt. v. 25.9.2014 – 541 C 8979/13)	
Höchststrichterlich ungeklärte Rechtsfrage / Pfändung des Gesellschaftsanteils / Darlegungslast und beratungskonformes Verhalten (BGH, Urt. v. 17.3.2016 – IX ZR 142/14)			

Neues aus der Blaurockschule.



NEU!

Blaurock, Handbuch Stille Gesellschaft. Gesellschaftsrecht – Steuerrecht. Herausgegeben von Prof. Dr. Uwe Blaurock. Bearbeitet von Prof. Dr. Uwe Blaurock, Prof. Dr. Peter Jung, Maître en droit, RA Dr. Hans-Georg Kauffeld, Prof. Dr. Philipp Lamprecht, RiBFH Dr. Christian Levedag, LL.M., StB Dr. Tobias Teufel, Notar Dr. Thomas Wachter. 8., neu bearbeitete und erweiterte Auflage 2016, 1.024 Seiten Lexikonformat, gbd. 169,- €. ISBN 978-3-504-33527-4

Das einzigartige Standardwerk zum Recht der Stillen Gesellschaft ist wieder auf dem neuesten Stand. Zudem hat Professor Blaurock sein Werk zusammen mit einem kleinen, feinen Autorenteam seiner ehemaligen Schüler – Rechtsanwälte, Richter, Notare, Wissenschaftler – komplett überarbeitet, ja weitgehend sogar völlig neu geschrieben, sodass sein Handbuch jetzt noch praxisnäher ist.

Hier finden Sie die passenden Antworten auf alle zivil- und steuerrechtlichen Fragen rund um die beliebte Gesellschaftsform: auf hohem Niveau, wissenschaftlich fundiert. Mit umfangreichem Musterteil. Mit neuen Kapiteln und jeder Menge neuer, wichtiger Rechtsprechung.

Blaurock, Handbuch Stille Gesellschaft. Jetzt Probe lesen und gleich bestellen bei www.otto-schmidt.de/stg8

otto schmidt

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

Rafael Meixner
Rechtsanwalt

Im „Mappus“-Verfahren liegt die Entscheidung des BGH vor: Den verklagten Anwälten wurde eine Fehlberatung des Landes Baden-Württemberg beim Kauf von Anteilen eines Energieversorgers vorgeworfen. Kläger in dem Verfahren war nicht das Land, sondern der ehemalige Ministerpräsident. Der BGH verneinte eine Schutzwirkung des mit dem Land geschlossenen **Anwaltsvertrags** zugunsten des Ministerpräsidenten. Ein zwischen dem Mandanten und dem Anwalt geschlossener Beratungsvertrag hat in der Regel **keine Schutzwirkungen** zugunsten des **Vertreters** des Mandanten für Vermögenseinbußen des Vertreters.

In einem vom OLG Düsseldorf entschiedenen Fall übersah ein **Rechtsanwalt** die Möglichkeit, bei einem Abfindungsvergleich durch Verschiebung des Beendigungszeitpunktes des Arbeitsverhältnisses bzw. der Abfindungszahlung in das kommende Kalenderjahr eine Steuerersparnis zu erreichen. Das einem Rechtsanwalt erteilte **Mandat** umfasse aber – so das OLG – in der Regel nicht auch eine **steuerrechtliche Beratung**, sofern nicht der Anwalt zugleich Fachanwalt für Steuerrecht ist oder es sich um eine bekannte steuerrechtliche Regelung handelt.

Der **Steuerberater** muss – so das LG Düsseldorf – die **Angaben** des Mandanten gegebenenfalls **überprüfen**. Eine Steuerberaterin hatte ohne weitere Prüfung die vom Mandanten erteilte Information übernommen, für eine ihm von seinem Arbeitgeber gezahlte Zulage sei keine Steuer abgeführt worden. In der Folge wurde für die Zulage nicht nur Lohnsteuer, sondern aufgrund der von der Steuerberaterin erstellten Erklärung auch noch weitere Einkommenssteuer wegen vermeintlicher Einkünfte aus selbständiger Tätigkeit gezahlt. Nach Auffassung des Gerichts muss die Steuerberaterin die Aussage des Mandanten auf ihren Wahrheitsgehalt hin prüfen.

Ein **Rechtsanwalt**, der sein **Geschäftskonto** zur **bloßen Weiterleitung** darauf eingehender Anlegergelder zur Verfügung stellt, übt **keine versicherte Tätigkeit** als Rechtsanwalt aus. Unerheblich – so das LG Hannover – ist, wenn der Anwalt gerade auch deshalb auf Schadenersatz in Anspruch genommen wurde, weil er besonderes, in seinem Renommee als Rechtsanwalt begründetes Vertrauen in Anspruch genommen hat. Denn die Bedingungen der Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung knüpfen an die konkrete Tätigkeit des Rechtsanwalts und nicht an dessen Status an.

Rafael Meixner

Anwaltshaftung

- Vertrag mit Schutzwirkung zugunsten Dritter
- Schutz des Vertreters des Mandanten
(BGH, Urt. v. 21.7.2016 – IX ZR 252/15)

Leitsatz:

Ist Gegenstand des mit einem Anwalt geschlossenen Beratungsvertrags die Beratung für Entscheidungen des Mandanten, hat der Anwaltsvertrag im Allgemeinen keine Schutzwirkungen zugunsten des (gesetzlichen) Vertreters des Mandanten für Vermögenseinbußen des Vertreters, die darauf zurückzuführen sind, dass dem Vertreter im Zusammenhang mit dem Gegenstand der anwaltlichen Beratung zu Recht oder zu Unrecht eigene Pflichtverletzungen vorgeworfen werden. ■

Tatbestand:

Der Kläger war von Februar 2010 bis Mai 2011 Ministerpräsident des Landes (fortan: Land). Er beabsichtigte, das Land 45,01 v.H. der Aktien der börsennotierten E. AG (fortan: E.) von der F. S.A. (fortan: F.) erwerben zu lassen. Im November 2010 ließ der Kläger den mit ihm befreundeten Dr. N., der zu diesem Zeitpunkt Vorstandsvorsitzender der M. AG, der deutschen Tochtergesellschaft der M. & Co. LLC, war, bei der Beklagten zu 1) anfragen, ob diese bereit sei, das Land „bei einer Transaktion mit E./F. auf der anderen Seite“ zu vertreten. Der Beklagte zu 2) ist Partner der Beklagten zu 1); er erklärte am 25.11.2010 gegenüber Dr. N., dass die Beklagte zu 1) das Mandat übernehmen werde.

Am 26.11.2010 führten der Kläger, der Beklagte zu 2), Dr. N. und P., zu dieser Zeit Präsident des conseil d'administration (Verwaltungsrat) der E., eine Telefonkonferenz durch. Sie vereinbarten, dass der Kläger am 6.12.2010, 9.00 Uhr, der F. ein Angebot machen werde, die Aktien der E. von der F. zu übernehmen, welches nur unter dem Vorbehalt der Kabinettszustimmung stehen und im Übrigen unbedingt sein sollte.

Die Beklagte zu 1) prüfte im Folgenden u. a., ob das Land die Aktien der E. ohne eine vorherige Befassung des Landtages von ... erwerben könne. Dabei verfasste einer der Partner der Beklagten zu 1) am 29.11.2010 eine fünfseitige Stellungnahme, in der er darauf hinwies, dass nach Art. 81 der Landesverfassung (fortan: LV) der Finanzminister nur im Falle eines unvorhergesehenen und unabweisbaren Bedürfnisses die Zustimmung für über- und außerplanmäßige Ausgaben erteilen dürfe. Die Beklagten suchten noch am 29.11.2010 zudem nach alternativen Lösungen.

Am 30.11.2010 erstellte der Haushaltsreferent im Staatsministerium des Landes einen zweiseitigen Vermerk zu der fiktiven Vorgabe, unter welchen Voraussetzungen das Land Aktien der D. AG erwerben könne. Diesen Vermerk leitete Dr. N. am selben Tag um 8:53 Uhr an den Beklagten zu 2) mit dem Bemerkten „Wir haben die Lösung“ weiter und fragte an, ob die Beklagte zu 1) eine „legal opinion“ erstellen könne. Es folgte ein Austausch von E-Mails und telefo-

naten. Mit Mail vom 30.11.2010, 14:52 Uhr teilte der Beklagte zu 2) Dr. N. mit, „unsere Verfassungsrechtler haben den telefonisch besprochenen Weg abgesegnet. Wir lösen das über Art. 81 LV, das heißt die Zustimmung des Finanzministers. Also kein Parlamentsvorbehalt, wir können am 6.12. ohne Bedingungen (außer Fusionskontrolle) abschließen.“ Am 1.12.2010 abends trafen sich der Kläger und der Beklagte zu 2). Am 2.12.2010 schloss die Beklagte zu 1) mit dem Land und mit der vom Land erworbenen N. GmbH gleichlautende Mandats- und Vergütungsvereinbarungen über anwaltliche Beratungsleistungen.

Am 5.12.2010 zwischen 23 und 24 Uhr informierte der Kläger in Anwesenheit des Beklagten zu 2) den Finanzminister des Landes über den geplanten Kauf der Aktien der E. und die erforderliche Zustimmungserklärung nach Art. 81 LV. Dieser unterzeichnete die Zustimmungserklärung nach Art. 81 LV unter dem 6.12.2010. Am 6.12.2010 stimmte das Kabinett des Landes dem Erwerb der Aktien der E. zu. Am selben Tag schloss die vom Land zu diesem Zweck erworbene N. GmbH mit der die Aktien haltende Tochtergesellschaft der F. den Aktienkaufvertrag. Das Land übernahm eine Garantie für die Verpflichtungen der N. GmbH aus diesem Kaufvertrag. Am 15.12.2010 genehmigte der Landtag den erforderlichen Nachtragshaushalt. Nach Genehmigung durch die Kartellbehörde wurde der Kauf am 17.2.2011 vollzogen.

Im August 2011 legte der Kläger sein Landtagsmandat nieder und nahm eine Tätigkeit für die M. KGaA auf. Dieses Dienstverhältnis endete im November 2011. Der Staatsgerichtshof für das Land stellte mit Urt. v. 6.10.2011 fest, dass die Landesregierung das Recht des Landtags aus Art. 79 LV verletzt habe, weil sie es unterlassen habe, für die im Aktienkaufvertrag zwischen F. und N. GmbH enthaltene Garantieübernahme des Landes die vorherige Ermächtigung des Landtages einzuholen. Auf Art. 81 LV habe sich die Regierung nicht stützen können. Der Landtag richtete im Dezember 2011 einen Untersuchungsausschuss ein. Im Juli 2012 leitete die Staatsanwaltschaft S. ein Ermittlungsverfahren gegen den Kläger wegen des Verdachts der Untreue ein, das die Staatsanwaltschaft am 29.10.2014 gemäß § 170 Abs. 2 StPO einstellte.

Der Kläger macht geltend, die Beklagten hätten ihn falsch beraten. Insbesondere hätten sie nicht hinreichend über die Risiken im Zusammenhang mit dem Notbewilligungsrecht gemäß Art. 81 LV belehrt. Weiter hätten die Beklagten auf §§ 7, 65 LHO hinweisen und die Wertermittlung prüfen müssen. Hierdurch sei ihm ein Schaden entstanden, für den die Beklagten einzustehen hätten, weil der mit dem Land abgeschlossene Anwaltsvertrag Schutzwirkung für Dritte entfalte. Der Schaden bestehe insbesondere in den Prozesskosten für die Verteidigung im strafrechtlichen Ermittlungsverfahren sowie in Vermögenseinbußen aufgrund der Beendigung seines Dienstverhältnisses bei der M. KGaA.

Der Kläger hat Klage auf Feststellung erhoben, dass die Beklagten verpflichtet seien, ihm alle Schäden zu ersetzen, die er durch die Verletzung des Beratungsvertrags betreffend

den Erwerb des E.-Aktienpakets erlitten habe. Das LG hat die Klage abgewiesen, das OLG die Berufung des Klägers zurückgewiesen. Mit seiner vom Berufungsgericht zugelassenen Revision verfolgt der Kläger sein Begehren weiter. ■

Aus den Gründen:

Die Revision hat keinen Erfolg.

I. Das Berufungsgericht hat ausgeführt, ein Anspruch des Klägers komme nur unter dem Gesichtspunkt eines Vertrags mit Schutzwirkung zugunsten Dritter in Betracht. Der Anwaltsvertrag baue auf dem Vertrauensverhältnis zwischen Mandant und Anwalt auf und sei vom Inhalt her streng zweiseitig ohne Außenwirkung angelegt. Daher erlaube ein Anwaltsvertrag nur in seltenen Fällen eine unmittelbar schadenersatzauslösende Einbeziehung Dritter in die aus dem Vertrag entstehenden Pflichten.

Eine ausdrückliche Abrede über die Einbeziehung des Klägers in den Schutzbereich des Vertrags sei nicht getroffen worden. Auch eine ergänzende Vertragsauslegung führe nicht dazu, dass der Kläger in den Schutzbereich des Anwaltsvertrags zwischen dem Land und der Beklagten zu 1) einbezogen sei. Es fehle bereits an einer ausreichenden Leistungsnähe des Klägers. Dies richte sich letztlich danach, ob ein spezifischer Risikozusammenhang zwischen der vertraglich geschuldeten Leistung und den Interessen des Dritten bestehe. Eine mittelbare Betroffenheit reiche nicht aus.

Eine haftungsrechtliche Inanspruchnahme des Ministerpräsidenten sei keine typische Begleiterscheinung einer unzutreffenden rechtlichen Beratung des Landes. § 48 Beamtenstatusgesetz (BeamStG) gelte nicht für den Ministerpräsidenten. Aus Art. 57 LV folgten keine Schadenersatzansprüche.

§ 1 des Ministergesetzes (MinG) begründe keine Fürsorgepflicht des Landes. Die Kosten der Rechtsverteidigung in einem strafrechtlichen Ermittlungsverfahren und eine Beeinträchtigung des beruflichen Fortkommens stellten lediglich mittelbare Folgen dar. Sie gingen nicht über die allgemeine Gefahr hinaus, die regelmäßig für jeden Bürger oder Beamten bestehe.

Art. 81 LV betreffe nur den Finanzminister, nicht den Kläger als Ministerpräsidenten. Ein Hinweis auf §§ 7, 65 Landeshaushaltsordnung (LHO) sei entbehrlich gewesen, weil der Inhalt dieser Normen dem Kläger bekannt gewesen sei. Eine Parallele zu den Fällen einer Schutzwirkung zugunsten eines Geschäftsführers oder Gesellschafters könne nicht gezogen werden. Ebenso wenig sei der Fall mit dem Drittschutz bei der Gutachterhaftung zu vergleichen; die Beklagte zu 1) habe kein Gutachten erstattet, sondern beraten. Der Kläger habe die Leistungen nicht als Dritter, sondern als Vertreter des Landes entgegengenommen.

II. Das hält rechtlicher Überprüfung stand.

1. Zutreffend und von der Revision nicht angegriffen hat das Berufungsgericht eine ausdrückliche Regelung über eine Einbeziehung des Klägers in den Schutzbereich des zwischen

der Beklagten zu 1) und dem Land geschlossenen Anwaltsvertrags verneint.

2. Eine solche Regelung ergibt sich auch nicht aus einer ergänzenden Vertragsauslegung.

a) Ein Anwaltsvertrag hat auch ohne ausdrückliche Regelung **Schutzwirkungen zugunsten eines Dritten**, sofern sich dies aus einer maßgeblich durch das Prinzip von Treu und Glauben geprägten ergänzenden Auslegung des Beratervertrags ergibt (BGH, Urt. v. 10.12.2015 – IX ZR 56/15, ZIP 2016, 371 Rdnr. 26 m.w.N.). Hierzu müssen nach ständiger Rechtsprechung folgende Kriterien erfüllt sein: Der Dritte muss **mit der Hauptleistung** des Rechtsanwalts **bestimmungsgemäß in Berührung kommen**. Der Gläubiger muss ein **schutzwürdiges Interesse an der Einbeziehung** des Dritten in den Schutzbereich des Beratervertrags haben. Die **Einbeziehung Dritter** muss **dem schutzpflchtigen Berater bekannt** oder für ihn zumindest erkennbar sein. **Ausgeschlossen** ist ein zusätzlicher Drittschutz regelmäßig dann, wenn der Dritte wegen des verfahrensgegenständlichen Sachverhalts bereits über einen **inhaltsgleichen vertraglichen Anspruch** verfügt (jüngst etwa BGH, a.a.O., m.w.N.).

Ob ein bestimmter Dritter im Einzelfall aufgrund dieser Kriterien in den Schutzbereich eines Vertrages einbezogen ist, ist zunächst eine Frage der Auslegung und insoweit vom Tatrichter zu entscheiden (BGH, Urt. v. 2.11.1983 – IVa ZR 20/82, NJW 1984, 355, 356; v. 19.11.2009 – IX ZR 12/09, ZIP 2010, 124 Rdnr. 10 f.). Das Revisionsgericht prüft insoweit nur, ob gesetzliche oder allgemein anerkannte Auslegungsregeln, Denkgesetze oder Erfahrungssätze verletzt sind oder wesentlicher Auslegungstoff außer Acht gelassen wurde (BGH, Urt. v. 20.4.2004 – X ZR 250/02, BGHZ 159, 1, 6 m.w.N.). Diesen Maßstäben hält die Auslegung des Berufungsgerichts stand.

b) Der zwischen dem Land und der Beklagten zu 1) geschlossene Anwaltsvertrag hat keine Schutzwirkung zugunsten des Klägers, weil es sowohl an einem ausreichenden Näheverhältnis als auch an einem schutzwürdigen Interesse des Landes fehlt, den Kläger in den Schutzbereich des Beratervertrags einzubeziehen. **Das Berufungsgericht ist zutreffend davon ausgegangen, dass eine generelle Haftung des Anwalts für Vermögensschäden von Vertretungsorganen des vom Anwalt beratenen Mandanten, die auf die rechtliche Beratung zurückzuführen sind, mit dem engen Anwendungsbereich des Vertrags mit Schutzwirkung zugunsten Dritter nicht vereinbar ist.**

Vielmehr setzt dies voraus, dass nach dem Inhalt des abgeschlossenen Beratervertrags der Mandant die Beratung auch deshalb sich vertraglich ausbedungen hat, um dem Vertretungsorgan eigene Schadenersatzansprüche zu verschaffen. Daher müssen, wenn Dritte in die Schutzwirkungen eines Vertrags einbezogen werden sollen, diese bestimmungsgemäß mit der Hauptleistung in Berührung kommen, der Gläubiger muss an deren Schutz ein besonderes Interesse haben und Inhalt und Zweck des Vertrags müssen erkennen lassen, dass diesen Interessen Rechnung getragen werden soll (BGH, Urt. v. 7.3.2013 – IX ZR 64/12, WM 2013, 802

Rdnr. 25 m.w.N.; v. 24.4.2014 – III ZR 156/13, WM 2014, 935 Rdnr. 11 m.w.N.).

aa) Das **erforderliche Näheverhältnis** liegt nur vor, wenn die Leistung des Rechtsanwalts bestimmte Rechtsgüter des Dritten nach der objektiven Interessenlage im Einzelfall mit Rücksicht auf den Vertragszweck bestimmungsgemäß typischerweise beeinträchtigen kann (D. Fischer in: G. Fischer/Vill/D. Fischer/Rinkler/Chab, *Handbuch der Anwaltschaftung*, 4. Aufl., § 10 Rdnr. 10). **Entscheidend für eine Ersatzpflicht hinsichtlich von Vermögensschäden des Dritten ist, ob die vom Anwalt zu erbringende Leistung nach objektivem Empfängerhorizont auch dazu bestimmt ist, dem Dritten Schutz vor möglichen Vermögensschäden zu vermitteln.** Der Auftraggeber muss ein entscheidendes Eigeninteresse an der Wahrung der Drittinteressen haben (Vollkommer/Greger/Heinemann, *Anwaltschaftungsrecht*, 4. Aufl. § 5 Rdnr. 18).

Inwieweit dieses Näheverhältnis besteht, hängt entscheidend von Ausprägung und Inhalt des anwaltlichen Beratungsvertrags ab. Hierzu lassen sich bei anwaltlichen oder steuerlichen Beratungsleistungen insbesondere **zwei Fallgruppen** unterscheiden.

(1) Kennzeichnend für die eine Fallgruppe ist, dass die vom Anwalt oder Steuerberater zu erbringende Leistung nach objektivem Empfängerhorizont auch dazu bestimmt ist, dass ein **Dritter die Beratungsleistung als Grundlage für Dispositionen über sein eigenes Vermögen verwenden oder auf ihrer Grundlage dem Dritten ein Vermögensvorteil zugewendet werden soll.**

Hierzu zählt etwa die Haftung des Beraters gegenüber Gesellschaftern der von ihm beratenen Gesellschaft, weil die Gesellschafter durch Vermögensdispositionen Schäden erleiden (vgl. BGH, Urt. v. 29.9.1982 – IVa ZR 309/80, WM 1983, 35 – verdeckte Gewinnausschüttung; v. 3.12.1992 – IX ZR 61/92, NJW 1993, 1139 – verdeckte Sacheinlage; v. 2.12.1999 – IX ZR 415/98, ZIP 2000, 72 – Sacheinlage statt Bareinlage; v. 13.2.2003 – IX ZR 62/02, ZIP 2003, 806 – stille Beteiligung; v. 19.5.2009 – IX ZR 43/08, WM 2009, 1376 – verdeckte Sacheinlage; v. 14.6.2012 – IX ZR 145/11, BGHZ 193, 297 Rdnr. 24, 44 – unerkannte Insolvenz der Gesellschaft; v. 10.12.2015 – IX ZR 56/15, ZIP 2016, 371 – steuerliche Optimierung), weiter die Haftung bei vom Mandanten erstrebten Vermögenszuwendungen an den Dritten (vgl. BGH, Urt. v. 6.7.1965 – VI ZR 47/64, NJW 1965, 1955 – entgangener Erbeil; v. 11.1.1977 – VI ZR 261/75, NJW 1977, 2073 – entgangenes Miteigentum; v. 13.7.1994 – IV ZR 294/93, NJW 1995, 51 – Verringerung des Erbeils; v. 13.6.1995 – IX ZR 121/94, WM 1995, 1504 – Verlust des Gesellschaftsanteils) oder auch bei zugunsten des Dritten zu sichernden Vermögenspositionen (vgl. BGH, Urt. v. 1.10.1987 – IX ZR 117/86, NJW 1988, 200 – Versorgungsansprüche der Ehefrau; v. 19.11.2009 – IX ZR 12/09, ZIP 2010, 124 – Erhaltung zedierter Forderung) oder zum Vermögensstand des Dritten (BGH, Urt. v. 10.10.1985 – IX ZR 153/84, ZIP 1985, 1495 – Haftung nach § 25 HGB).

Der eine Teil dieser Fälle zeichnet sich dadurch aus, dass der Mandant einen Vermögenszuwachs beim Dritten erstrebt. Den übrigen Fällen ist gemeinsam, dass die Beratungsleistung in erster Linie oder jedenfalls in gleichem Maße wie gegenüber dem Mandanten dazu dient, dem Dritten selbstbestimmte Einwirkungen auf sein eigenes Vermögen zu ermöglichen, sei es, dass er Rechte erwerben soll, sei es, dass Verluste vermieden werden.

(2) **Demgegenüber besteht die Besonderheit der anderen Fallgruppe darin, dass die Leistung des Anwalts nach objektivem Empfängerhorizont (auch) dazu bestimmt ist, dass der Dritte konkret feststehende Handlungsgebote, die ihn persönlich – neben dem Mandanten oder allein – treffen, einhalten und so eine – regelmäßig neben die des Mandanten tretende – persönliche Haftung vermeiden kann.** Daher ergibt sich bei einer steuerlichen Beratung der GmbH eine Leistungsnähe zugunsten des Geschäftsführers aus § 34 Abs. 1 AO, wonach er kraft gesetzlicher Anordnung die steuerlichen Pflichten der Gesellschaft zu erfüllen hat, und aus § 69 AO, wonach der Geschäftsführer unter bestimmten Voraussetzungen persönlich neben der Gesellschaft für deren Steuerschulden haftet (BGH, Urt. v. 13.10.2011 – IX ZR 193/10, WM 2011, 2334 Rdnr. 7, 10).

In vergleichbarer Art und Weise gilt dies, wenn der Auftrag auf ein Gutachten zur Insolvenzreife der GmbH gerichtet ist. Ein solches Gutachten hat gerade eine Frage zum Gegenstand, bei der nur für den Geschäftsführer eine gesetzliche Handlungspflicht besteht (BGH, Urt. v. 14.6.2012 – IX ZR 145/11, BGHZ 193, 297 Rdnr. 28); missachtet der Geschäftsführer die Insolvenzantragspflicht, drohen ihm persönlich Haftungsfolgen aus § 823 Abs. 2 BGB, § 15a Abs. 1 InsO, § 64 Abs. 1 GmbHG a.F. oder aus § 64 Satz 1 und 3 GmbHG, § 64 Abs. 2 GmbHG a.F. (BGH, Urt. v. 14.6.2012, a.a.O., Rdnr. 29).

In dieser Fallgruppe ist den Handlungspflichten des Dritten und den beim Dritten eintretenden Haftungsfolgen, die die drittschützende Wirkung begründen, gemeinsam, dass sie im Fremdinteresse angeordnet sind, nicht aber im Interesse des Mandanten. §§ 34, 69 AO verschaffen dem FA einen weiteren Steuerschuldner; die Haftung des Geschäftsführers bei Insolvenzverschleppung dient dem Interesse der Gläubiger (vgl. BGH, Urt. v. 20.9.2010 – II ZR 78/09, BGHZ 187, 60 Rdnr. 14; v. 15.3.2011 – II ZR 204/09, NJW 2011, 2427 Rdnr. 20 m.w.N.).

Dabei tritt die den Dritten treffende (Außen-)Haftung gesamtschuldnerisch oder jedenfalls in einer der Gesamtschuld vergleichbaren Art und Weise neben die des Mandanten. Zwar regelt § 64 Satz 1 GmbHG formal nur eine Binnenhaftung gegenüber der Gesellschaft. Jedoch handelt es sich dabei – anders als die Revision in der mündlichen Verhandlung geltend gemacht hat – materiell um eine Haftung im Interesse der Gesamtheit ihrer Gläubiger, um die verteilungsfähige Vermögensmasse der insolvenzreifen Gesellschaft zu erhalten und eine zum Nachteil der Gesamtheit der Gläubiger gehende, bevorzugte Befriedigung einzelner Gläubiger zu verhindern (BGH, Urt. v. 15.3.2011, a.a.O.).

bb) Mit diesen Fallgestaltungen ist der Streitfall nicht vergleichbar. **Ein zwischen Mandant und Anwalt geschlossener Beratungsvertrag hat im Allgemeinen keine Schutzwirkungen zugunsten des Vertreters des Mandanten für Vermögensneben des Vertreters, soweit Gegenstand des Anwaltsvertrags die Beratung für Entscheidungen des Mandanten ist und für den Vertreter die Gefahr besteht, auf der Grundlage der anwaltlichen Beratung seinerseits seine gegenüber dem Mandanten bestehenden Pflichten zu verletzen.**

Die Leistungen des Anwalts weisen in einem solchen Fall weder ein besonderes Näheverhältnis zu den Pflichten des Vertreters auf, noch hat der Mandant – ohne besondere Anhaltspunkte – ein eigenes Interesse an der Einbeziehung seines Vertreters in den Schutzbereich dieses Anwaltsvertrags. **Der Schutz des Vertreters vor vermögensrechtlichen Nachteilen, die sich aus dem – begründeten oder unbegründeten – Verdacht einer Pflichtverletzung gegenüber dem Mandanten ergeben können, obliegt vielmehr regelmäßig dem Vertreter selbst.**

(1) Zunächst dient die vom Anwalt zu erbringende Leistung in diesen Fällen nach dem Inhalt des Vertrags entsprechend dem objektiven Empfängerhorizont weder eigenen vermögensrechtlichen Dispositionen des Vertreters, noch soll sie den Vertreter vor einer Haftung gegenüber Außenstehenden aufgrund eigener Handlungspflichten des Vertreters bewahren, die im Interesse Außenstehender liegen. Die Beratung erfolgt in solchen Fällen vielmehr typischerweise zur Vorbereitung einer Entscheidung des Mandanten.

(a) **Es entspricht feststehender Rechtsprechung, dass eine drittsschützende Wirkung ausscheidet, wenn die vertraglich geschuldete Leistung weder für Vermögensdispositionen des Dritten noch zum Schutz des Vermögens des Dritten dient, sondern der Vorbereitung einer Entscheidung des Mandanten.** Dies hat der BGH etwa für ein Gutachten entschieden, das nicht als Entscheidungsgrundlage für Vermögensdispositionen, sondern allein der Vorbereitung eines behördlichen Vorgehens dient. Dritte, die von den behördlichen Maßnahmen betroffen werden, sind nicht in den Schutzbereich des Gutachtenvertrags einbezogen (BGH, Urt. v. 26.6.2001 – X ZR 231/99, WM 2001, 1428, 1430).

In ähnlicher Weise hat ein Vertrag zwischen einem Versicherer und einem Gutachter, mit dem die Voraussetzungen für eine Geldleistungspflicht des Versicherers geklärt werden sollen, keine Schutzwirkungen für den Versicherungsnehmer. Ein Schutz des Dritten käme allenfalls dann in Betracht, wenn die Stellungnahme des Gutachters auch aus dessen Sicht als Grundlage für Dispositionen auch des Dritten mit insbesondere vermögensrechtlichen Folgen dient und der Dritte im Vertrauen auf das Gutachten solche Dispositionen getroffen hat.

Für einen darüber hinausgehenden Schutz des Dritten ist ein Bedarf nicht zu erkennen (BGH, Urt. v. 17.9.2002 – X ZR 237/01, NJW 2002, 3625 unter 2.b.). In gleicher Weise fehlen einem Vertrag, mit dem die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht ein Wirtschaftsprüfungsunternehmen

mit der Durchführung einer Sonderprüfung gemäß § 44 Abs. 1 Satz 2 KWG beauftragt, Schutzwirkungen für Dritte. Insbesondere ist kein objektives Interesse einer Behörde erkennbar, bei der Einschaltung anderer Personen und Einrichtungen zur Wahrnehmung ihrer Verwaltungsaufgaben denjenigen, die damit in Berührung kommen, Haftungsmöglichkeiten gegenüber diesen Dritten zu verschaffen (BGH, Urt. v. 7.5.2009 – III ZR 277/08, BGHZ 181, 12 Rdnr. 24).

(b) Diese Wertungen treffen auch auf das **Handeln des Vertreters aufgrund einer dem Mandanten vom Anwalt oder Steuerberater erteilten Beratung** zu. Auch hier dient die Beratung der Vorbereitung der Entscheidung des Mandanten. Dies gilt sowohl für die materiell-rechtlichen Voraussetzungen als auch für die formalen Anforderungen. Soweit der Vertreter die dem Mandanten erteilte Beratung seinem Handeln für den Mandanten zugrunde legt, hat die Beratungsleistung des Anwalts nur reflexartige Haftungsauswirkungen auf das Vermögen des Vertreters. Denn der Dritte handelt nicht für sich selbst, sondern als – organschaftlicher oder rechtsgeschäftlicher – Vertreter für den Mandanten; erst dieses Vertreterhandeln führt zu Haftungsfolgen beim Dritten, sofern dieser seine Pflichten gegenüber dem Mandanten verletzt oder – ausnahmsweise – eine Eigenhaftung des Vertreters besteht.

Die Gefahr einer Binnenhaftung des Dritten als Vertreter gegenüber dem von ihm vertretenen Mandanten begründet ohne Hinzutreten besonderer Umstände regelmäßig kein Näheverhältnis, das zu einer Schutzwirkung des Beratungsvertrags zugunsten des den Mandanten vertretenden Dritten führen könnte. Dass der Vertreter auf der Grundlage der dem Mandanten erteilten Beratung handelt, reicht für das erforderliche Näheverhältnis nicht aus, weil und soweit die Beratung auf Vermögensdispositionen des Mandanten zielt und für eine **Binnenhaftung des Vertreters** stets ein **eigener Pflichtverstoß des Vertreters** hinzutreten muss; **der Vertreter muss also zumindest fahrlässig verkannt haben, dass die anwaltliche Beratung pflichtwidrig war. Dass eine pflichtgemäße Beratung hinsichtlich der vom Mandanten beabsichtigten eigenen Vermögensdispositionen die Gefahr einer Binnenhaftung des Vertreters verringert, ist nur Reflexwirkung der Beratung.**

Darin liegt der entscheidende Unterschied zu den vom Senat entschiedenen Fällen, in denen die Beratung sich auf Handlungsgebote des Vertreters bezog, die im Interesse Außenstehender liegen, und hieraus die Gefahr einer – neben die Haftung des Mandanten tretenden – Außenhaftung des Vertreters gegenüber Außenstehenden entstand. In welchen Fällen dies für die Gefahr einer Eigenhaftung des Vertreters im Außenverhältnis im Allgemeinen anders zu beurteilen ist, kann dahinstehen; der Kläger zeigt weder auf, dass eine solche Gefahr bestand, noch macht er darauf beruhende Schäden geltend.

(2) Es fehlt auch an einem **Einbeziehungsinteresse des Mandanten**. Der Vertreter handelt für den Mandanten und hat dabei die gegenüber dem Mandanten bestehenden Pflichten einzuhalten. Aus Sicht des Mandanten besteht für diese Fälle

im Allgemeinen kein besonderes Bedürfnis, seinen Vertreter für aufgrund der Gefahr einer Binnenhaftung entstehende Vermögensschäden durch eigene Haftungsansprüche gegen den Berater zu schützen. Hierfür sprechen verschiedene Gründe.

(a) Die Haftung des Vertreters aufgrund von Pflichtverletzungen besteht zugunsten des Mandanten. Sie setzt einen Schadeneintritt beim Mandanten voraus und steht – sofern die anwaltliche Beratung des Mandanten ebenfalls pflichtwidrig war – neben der Haftung des Beraters. Erleidet der Mandant aufgrund dieser Pflichtverletzungen einen Schaden, kommt eine **gesamtschuldnerische Haftung des Vertreters und des Beraters** gegenüber dem Mandanten in Betracht (vgl. zur Gesamtschuld mehrerer Schädiger aus vertraglichen Verpflichtungen BGH, Beschl. v. 1.2.1965 – GSZ 1/64, BGHZ 43, 230).

Ist dies der Fall, ergibt sich zwischen dem Vertreter und dem Anwalt ein Gesamtschuldnerausgleich gemäß § 426 BGB, der es ermöglicht, die Haftung entsprechend den Verantwortungsanteilen zwischen Vertreter und Anwalt zu verteilen. **Schon deshalb besteht im Regelfall kein Interesse des Mandanten, auf seine Kosten einem von mehreren ihm haftenden Schuldern zusätzlich einen eigenen Anspruch gegen andere Schuldner zu verschaffen.** Im Gegenteil entstünde dadurch die Gefahr eines **Haftungswettlaufs** zwischen Mandant und Vertreter, sofern die Ansprüche gegen den Berater wirtschaftlich nicht genügen, um den gesamten durch die anwaltliche Pflichtverletzung in zurechenbarer Weise verursachten Schaden des Mandanten und des Vertreters abzudecken. Dies gilt umso mehr, als die beim Mandanten und beim Vertreter eintretenden Schäden – wie die vom Kläger im Streitfall behaupteten Schäden zeigen – nicht deckungsgleich sein müssen.

(b) Hat der Mandant Rechtsrat zu einer bestimmten Angelegenheit eingeholt, führt schon dieser Rechtsrat zu einer Verbesserung der Position des Vertreters. **Befolgt der Dritte als Vertreter des Mandanten den dem Mandanten erteilten Rat, mindert dies das Haftungsrisiko des Vertreters. Der dem Mandanten erteilte Rat kann sogar ein Verschulden des Vertreters ausschließen, sofern auf der Grundlage des Rats ein unverschuldeter Rechtsirrtum beim Vertreter bestand** (vgl. etwa zur Entlastung eines Vorstands BGH, Urt. v. 20.9.2011 – II ZR 234/09, ZIP 2011, 2097 Rdnr. 16, 18; v. 28.4.2015 – II ZR 63/14, ZIP 2015, 1220 Rdnr. 28; allgemein zum unverschuldeten Rechtsirrtum BGH, Urt. v. 30.4.2014 – VIII ZR 103/13, BGHZ 201, 91 Rdnr. 23).

(c) **Die Interessen von Mandant und Vertreter an Maßstab und Inhalt der Beratung sind nicht notwendig deckungsgleich.** Die Interessen des Mandanten, der für einen Gegenstand um rechtliche Beratung nachsucht, zielen vor allem auf eine rechtlich erfolgreiche Vertretung in der jeweiligen Sache; die Interessen des Vertreters richten sich hingegen darauf, vor einer möglichen Binnenhaftung gegenüber dem Mandanten geschützt zu werden. **Sofern der Beratungsvertrag auch drittschützende Wirkung zugunsten des Dritten für Pflichtverletzungen haben sollte, die der Dritte gegenüber dem von ihm vertretenen Mandanten begeht, befände sich der Berater mithin in einem latenten Interessenkonflikt. Die darin liegende**

Gegenläufigkeit der Interessen spricht gegen den Drittschutz (vgl. BGH, Urt. v. 17.5.1990 – IX ZR 85/89, WM 1990, 1554, 1555).

(d) Es kommt hinzu, dass im Regelfall **keine besonderen Schutzpflichten** des Mandanten zugunsten seines Vertreters für dessen jeweiliges rechtsgeschäftliches Handeln in Vertretung des Mandanten bestehen. **Vielmehr ist es in den Vertretungsfällen gerade anders: Hier hat der Mandant ein Interesse daran, vor Fehlern und Pflichtverletzungen des Vertreters geschützt zu werden. Handelt für den Mandanten ein Vertreter, hat im konkreten Vertretungsfall nicht der Mandant die Vermögensinteressen des ihn vertretenden Dritten zu schützen, sondern der Dritte die Vermögensinteressen des Mandanten.**

Vorbehaltlich besonderer Schutzpflichten aufgrund des der Vertretung zugrunde liegenden Rechtsverhältnisses zwischen Mandant und Vertreter, gewährt der Mandant dem Vertreter schon dadurch ausreichenden Schutz, dass es dem Vertreter gestattet ist, auch für die Angelegenheiten, die der Vertreter für den Mandanten zu besorgen hat, Beratungsverträge für den Mandanten auf dessen Kosten abzuschließen und auf diese Weise für rechtssicheres Verhalten zu sorgen. Zu einem Schutz des Vertreters auch durch Schadenersatzansprüche gegen den Berater ist der Mandant im Allgemeinen nicht verpflichtet.

Bbeauftragt der Mandant einen Berater, hat der Mandant in allen Fällen, in denen ein Vertreter für ihn handelt, ein vorrangiges **Interesse an einer doppelten und voneinander unabhängigen Kontrolle**, ob die beabsichtigten Maßnahmen in seinem Interesse sind. Sind sowohl der Vertreter als auch der Berater des Mandanten verpflichtet, das Interesse des Mandanten zu schützen, ist der Mandant daran interessiert, dass der Vertreter sich für die ihn aus seinem Rechtsverhältnis zum Mandanten treffenden Pflichten nicht allein auf das Beratungsergebnis verlässt. Hierzu kann der Vertreter aber geneigt sein, wenn bei jeder Beratung des Mandanten der dem Mandanten erteilte Rechtsrat zugleich Schutzwirkung zugunsten des Dritten hat.

Denn in diesem Fall hätte der Vertreter – obwohl er seinen Pflichten nicht schon dadurch genügt, dass er den Rat befolgt – stets einen seinen Schaden abdeckenden Ersatzanspruch gegen den Berater. **Es ist aber – ohne Besonderheiten des Falles – nicht Aufgabe des Mandanten, seinem Vertreter eine Beratung hinsichtlich der Pflichten zu besorgen, die den Vertreter selbst treffen.** Vielmehr ist es umgekehrt gerade das Interesse des Mandanten, der sich zu einer bestimmten Angelegenheit Rechtsrat einholt, eine Prüfung dieser Angelegenheit nicht nur durch den Rechtsanwalt zu erhalten, sondern auch den Vertreter zu einer eigenständigen Prüfung anzuhalten.

(e) Sollte der Mandant gleichwohl auch in den Fällen, die nicht die Einhaltung von Handlungsgeboten des Vertreters und die Gefahr einer Außenhaftung des Vertreters neben dem Mandanten betreffen, eine Einbeziehung seines Vertreters in den Schutzbereich des Beratungsvertrags wünschen,

steht ihm frei, eine entsprechende Vereinbarung zu treffen. Gleiches gilt für den Vertreter, wenn auch er für die Folgen möglicher Pflichtverletzungen gegenüber dem Mandanten eine vertragliche Haftung eines Beraters wünscht. Der Abschluss eines eigenen Beratungsvertrags ist für den Vertreter bei möglichen Interessenkonflikten zwingend. Er ist – entgegen der in der mündlichen Verhandlung geäußerten Ansicht der Revision – auch im Übrigen zumutbar.

(3) Der Streitfall weist keine von den typischen Vertretungsfällen abweichenden Besonderheiten auf.

(a) Der zwischen dem Land und der Beklagten zu 1) geschlossene Anwaltsvertrag diente nach den Feststellungen des Berufungsgerichts dazu, das Land hinsichtlich des geplanten und später umgesetzten Kaufs von 45,01 v.H. der E.-Aktien aus dem Bestand der F. zu beraten. Gegenstand dieser Beratung war unstreitig die Frage, ob für die mit diesem Kauf verbundenen Ausgaben des Landes eine Zustimmung des Finanzministers nach Art. 81 LV ausreichend oder eine vorherige Befassung des Landtages erforderlich war.

Selbst wenn man die Behauptung des Klägers zugrunde legt, dass Gegenstand des Anwaltsvertrags weiter eine Beratung zu den rechtlichen Anforderungen an die pflichtgemäße Prüfung und Bewertung der zu erwerbenden Aktien, insbesondere eine ordnungsgemäße Vorbereitung des Anteilerwerbs, eine Prüfung des wichtigen Landesinteresses nach §§ 7, 65 LHO und des nach der Landeshaushaltsordnung und der Landesverfassung einzuhaltenden Verfahrens beim Vertragsabschluss gewesen sein sollte, betraf diese Beratung die Entscheidung des Landes.

Das Beratungsergebnis sollte einen rechtmäßigen und rechtssicheren Weg zeigen, die E.-Aktien für das Land zu erwerben. Handlungsgebote, die dem Kläger im Interesse Außenstehender oblagen, und deren Verletzung die Gefahr einer Außenhaftung des Klägers mit sich brachten, bestanden nicht. Dass der Kläger – weil er gemäß Art. 50 LV das Land nach außen vertrat und als Ministerpräsident die Verantwortung für Entscheidungen trug, die in seine Richtlinienkompetenz gemäß Art. 49 LV fielen – nach seiner Behauptung auf der Grundlage des Beratungsergebnisses für das Land handelte, genügt für sich genommen nicht, damit Schutzwirkungen des Anwaltsvertrags zugunsten des Klägers entstehen.

Besondere Bestimmungen, die ein Interesse des Landes an der Einbeziehung des Klägers in den Schutzbereich des Beratungsvertrags für Verletzungen von Pflichten begründen könnten, die der Kläger in Ausübung seines Amtes als Ministerpräsident bei dem Erwerb der E.-Aktien begehen könnte, hat das Berufungsgericht in revisionsrechtlich nicht zu beanstandender Weise verneint.

(b) Entgegen der Revision kam der Kläger nicht deshalb bestimmungsgemäß mit den dem Land zu erbringenden Beratungsleistungen der Beklagten in Berührung, weil die Entscheidung über den Aktienkaufvertrag insoweit als ein Risikogeschäft anzusehen wäre, als das rechtsgeschäftliche Han-

deln das Risiko eines Vermögensverlustes für das Land enthielt. Die von der Revision auf dieser Grundlage geltend gemachte Gefahr einer Haftung des Klägers nach § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit § 266 StGB oder aufgrund von § 48 BeamtStG betrifft nur die Binnenhaftung des Klägers als Vertreter des Landes. Sie käme nur in Betracht, wenn der Kläger ihn selbst treffende Pflichten gegenüber dem Land verletzt hätte und dabei entweder zumindest grob fahrlässig (§ 48 Satz 1 BeamtStG) oder bedingt vorsätzlich (§ 823 Abs. 2 BGB i.V.m. § 266 StGB) gehandelt hätte. Solche Gefahren begründen kein Näheverhältnis des Vertreters zu der vom Anwalt gegenüber dem Mandanten erbrachten Beratungsleistung.

Auch ergeben sich entgegen der Auffassung der Revision weder aus § 48 BeamtStG noch aus der Möglichkeit der Ministeranklage nach Art. 57 Abs. 1 LV oder der Gefahr für den Kläger, **wegen der Entscheidung strafrechtlichen Ermittlungen** ausgesetzt zu werden oder nach § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit § 266 StGB gegenüber dem Land zu haften, Schutzpflichten oder ein Einbeziehungsinteresse des Landes. **Sämtliche dieser Bestimmungen setzen voraus, dass der Kläger ihn selbst treffende Pflichten verletzt hat, die – wie in den Fällen einer Vertretung des Mandanten üblich – in erster Linie im Interesse und zum Schutz des Vertretenen bestehen.**

Daraus folgt regelmäßig kein Schutzinteresse des Mandanten an einer Einbeziehung seines Vertreters in den Schutzbereich des Anwaltsvertrags. Im Gegenteil begrenzen bereits die vom Kläger im Streitfall geltend gemachten Normen die Haftung des handelnden Vertreters zu seinem Schutz. § 48 BeamtStG und Art. 57 Abs. 1 LV setzen als Schuldform mindestens grobe Fahrlässigkeit voraus, eine Haftung aus § 823 Abs. 2 BGB in Verbindung mit § 266 StGB sogar bedingten Vorsatz. Dass das Land bei einer derart beschränkten Binnenhaftung des Vertreters gleichwohl ein Interesse gehabt hat, dem Kläger auch bei grob fahrlässigem oder sogar bedingt vorsätzlichem Verhalten einen eigenen vertraglichen Schadenersatzanspruch gegenüber der Beklagten zu 1) als dem Land vertraglich zur Beratung verpflichteten Rechtsanwalt zu verschaffen, ist – wie das Berufungsgericht in revisionsrechtlich nicht zu beanstandender Weise entschieden hat – nicht ersichtlich.

Ebenso wenig begründen §§ 1, 14 des Gesetzes über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Regierung (fortan: MinG) ein Einbeziehungsinteresse des Landes. Nach § 1 MinG stehen die Mitglieder der Regierung zum Land in einem öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnis. § 14 MinG regelt die Versorgung der hauptamtlichen Mitglieder der Regierung und ihrer Hinterbliebenen. Beides führt – entgegen der Revision – zu keinen Schutzpflichten des Landes für vermögensrechtliche Schäden einzelner Regierungsmitglieder, die diesen aus Pflichtverletzungen gegenüber dem Land entstehen (können).

(c) Der Streitfall ist – entgegen der Ansicht der Revision – **mit den vom Senat entschiedenen Fällen einer Schutzwirkung zugunsten eines Geschäftsführers** (BGH, Urt. v. 13.10.2011 – IX ZR 193/10, WM 2011, 2334 Rdnr. 7, 10; v. 14.6.2012 – IX ZR 145/11, BGHZ 193, 297 Rdnr. 28) nicht vergleichbar. Dort ging es um die Einhaltung von Handlungspflichten des

Dritten und die beim Dritten eintretenden Haftungsfolgen, die im **Fremdinteresse** angeordnet sind, nicht aber im **Interesse des Mandanten**; die den Geschäftsführer treffende Haftung trat in einer jedenfalls der Gesamtschuld vergleichbaren Art und Weise neben die des Mandanten. Im Streitfall bestanden keine Handlungspflichten des Klägers zum Erwerb der Aktien und steht lediglich die Gefahr einer Binnenhaftung des Klägers gegenüber dem von ihm vertretenen Land im Raum.

cc) Soweit der Kläger schließlich geltend macht, eine Leistungsnähe folge aus dem erforderlichen Schutz seines **allgemeinen Persönlichkeitsrechts**, begründet dies keine Haftung der Beklagten aus einem Vertrag mit Schutzwirkungen zugunsten Dritter. Gegenstand des Beratungsvertrags waren nach der Behauptung des Klägers die für die Entscheidung des Landes über den Kauf der E-Aktien relevanten Aspekte. Eine Schutzwirkung zugunsten Dritter reicht aber nicht weiter als die dem Berater gegenüber seiner eigentlichen Vertragspartei obliegenden Beratungs-, Warn- und Hinweispflichten (BGH, Urt. v. 7.3.2013 – IX ZR 64/12, WM 2013, 802 Rdnr. 27).

Es ist nicht ersichtlich, dass der Beratungsvertrag auch Fragen des allgemeinen Persönlichkeitsrechts zum Gegenstand hatte. Vermögenseinbußen, die der Vertreter unabhängig von einer von ihm selbst möglicherweise begangenen haftungsbegründenden Pflichtverletzung erleidet, fallen von vornherein nicht unter den Schutzbereich eines Beratungsvertrags, der allein vermögensrechtliche Entscheidungen des Mandanten betrifft. Der Schutz des allgemeinen Persönlichkeitsrechts ist daher für sich genommen nicht geeignet, Schutzwirkungen eines auf die vermögensrechtliche Entscheidung des Mandanten gerichteten Beratungsvertrags zugunsten des Vertreters zu begründen. (...) ■

Anwaltshaftung

- Belehrungspflichten
 - Unterlassene Belehrung
 - Beweislast des Mandanten
 - Vergleichsvorschlag des Gerichts
- (BGH, Urt. v. 14.7.2016 – IX ZR 291/14)

Leitsatz:

Zu den Belehrungspflichten eines Rechtsanwalts bei Abschluss eines gerichtlichen Vergleichs über die Vergütung geleisteter Dienste (Sanierung eines Wohnhauses). ■

Tatbestand:

Der Kläger ließ durch Leiharbeitnehmer, die ihm von einem Arbeitsvermittlungsunternehmen zur Verfügung gestellt wurden, Renovierungsarbeiten an seiner denkmalgeschützten Villa in Berlin ausführen. Nach Unstimmigkeiten über die Anzahl der von den Arbeitnehmern geleisteten Stunden und Kündigung des Arbeitnehmerüberlassungsvertrages nahm

ihn das Vermittlungsunternehmen gerichtlich auf Restzahlung von 60.226,09 EUR in Anspruch. In diesem Prozess vertrat der beklagte Rechtsanwalt den hiesigen Kläger und dortigen Beklagten (nachfolgend nur Kläger) im ersten Rechtszug.

In der mündlichen Verhandlung vor dem LG am 13.9.2010 wies der Einzelrichter auf die Darlegungs- und Beweislast des Klägers für den Abschluss einer Sondervereinbarung hin, nach der ein zeitliches Limit für den Arbeitseinsatz bestehen sollte. Sodann schlug er den Parteien den Abschluss eines Vergleichs auf einen Betrag von 30.000 EUR vor, welchen das klagende Arbeitsvermittlungsunternehmen angenommen hätte. Nach Beratung mit dem Beklagten lehnte der Kläger einen Vergleichsschluss ab. In der sich anschließenden Beweisaufnahme konnte er seine Behauptung einer vertraglich vereinbarten zeitlichen Beschränkung der abzurechnenden Stunden nicht beweisen. Seine Berufung gegen die Verurteilung zur Zahlung eines Betrages von 59.238,03 EUR blieb erfolglos.

Der Kläger behauptet, der Beklagte habe ihm pflichtwidrig nicht zum Abschluss des Vergleichs geraten. Er sei deshalb verpflichtet, ihm Schadenersatz in Höhe der Differenz zwischen dem vom LG vorgeschlagenen Vergleichsbetrag und dem Betrag seiner Verurteilung im Vorprozess zu leisten.

Das LG hat die Klage abgewiesen. Auf die Berufung des Klägers hat das OLG den Beklagten zur Zahlung von 29.238,03 EUR verurteilt.

Mit der vom Senat zugelassenen Revision verfolgt der Beklagte sein Klageabweisungsbegehren weiter. ■

Entscheidungsgründe:

Die Revision ist begründet. Sie führt zur Wiederherstellung des landgerichtlichen Urteils.

I. Das Berufungsgericht hat ausgeführt: Der Beklagte sei zum Schadenersatz verpflichtet, weil er dem Kläger zu dem Abschluss des gerichtlich angeregten Vergleichs hätte raten müssen. Nach den Ausführungen des Klägers, der ein pflichtwidriges Verhalten des Rechtsanwalts darzulegen und zu beweisen habe, auch wenn es um Negativtatsachen gehe, habe der Beklagte ihm einen entsprechenden Rat nicht gegeben. Der Beklagte hätte sich nicht damit begnügen dürfen, die ihm zur Last gelegte Pflichtverletzung zu bestreiten. Vielmehr hätte er den Gang der Besprechung im Einzelnen schildern und konkret angeben müssen, wie er beraten habe.

Dem Mandanten obliege dann der Beweis, dass diese Darstellung nicht zutreffe. Diesen Anforderungen habe der Beklagte, der bei seiner persönlichen Anhörung nur pauschal ausgeführt habe, dem Kläger aufgrund seiner Erfahrungen zum Abschluss des Vergleichs geraten zu haben, nicht genügt. Zu einzelnen Umständen, etwa dem Risiko einer durchzuführenden Beweisaufnahme, fehlenden Informationen zu den Einzelheiten der Baustelle oder den Gefahren des Festhaltens an der werkvertraglichen Argumentation, fehle trotz Hinweises des Prozessbevollmächtigten des Klägers in der mündlichen Verhandlung jeglicher Vortrag. Bei dieser Sach-

lage habe offenbleiben können, ob die Prozessführung des Beklagten in dem vorausgehenden Verfahren vor dem LG Berlin auf einer fehlerhaften rechtlichen Einschätzung beruht habe, in deren Folge er die Verteidigung nicht wenigstens hilfsweise auf die fehlerhafte Auswahl der von dem Leiharbeitsunternehmen entsandten Arbeitnehmer und die nicht korrekt abgerechneten Stunden gestützt habe.

II. Diese Ausführungen halten rechtlicher Nachprüfung nicht stand. Von einer Verletzung anwaltlicher Pflichten kann auf der Grundlage der Feststellungen des Berufungsgerichts nicht ausgegangen werden. Der Kläger hat keinen Anspruch gegen den Beklagten auf Schadenersatz aus § 280 Abs. 1 BGB.

1. Noch zutreffend ist das Berufungsgericht für die Schadenersatzklage gegen einen Rechtsanwalt von der Beweislast desjenigen – hier des Klägers – ausgegangen, der eine Aufklärungs- oder Beratungspflichtverletzung behauptet. Nach ständiger Rechtsprechung des BGH werden **die mit dem Nachweis einer negativen Tatsache verbundenen Schwierigkeiten dadurch ausgeglichen, dass die andere Partei die behauptete Fehlberatung substantiiert bestreiten und darlegen muss, wie im Einzelnen beraten oder aufgeklärt worden sein soll.**

Dem Anspruchsteller obliegt dann der Nachweis, dass diese Darstellung nicht zutrifft (BGH, Urt. v. 9.6.1994 – IX ZR 125/93, BGHZ 126, 217, 225; v. 11.10.2007 – IX ZR 105/06, WM 2007, 2351 Rdnr. 12; jew. m.w.N.; v. 24.1.2006 – XI ZR 320/04, BGHZ 166, 56 Rdnr. 15 für den Fall der Anlageberatung). **Diese Verteilung der Darlegungs- und Beweislast gilt auch, wenn der Mandant den Rechtsanwalt wegen fehlerhafter Beratung im Zusammenhang mit dem Abschluss oder der Ablehnung eines Vergleichs in Anspruch nimmt.**

2. Soweit das Berufungsgericht von der Haftung des Beklagten ausgegangen ist, weil er die behauptete Fehlberatung nicht substantiiert bestritten und den Gang der Beratung des Klägers in Bezug auf den gerichtlichen Vergleichsvorschlag vom 13.9.2010 nicht hinreichend dargetan habe, hat das Berufungsgericht unter Außerachtlassung wesentlicher Teile des Vorbringens des Beklagten die Anforderungen an ein substantiiertes Vorbringen überspannt. Nach dem schriftsätzlichen Vortrag des Beklagten und seiner Einlassung in der mündlichen Verhandlung vor dem Berufungsgericht am 18.9.2014 hat der Beklagte seinen anwaltlichen Beratungspflichten genügt.

a) Im Rahmen von **Verhandlungen zum Abschluss eines gerichtlichen Vergleichs** ist der Rechtsanwalt verpflichtet, die Interessen des Mandanten umfassend und nach allen Richtungen wahrzunehmen und ihn vor vermeidbaren Nachteilen zu bewahren. Um dem Mandanten eine eigenständige Entscheidung über den Abschluss des Vergleichs zu ermöglichen, muss er ihm dessen **Vor- und Nachteile darlegen. Auch ein ausdrücklicher gerichtlicher Vergleichsvorschlag vermag den Rechtsanwalt nicht von seiner Verantwortung bei der Beratung der Partei zu entbinden** (BGH, Urt. v. 11.3.2010 – IX ZR 104/08, WM 2010, 815 Rdnr. 8 m.w.N.).

Der Anwalt hat von einem Vergleich abzuraten, wenn er für die von ihm vertretene Partei eine unangemessene Benachteiligung darstellt und insbesondere begründete Aussicht besteht, im Falle einer streitigen Entscheidung ein wesentlich günstigeres Ergebnis zu erzielen (BGH, Urt. v. 14.1.1993 – IX ZR 76/92, NJW 1993, 1325, 1328; v. 7.12.1995 – IX ZR 238/94, NJW-RR 1996, 567, 568; v. 11.3.2010, a.a.O.; Vill in: G. Fischer/Vill/D. Fischer/Rinkler/Chab, Handbuch der Anwaltschaft, 4. Aufl., § 2 Rdnr. 282). In diesem Fall greift die Vermutung ein, dass der Mandant dem Vorschlag des Anwalts, von einem Vergleichsschluss abzusehen, gefolgt wäre (BGH, Urt. v. 14.1.1993, a.a.O., S. 1329). Nimmt der Mandant auf Anraten seines Rechtsanwalts **eine günstige Vergleichsmöglichkeit nicht wahr, kommt es für einen Pflichtverstoß darauf an, ob im Zeitpunkt der Vergleichsverhandlung objektive Anhaltspunkte dafür vorhanden waren, die den Vergleich günstiger erscheinen ließen als dessen Ablehnung** (vgl. Borgmann/Jungk/Schwaiger, Anwaltschaft, 5. Aufl., Kap. IV Rdnr. 115).

b) Nach dem von ihm dargestellten Verlauf und Inhalt der Beratung des Klägers im Vorprozess hat der Beklagte diesen Anforderungen entgegen der Entscheidung des Berufungsgerichts genügt. Schon in der Klageerwidern, deren Inhalt das Berufungsgericht in seinem Urteil unbeachtet gelassen hat, hat der Beklagte ausgeführt, dem Kläger im Vorprozess schon in der ersten mündlichen Verhandlung am 31.5.2010 zum Abschluss des von dem damals amtierenden Richter vorgeschlagenen Vergleichs auf hälftiger Basis geraten zu haben, ohne dass der Kläger vergleichsbereit gewesen sei.

Die Sachlage habe sich zu diesem Zeitpunkt für den Kläger noch offener dargestellt, weil der Richter noch nicht zu erkennen gegeben habe, ob er die Rahmenvereinbarung der Parteien über die Begrenzung der von den Leiharbeitnehmern zu leistenden Stunden für wirksam oder für unwirksam halte. Diese Ausgangslage habe sich bis zu dem zweiten Termin am 13.9.2010, in dem der nun mit der Sache befasste neue Richter vor Durchführung der Beweisaufnahme erneut einen Vergleich auf hälftiger Basis vorgeschlagen habe, für den Kläger verschlechtert gehabt. Entsprechend dem Terminprotokoll habe der Richter nun darauf hingewiesen, dass er die Darlegungs- und Beweislast für eine Sondervereinbarung, nach der ein zeitliches Limit des Arbeitseinsatzes bestehen sollte, beim Kläger sehe.

Nach Unterbrechung der Verhandlung habe der Beklagte den Kläger in der Pause darauf hingewiesen, dass er ihm dazu rate, den Vergleich abzuschließen, weil Gewährleistungsansprüche oder Ähnliches durch ihn nicht geltend gemacht werden könnten und die im Ablehnungsfall folgende Beweisaufnahme Unsicherheiten aufweise.

Der Kläger sei demgegenüber jedoch der Ansicht gewesen, den nach Mitteilung des Richters von ihm zu führenden Beweis mit den von ihm benannten Zeugen erbringen zu können. Den Abschluss eines Vergleichs habe er abgelehnt, er habe eigentlich gar keine Diskussion darüber führen wollen. Sinngemäß habe er erklärt, pokern zu wollen und auf das Ganze zu gehen.

Diese schriftsätzliche Darstellung hat der Beklagte bei seiner Anhörung durch das Berufungsgericht im Termin am 18.9.2014 bestätigt und ergänzend ausgeführt, dass er auch im zweiten Termin für den Abschluss eines Vergleichs gewesen sei, weil er nicht habe einschätzen können, wie der Zeuge S. aussagen würde und er immer noch keine ausreichenden Informationen zu den Einzelheiten der Baustelle gehabt habe, so dass er gehindert gewesen sei, mehr vorzutragen. Der Kläger sei aber siegessicher gewesen und habe es weiterhin abgelehnt, einen Vergleich zu schließen.

c) Die Annahme des Berufungsgerichts, der Beklagte habe lediglich pauschal ausgeführt, aufgrund seiner Erfahrungen zum Abschluss eines Vergleichs geraten zu haben, ist nach dessen **Vortrag zum Gang und Inhalt der Belehrung des Klägers** nicht haltbar.

aa) Unter Einbeziehung des Vorbringens des Beklagten in der Klageerwiderung hat der Beklagte hinreichend dargelegt, warum er dem Kläger schon im ersten Verhandlungstermin am 31.5.2010 und erst recht im zweiten Termin am 13.9.2010 zum Abschluss des vom Gericht vorgeschlagenen Vergleichs auf hälftiger Basis geraten habe. Die Darlegungs- und Beweislast für den Abschluss der Sondervereinbarung, aus welcher der Kläger für sich das Recht herleiten wollte, nur einen Teil der abgerechneten Stunden zu bezahlen, war ausschlaggebend für den Ausgang des Rechtsstreits.

Die Beweislast hierfür trug der Kläger, wie ihm der Richter schon vor der Unterbrechung der Sitzung zur Erörterung des Vergleichsvorschlags mit dem Beklagten mitgeteilt hatte. Damit musste dem Kläger klar sein, dass er den Rechtsstreit verlieren würde, wenn er auf das Ganze ging und die Beweisaufnahme zu seinem Nachteil ausfiel. Einer zusätzlichen Belehrung durch den Beklagten bedurfte er insoweit entgegen der Auffassung des Berufungsgerichts nicht mehr. Dieser konnte ihm allenfalls noch einmal die Risiken der durchzuführenden Beweisaufnahme vor Augen führen, wie er es nach seiner Darstellung auch getan hat.

Eine besonders eindringliche Belehrung, wie sie das Berufungsgericht für erforderlich zu halten scheint, schuldete der Beklagte dem Kläger nicht (vgl. *BGH, Urt. v. 9.6.1994 – IX ZR 125/93, BGHZ 126, 217, 220*). Es reichte aus, dass der Beklagte den Kläger auf die Risiken der anstehenden Beweisaufnahme hinwies und die weiteren Unsicherheiten im Fall der streitigen Durchführung des Verfahrens deutlich machte.

bb) Der Vortrag des Beklagten zum Inhalt seiner Belehrung ist widerspruchsfrei. Der Beklagte hatte keinen nachvollziehbaren Grund, dem Kläger von dem Abschluss des Vergleichs abzuraten. Dass er die Aussage des Zeugen S. nicht einschätzen konnte und deshalb schon im Hinblick auf diese Unsicherheit zu einer vergleichsweisen Erledigung des Rechtsstreits riet, ist im Gegenteil durchaus plausibel. Nachvollziehbar ist auch der Vortrag des Beklagten zum Verhalten des Klägers, der von einem Vergleich nichts wissen wollte, weil er auf einen für ihn günstigen Ausgang der Beweisaufnahme vertraute.

Dies ist der Darstellung des Beklagten zu beiden Terminen, in denen die Möglichkeit eines Vergleichsabschlusses erörtert wurde, zu entnehmen. Nach den unmissverständlichen Ausführungen des Beklagten war es der Kläger und nicht der Beklagte, der es auf eine streitige Entscheidung ankommen lassen wollte. Mehr brauchte der Beklagte zum Inhalt seiner Beratung nicht vorzutragen. Vielmehr war es nunmehr Sache des Klägers, den Nachweis zu führen, dass der Beklagte ihn von dem Vergleichsschluss abgehalten und trotz der bestehenden Risiken zu einer streitigen Entscheidung geraten habe.

cc) Soweit das Berufungsgericht Vortrag des Beklagten zur Untauglichkeit der überlassenen Arbeitskräfte vermisst, kommt es hierauf für den Abschluss des Vergleichs nicht an. Abgesehen von der Angabe des Beklagten, er habe dem Kläger auch wegen seiner immer noch nicht ausreichenden Informationen über die Einzelheiten der Baustelle zum Vergleichsschluss geraten, die darauf hindeutet, dass auch dieser Gesichtspunkt Gegenstand der Belehrung war, war die Erörterung dieser Fragen für das Für und Wider des abzuschließenden Vergleichs nicht erheblich. Entscheidend waren die Fragen der Beweisbarkeit und Beweislast für die Vereinbarung einer Begrenzung der abrechenbaren Stunden. Insoweit waren dem Kläger die Risiken der streitigen Fortsetzung des Verfahrens bewusst.

d) Der Beklagte ist der ihn treffenden **sekundären Darlegungslast** für den Inhalt seiner Beratung somit gerecht geworden. Allein wegen des fehlenden substantiierten Bestreitens der vom Kläger behaupteten Fehlberatung und mangelnder Darlegung der Einzelheiten des Inhalts seiner Beratung und Aufklärung durfte das Berufungsgericht ihn nicht verurteilen. Der Kläger hat die Darstellung des Beklagten nicht widerlegt und damit den ihm obliegenden Nachweis einer Falschberatung durch den Beklagten bei der Entscheidung über die Annahme des vom Gericht vorgeschlagenen Vergleichs nicht geführt.

3. Soweit das Berufungsgericht offengelassen hat, ob dem Beklagten eine Verletzung anwaltlicher Pflichten im Hinblick auf eine fehlerhafte Prozessführung im Vorprozess vor dem LG Berlin vorzuwerfen ist, kommt ein Schadenersatzanspruch aus § 280 Abs. 1 BGB ebenfalls nicht in Betracht. Der Kläger hat im Haftungsprozess nicht vorgetragen, dass seine Rechtsverteidigung gegen die Klage des Vermittlungsunternehmens erfolgreich gewesen wäre, wenn der Beklagte im Ausgangsrechtsstreit vorgetragen hätte, die von dem Unternehmen gestellten Arbeitnehmer seien für den nach den Überlassungsverträgen vereinbarten Zweck nicht tauglich und geeignet gewesen.

a) Bei einem **Arbeitnehmerüberlassungsvertrag** handelt es sich um einen Unterfall des Dienstverschaffungsvertrages, der keinem der im Besonderen Schuldrecht des Bürgerlichen Gesetzbuchs geregelten Vertragstypen zuzuordnen ist (vgl. *OLG Köln, Beschl. v. 21.5.2015 – 19 U 21/15, juris Rdnr. 8; Wank in: Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht, 15. Aufl. 2015, § 12 AÜG Rdnr. 5*).

Anders als bei einem Werkvertrag haftet der Verleiher nicht für einen Erfolg, sondern nur für die sorgfältige Auswahl und Bereitstellung von Arbeitskräften (BGH, Urt. v. 9.3.1971 – VI ZR 138/69, NJW 1971, 1129; v. 13.5.1975 – IV ZR 247/73, NJW 1975, 1695; OLG Köln, a.a.O.; Wank in: *Erfurter Kommentar zum Arbeitsrecht*, a.a.O., § 1 AÜG Rdnr. 12; Staudinger/Caspers, BGB, 2014, § 278 Rdnr. 72). Der verleihende Unternehmer hat bei einem Arbeitnehmerüberlassungsvertrag nicht dafür einzustehen, dass die überlassenen Arbeitnehmer die ihnen von dem entleihenden Unternehmer übertragenen Arbeiten ordnungsgemäß verrichten. Er haftet vielmehr nur dafür, dass die von ihm gestellten Arbeitnehmer für den nach dem Vertrag verfolgten Zweck tauglich und geeignet sind.

b) Der Kläger hat im Haftungsprozess die Voraussetzungen für einen **Schadenersatzanspruch wegen der Auswahl und Entsendung ungeeigneter Leiharbeiternehmer und die fehlerhafte Abrechnung geleisteter Stunden nicht hinreichend dargelegt**. Er hat lediglich pauschal vorgetragen, die entsandten Arbeitnehmer hätten sich zum Teil als fachlich ungeeignet erwiesen, zum Teil seien Arbeitnehmer erschienen, für die es keine Überlassungsverträge gegeben habe, und Arbeitszeiten seien unzutreffend dargestellt worden. Ferner seien Zeit- und Kostengrenzen aus der Tabelle nicht eingehalten worden, woraufhin der Architekt S. die Tätigkeitsberichte des Überlassungsunternehmens beanstandet habe. Schließlich sei der Vertrag fristlos gekündigt worden und der Kläger habe die Rechnungen nur in der aus seiner Sicht gerechtfertigten Höhe beglichen.

aa) Welchen Leistungsanforderungen die von dem Leiharbeitsunternehmen gestellten Arbeitnehmer genügen sollten und aus welchen Gründen wenigstens ein Teil der auf die Baustelle entsandten Arbeitnehmer diesen Anforderungen nicht entsprach, ist dem Vortrag des Klägers nicht zu entnehmen.

Konkrete Umstände, die dafür sprechen könnten, dass die überlassenen Arbeitnehmer nicht sorgfältig ausgesucht und für den nach dem Vertrag verfolgten Zweck nicht geeignet waren (vgl. BGH, Urt. v. 9.3.1971, a.a.O.), sind dem Vorbringen des Klägers nicht zu entnehmen. Der Kläger hat lediglich ein Konvolut von Stundenzetteln vorgelegt, ohne im Einzelnen vorzutragen, welche davon nicht in Ordnung sind, inwiefern Zeit- und Obergrenzen aus einer Tabelle (welcher?) überschritten wurden und welche Folgen sich daraus für die Abrechnung der Leistungen des Verleihunternehmens ergeben. Zur Höhe der angeblich fehlerhaft in Rechnung gestellten Beträge wird nichts ausgeführt.

Zwar hat der Kläger sich zum Beweis für seinen Vortrag auf das Zeugnis des Architekten S. berufen. **Eine Beweisaufnahme durch Vernehmung dieses Zeugen kam jedoch mangels konkreten Vortrags zu den Pflichtverstößen des Verleihunternehmens nicht in Betracht**. Eine Beweisaufnahme wäre auf eine Ausforschung des Zeugen S. hinausgelaufen. Soweit der Kläger zur weiteren Konkretisierung auf die Beiziehung der Akte des Verfahrens LG Berlin, 14 O 87/10, Bezug genommen hat, in dem der Beklagte Vortrag zu den Pflichtverletzungen des

klagenden Verleihunternehmens schuldig geblieben sein soll, liegt eine unzulässige Bezugnahme vor. Der Kläger durfte seinen schriftsätzlichen Vortrag nicht ohne eigene Sachdarstellung durch die nicht weiter konkretisierte Bezugnahme auf eine beizuziehende Akte, ohne nähere Angabe der Schriftstücke, auf die er sich bezieht, ersetzen. Die Bezugnahme auf bestimmte Teile der beigezogenen Akten hätte allenfalls zur Erläuterung seines Vortrags dienen können, konnte diesen aber nicht ersetzen (vgl. für die *Bezugnahme auf Anlagen*, BGH, Urt. v. 2.7.2007 – II ZR 111/05, NJW 2008, 69 Rdnr. 25; Musielak/Voit, ZPO, 13. Aufl. 2016, § 130 Rdnr. 10; Zöller/Greger, ZPO, 31. Aufl., § 130 Rdnr. 2).

bb) Weitergehender Hinweise auf die fehlende Substanz des Vorbringens des Klägers zu den vermeintlichen Pflichtverstößen des Arbeitnehmerüberlassungsunternehmens bedurfte es nicht. Der Beklagte hat schon in der Klageerwidern auf die fehlende Einlassungsfähigkeit der Ausführungen des Klägers zu den Pflichtverstößen des Überlassungsunternehmens hingewiesen.

Die weiterhin unterbliebene substantiierte Darstellung in der Berufungsbegründung hat der Beklagte in der Berufungserwidern gerügt. Damit kann dahingestellt bleiben, ob der Beklagte seine Pflicht verletzt haben könnte, sich die für die Rechtsverteidigung des Klägers im Vorprozess erforderlichen Informationen geben zu lassen, oder ob der vom Kläger beauftragte Architekt S. bei Erteilung von Auskünften über die vermeintlichen Pflichtverletzungen des Überlassungsunternehmens nicht mitgewirkt hat. (...) ■

Anwaltsvergütung

- Verbot widerstreitender Interessen
 - Nichtigkeit des Anwaltsvertrages
 - Nachteilige Maßnahmen im Gebühreninteresse
 - Gefährdung der Stellung als unabhängiges Organ der Rechtspflege
- (BGH, Urt. v. 12.5.2016 – IX ZR 241/14)

Leitsätze:

1. Ein Anwaltsvertrag, mit dessen Abschluss der Rechtsanwalt gegen das Verbot verstößt, widerstreitende Interessen zu vertreten, ist nichtig.
2. Ein Anwaltsvertrag verstößt nicht deshalb gegen das Verbot, widerstreitende Interessen zu vertreten, weil der Anwalt im Gebühreninteresse für den Mandanten nachteilige Maßnahmen treffen könnte. ■

Zum Sachverhalt:

Die klagende Rechtsanwaltsgesellschaft verlangt Vergütung und/oder Schadenersatz gemäß § 89a Abs. 2 HGB in Höhe von insgesamt 81.000 EUR nebst Zinsen sowie Vorlage eines Buchauszuges für den Zeitraum 1.1.2013 bis 30.9.2013. Grundlage der Ansprüche ist ein Vertrag der Parteien vom

4./9.5.2012, in welchem die Klägerin sich zu Dienstleistungen im Zusammenhang mit dem Rohstoffeinkauf von Hack-schnitzeln und Landschaftspflegeholz verpflichtet hatte. Ziel der Vertragsbeziehung war die Vermittlung unterschrifts-reifer Verträge zur möglichst kostengünstigen Belieferung der Beklagten. Zu den von der Klägerin zu erbringenden Leistungen gehörten die Erstellung, Prüfung und Verhandlung der Lieferantenverträge mit für die Beklagte akzeptablen Bedingungen. Als Gegenleistung sollte die Klägerin eine monatliche Pauschalvergütung von 3.000 EUR netto sowie eine erfolgsabhängige Vergütung erhalten, deren Höhe sich danach richtete, ob und wie weit der von der Beklagten an den vermittelten Lieferanten zu zahlende Kaufpreis den durchschnittlichen Preis im jeweiligen Abrechnungsmonat unterschritt.

Eine Vergütung nach der Rechtsanwaltsvergütungsordnung war ausgeschlossen, soweit die Klägerin nicht ausdrücklich mit der gerichtlichen Verfolgung von Mängeln einreden oder sonstigen Ansprüchen aus Lieferantenverträgen beauftragt werden würde.

Die Beklagte erklärte mehrfach die außerordentliche Kündigung des Vertrages, welcher ordentlich erst zum 31.3.2015 gekündigt werden konnte.

Die Klägerin hält diese Kündigungen für unwirksam, kündigte jedoch als Reaktion auf die Kündigungserklärungen der Beklagten mit Schreiben vom 6.2.2013 ihrerseits den Vertrag. Sie verlangt, soweit jetzt noch von Interesse, die vertraglich vereinbarte Mindestvergütung für den oben genannten Zeitraum sowie die Vorlage eines Buchauszuges. Das Berufungsgericht hat den Vertrag für nichtig gehalten und die Klage abgewiesen. Mit ihrer vom Senat zugelassenen Revision verfolgt die Klägerin die bisher gestellten Anträge weiter. ■

Aus den Gründen:

Die Revision führt zur Aufhebung des angefochtenen Urteils und zur Zurückverweisung der Sache an das Berufungsgericht.

I. Das Berufungsgericht hat ausgeführt (vgl. *AnwBl* 2015, 94): Der Vertrag vom 4./9.5.2012 sei wegen Verstoßes gegen § 43a Abs. 4 BRAO in Verbindung mit § 134 BGB nichtig, weil die Klägerin widerstreitende Interessen vertreten habe. Beide Vertragsparteien seien zwar übereinstimmend an möglichst niedrigen Einkaufspreisen interessiert gewesen.

Es habe aber die Gefahr bestanden, dass die Klägerin, um eine möglichst günstige Vergütung zu erreichen, bereit gewesen sei, den Lieferanten bei den Vertragsbedingungen (Gewährleistungen, Vertragsdauer, Qualitätsgarantien, Liefergarantien, Kündigungsausschlüssen pp) entgegen zu kommen, was den Interessen der Beklagten widersprochen habe. Rechtsfolge eines Verstoßes gegen § 43a Abs. 4 BRAO sei die Nichtigkeit des Vertrages gemäß § 134 BGB.

II. Diese Ausführungen halten einer rechtlichen Überprüfung nicht stand. Der Vertrag vom 4./9.5.2012 ist nicht gemäß § 43a Abs. 4 BRAO in Verbindung mit § 134 BGB nichtig.

1. Gemäß § 43a Abs. 4 BRAO ist es einem Rechtsanwalt verboten, **widerstreitende Interessen** zu vertreten. Auf der Grundlage der Ermächtigung des § 59b Abs. 2 Nr. 1 lit. e BRAO konkretisiert § 3 der Berufsordnung für Rechtsanwälte (BORA) dieses Verbot dahingehend, dass **der Rechtsanwalt nicht tätig werden darf, wenn er eine andere Partei in derselben Rechtssache im widerstreitenden Interesse bereits beraten oder vertreten hat oder mit dieser Rechtssache in sonstiger Weise im Sinne der §§ 45, 46 BRAO beruflich befasst war**.

Grundlage der Regelung des § 43a Abs. 4 BRAO sind das Vertrauensverhältnis zum Mandanten, die Wahrung der Unabhängigkeit des Rechtsanwalts und die im Interesse der Rechtspflege gebotene Gradlinigkeit der anwaltlichen Berufsausübung (*BT-Drucks. 12/4993, S. 27 f.*). Die Wahrnehmung anwaltlicher Aufgaben setzt den unabhängigen, verschwiegenen und nur den Interessen des eigenen Mandanten verpflichteten Rechtsanwalt voraus (*BGH, Urt. v. 8.11.2007 – IX ZR 5/06, BGHZ 174, 186 Rdnr. 12; v. 23.4.2012 – AnwZ [Brfg] 35/11, NJW 2012, 3039 Rdnr. 10*). Ein **Anwalt**, der sich zum Diener gegenläufiger Interessen macht, verliert jegliche **unabhängige Sachwalterstellung im Dienste des Recht-suchenden** (*BVerfG, NJW 2003, 2520, 2521*). Über das individuelle Mandatsverhältnis hinaus ist die Rechtspflege allgemein auf die Gradlinigkeit der anwaltlichen Berufsausübung angewiesen (*BVerfG, a.a.O.*).

2. Ein Verstoß gegen das Verbot des § 43a Abs. 4 BRAO führt zur Nichtigkeit des Anwaltsvertrages.

a) Ob § 43a Abs. 4 BRAO ein **Verbotsgesetz** im Sinne von § 134 BGB ist, ein Verstoß also zur Nichtigkeit des jeweiligen Vertrages führt, ist in der instanzgerichtlichen Rechtsprechung und in der Literatur **umstritten** (*ein Verbotsgesetz nehmen an: OLG Karlsruhe NJW 2001, 3197, 3199; KG NJW 2008, 1458; Vill in: G. Fischer/Vill/D. Fischer/Rinkler/Chab, Handbuch der Anwaltschaft, 4. Aufl., § 2 Rdnr. 353; Henssler in: Henssler/Prütting, BRAO, 4. Aufl., § 43a Rdnr. 210; Zuck in: Gaier/Wolf/Göcken, Anwaltliches Berufsrecht, 2. Aufl., § 43a BRAO/§ 3 BORA Rdnr. 36; Kleine-Cosack, BRAO, 7. Aufl., § 43a Rdnr. 202; Vollkommer/Greger/Heinemann, Anwaltschaftsrecht, 4. Aufl., § 3 Rdnr. 18; Deckenbrock, Strafrechtlicher Parteiverrat und berufsrechtliches Verbot der Vertretung widerstreitender Interessen, 2009, Rdnr. 785 ff., 791; MünchKomm-BGB/Armbrüster, 7. Aufl., § 134 Rdnr. 100; Staudinger/Sack/Seibl, BGB, 2011, § 134 Rdnr. 220 zu § 43a Abs. 4 BRAO; a.A. etwa Borgmann/Jung/Schwaiger, Anwaltschaft, 5. Aufl., § 12 Rdnr. 56; Knöfel, AP BRAO § 43a Nr. 1 unter II. 2.; Kilian, RdA 2006, 120, 123) und höchststrichlich noch nicht entschieden (vgl. etwa *BGH, Urt. v. 14.5.2009 – IX ZR 60/08, WM 2009, 1296 Rdnr. 7 m.w.N.; v. 19.9.2013 – IX ZR 322/12, WM 2014, 87 Rdnr. 7*).*

b) **Der Wortlaut der Norm ist eindeutig. Die Vorschrift des § 43a Abs. 4 BRAO verbietet es dem Rechtsanwalt, widerstreitende Interessen zu vertreten. Gesetz im Sinne des § 134 BGB ist jede Rechtsnorm (vgl. Art. 2 EGBGB). Dass es sich bei § 43a Abs. 4 BRAO um eine berufsrechtliche, keine zivilrechtliche**

Bestimmung handelt, steht der Anwendung des § 134 BGB daher nicht entgegen. Welche zivilrechtliche Rechtsfolge ein Verstoß gegen das Gebot des § 43a Abs. 4 BRAO nach sich zieht, ist in dieser Vorschrift allerdings nicht geregelt und daher im Wege der Auslegung zu ermitteln.

aa) **Adressat des Verbotes** des § 43a Abs. 4 BRAO ist der Rechtsanwalt, nicht auch der Mandant. Ein Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot, das nur einen der Vertragsbeteiligten betrifft, führt in der Regel nicht zur Nichtigkeit des Rechtsgeschäfts, wenn das gesetzliche Verbot nur die eine Seite der Beteiligten in ihren Handlungen beeinflussen und vom Abschluss eines Vertrages abhalten soll. Nur dann ist ausnahmsweise die Folgerung gerechtfertigt, ein Rechtsgeschäft sei nach § 134 BGB nichtig, wenn es mit Sinn und Zweck des Verbotsgesetzes unvereinbar wäre, die durch das Rechtsgeschäft getroffene rechtliche Regelung hinzunehmen und bestehen zu lassen (BGH, Urt. v. 10.12.1975 – VIII ZR 306/74, BGHZ 65, 368, 370 m.w.N.).

Der BGH hat bereits entschieden, dass Verträge, die gegen die berufsrechtlichen Tätigkeitsverbote des § 46 Abs. 2 Nr. 1 BRAO (BGH, Urt. v. 25.2.1999 – IX ZR 384/97, BGHZ 141, 69, 79) und des § 45 Abs. 1 Nr. 1 BRAO (BGH, Urt. v. 21.10.2010 – IX ZR 48/10, WM 2010, 2374 Rdnr. 16) **verstoßen, gemäß § 134 BGB nichtig sind.** Nach § 46 Abs. 2 Nr. 1 BRAO darf ein Rechtsanwalt nicht tätig werden, wenn er in derselben Angelegenheit als sonstiger Berater, der in einem ständigen Dienst- oder ähnlichen Beschäftigungsverhältnis Rechtsrat erteilt, bereits rechtsbesorgend tätig geworden ist.

Nach § 45 Abs. 1 Nr. 1 BRAO darf ein Rechtsanwalt nicht tätig werden, wenn er in derselben Rechtssache als Richter, Schiedsrichter, Staatsanwalt, Angehöriger des öffentlichen Dienstes, Notar, Notarvertreter oder Notariatsverwalter bereits tätig geworden ist. In der Begründung dieser Entscheidungen heißt es jeweils, der Schutzzweck dieser Verbote, nämlich der Schutz des Vertrauens in die Rechtspflege und die Eindämmung von Interessenkollisionen (BT-Drucks. 12/4993, S. 29 zu § 45 BRAO), laufe weitgehend leer, wenn der Anwalt aus seiner verbotswidrigen Tätigkeit eine Vergütung beanspruchen könne (BGH, Urt. v. 25.2.1999, a.a.O.; v. 21.10.2010, a.a.O.; vgl. auch Vill, ZInsO 2015, 2245, 2247).

Nichts anderes gilt für das Tätigkeitsverbot des § 43a Abs. 4 BRAO. Der verbotswidrig geschlossene Vertrag ist nichtig und begründet auch dann keine Vergütungsansprüche des Rechtsanwalts, wenn sich die Beratung nicht im Nachhinein als wertlos erweist und gebührenpflichtig von einem neuen Anwalt wiederholt werden muss (vgl. hierzu BGH, Urt. v. 19.9.2013 – IX ZR 322/12, WM 2014, 87 Rdnr. 9 ff.). Berufs- und strafrechtliche Sanktionen (§§ 113 ff. BRAO, § 356 StGB) reichen insoweit nicht aus.

bb) **Ein Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot führt allerdings regelmäßig dann nicht zur Nichtigkeit des Rechtsgeschäfts, wenn das Verbot dispositiv ist, also von den Parteien einverständlich abbedungen werden kann.** Dispositive Verbote verlangen nicht nach einer grundsätzlichen Nichtigkeitsanktion. Angesichts ihrer Nachgiebigkeit gilt für sie nichts anderes als

für bloße Ordnungsvorschriften, deren Sinn und Zweck ebenfalls grundsätzlich nicht erfordert, dass entgegenstehende Geschäfte nichtig sind (BGH, Urt. v. 14.12.1999 – X ZR 34/98, BGHZ 143, 283, 288).

Wie gezeigt, schützt die Vorschrift des § 43a Abs. 4 BRAO jedoch nicht nur die Interessen des jeweils betroffenen Mandanten, sondern auch die Unabhängigkeit des Rechtsanwalts und die im Interesse der Rechtspflege gebotene Gradlinigkeit der anwaltlichen Berufsausübung (BT-Drucks. 12/4993, S. 27). Hierüber können die jeweiligen Vertragsparteien nicht verfügen. Die Vorschrift des § 43a Abs. 4 BRAO ist nicht abdingbar (vgl. BGH, Urt. v. 23.4.2012 – AnwZ (Brfg) 35/11, NJW 2012, 3039 Rdnr. 10; Vill in: G. Fischer/Vill/D. Fischer/Rinkler/Chab, a.a.O., Rdnr. 354).

cc) **Der Mandant bleibt trotz Nichtigkeit des Anwaltsvertrages nicht schutzlos. Hat ihm der Anwalt im Rahmen des nichtigen Vertrages Schaden zugefügt, kann er nach § 311 Abs. 2 Nr. 1 BGB Ersatz dieses Schadens verlangen** (vgl. Vill in: G. Fischer/Vill/D. Fischer/Rinkler/Chab, a.a.O., Rdnr. 354).

3. Entgegen der Ansicht des Berufungsgerichts hat die Klägerin durch Abschluss des Vertrages vom 4./9.5.2012 jedoch nicht gegen das Verbot des § 43a Abs. 4 BRAO verstoßen.

a) Der genannte Vertrag verpflichtete die Klägerin, die Interessen der Beklagten wahrzunehmen. Vertragsgegenstand war die Vermittlung von unterschriftsreifen Verträgen zu für die Beklagte möglichst günstigen Bedingungen (§ 1 Nr. 2). § 1 Nr. 1 des Vertrages zählt folgende Leistungen auf, welche die Klägerin zu erbringen hatte:

Prüfung des Portfolios an Bestandslieferanten und gegebenenfalls Optimierung des Lieferantenportfolios durch Vermittlung von Lieferanten, zur Deckung des gesamten Bedarfes der A. in Bezug auf die Vertragsprodukte zu marktgerechten Konditionen; Pflege der Lieferantenkontakte; Erstellung bzw. Prüfung und Verhandlungen der Lieferantenverträge mit für A. akzeptablen Bedingungen; Koordinierung der zeitgerechten Belieferung der A. mit den jeweiligen Lieferanten; Steuerung der Abrufe unter Lieferantenrahmenverträgen; Erstellung und rechtliche Prüfung der Lieferantenverträge; Bearbeitung von Mängelrügen, einschließlich der außergerichtlichen Verhandlungen mit den Lieferanten; Rechnungsprüfung.

Rechtlich ist der Vertrag als Handelsvertretervertrag (§ 84 HGB) einzuordnen, der die Klägerin im beschriebenen Umfang aber auch zur rechtlichen Beratung und Vertretung der Beklagten (§ 3 Abs. 1 BRAO) verpflichtete. Gemäß § 86 Abs. 1 Halbsatz 2 HGB hat der Handelsvertreter bei der Vermittlung oder dem Abschluss von Geschäften das Interesse des Unternehmers wahrzunehmen. Diese allgemeine Interessenwahrnehmungspflicht ist für den Handelsvertretervertrag wesensbestimmend und zwingend (BGH, Beschl. v. 15.4.1986 – KVR 3/85, BGHZ 97, 317, 326; Baumbach/Hopt, HGB, 36. Aufl., § 86 Rdnr. 20). Abweichende Vereinbarungen, die im vorliegenden Fall nicht getroffen wurden, sind nach § 86 Abs. 4 HGB unwirksam. Der Handelsvertreter ist Interessenwahrer

des Unternehmers, nicht unparteiischer Makler zwischen beiden Teilen des abzuschließenden Geschäfts (*BGH, Urt. v. 7.7.1978 – IZR 126/76, WM 1978, 1128, 1129*).

b) Der Vertrag verpflichtete die Klägerin nicht, auch die Interessen der vermittelten Lieferanten wahrzunehmen, welche jenen der Beklagten zuwiderliefen. Der Kläger hatte allein die Interessen der Beklagten zu wahren.

c) **Die Frage, ob ein Anwalt gegen § 43a Abs. 4 BRAO verstößt, wenn seine eigenen Interessen denjenigen des Mandanten widersprechen** (vgl. hierzu *AnwG München, BRAK-Mitt 1995, 172*), bedarf keiner Entscheidung. Ihre eigenen Interessen wahrte die Klägerin nach dem Inhalt des Vertrages dadurch, dass sie durch Erfüllung der ihr obliegenden Pflichten das versprochene Entgelt verdiente. Je mehr Lieferantenverträge sie vermittelte und je niedriger der jeweils mit den Lieferanten ausgehandelte Kaufpreis war, desto höher fiel die erfolgsabhängige Vergütung aus, die sie verdiente. Das lag zugleich im Interesse der Beklagten.

Rein tatsächlich mag die Klägerin bei Vollzug des Vertrages die Möglichkeit gehabt haben, die erfolgsabhängige Vergütung dadurch zu erhöhen, dass sie – wie das Berufungsgericht näher ausgeführt hat – bei der Aushandlung der Verträge niedrige Preise durch für die Lieferanten günstige, der Beklagten aber nachteilige Vertragsbedingungen erkaufte. Hierauf kommt es jedoch nicht an.

Die Klägerin hätte dann, wenn sie sich so verhalten hätte, gegen das in **§ 86 Abs. 1 Halbsatz 2 HGB** normierte Gebot, die Interessen des Unternehmers wahrzunehmen, verstoßen und zudem ihre vertragliche Verpflichtung verletzt, unterschrittsreife Verträge zur möglichst kostengünstigen Belieferung der Beklagten zu vermitteln.

Nicht die Vereinbarung vom 4./9.5.2012 hätte also den Verstoß gegen § 43a Abs. 4 BRAO begründet, sondern – das Vorliegen der übrigen Voraussetzungen der genannten Bestimmung unterstellt – das jeweilige Verhalten der Klägerin im einzelnen Fall. Ob und in welchem Umfang vertragliche Pflichten verletzt werden können, kann sich in der Regel nicht auf die Bewertung der Gesetzmäßigkeit des Vertrages auswirken.

Nahezu jeder Vertrag über eine anwaltliche Beratung birgt das Risiko eines Missbrauchs in sich. Der Wunsch, möglichst viele und möglichst hohe Gebühren zu verdienen, kann einen Anwalt beispielsweise dazu verleiten, pflicht- und vertragswidrig von einer sachdienlichen, im Interesse des Mandanten liegenden außergerichtlichen Einigung abzuraten, statt dessen einen Rechtsstreit zu empfehlen, der für den Mandanten nur zusätzliche Kosten, aber keinen Nutzen bedeutet, und den Vergleich schließlich in der Berufungsinstanz zu schließen.

Ein Anwalt, der sich so verhält, verletzt seine vertraglichen Pflichten und ist verpflichtet, seinem Mandanten einen hieraus entstandenen Schaden zu ersetzen. Sein Verhalten hat jedoch nicht die Nichtigkeit des Anwaltsvertrages zur Folge; ein Verstoß gegen § 43a Abs. 4 BRAO liegt nicht vor.

III. Das Urteil erweist sich nicht aus anderen Gründen als richtig (§ 561 ZPO). Der Vertrag vom 4./9.5.2012 ist nicht wegen Verstoßes gegen ein anderes gesetzliches Verbot nichtig (§ 134 BGB).

1. Eine Nichtigkeit des Vertrages folgt nicht aus § 14 Abs. 2 Nr. 8 BRAO.

a) **Nach dieser Bestimmung ist die Zulassung zur Rechtsanwaltschaft zu widerrufen, wenn der Rechtsanwalt eine Tätigkeit ausübt, die mit seinem Beruf, insbesondere seiner Stellung als unabhängiges Organ der Rechtspflege, nicht vereinbar ist oder das Vertrauen in seine Unabhängigkeit gefährden kann. Die Ausübung einer kaufmännisch-erwerbswirtschaftlichen Tätigkeit** im Zweitberuf berechtigt für sich genommen keine Versagung und keinen Widerruf der Zulassung (*Henssler in: Henssler/Prütting, BRAO, 4. Aufl., § 7 Rdnr. 85; § 14 Rdnr. 42*).

Rechtsanwälte dürfen sich als Angehörige eines freien Berufs zwar, wie es in der amtlichen Begründung des Entwurfs einer Bundesrechtsanwaltsordnung vom 8.1.1958 heißt, nicht allein vom Streben nach Gewinn bestimmen lassen (*BT-Drucks. 3/120, S. 49 zu § 2 BRAO*). Dieser Hinweis lässt jedoch keine Rückschlüsse auf die Pflichten des Rechtsanwalts bei der Ausübung eines Zweitberufs und auf die Vereinbarkeit von Berufen mit unterschiedlicher Pflichtenbindung zu (*Henssler, a.a.O.*).

Eine erwerbswirtschaftliche Tätigkeit kann den Ausschluss vom Beruf des Rechtsanwalts nur dann rechtfertigen, wenn sich die Gefahr einer Interessenkollision deutlich abzeichnet und ihr nur mit einer Berufswahlbeschränke begegnet werden kann (*BVerfGE 87, 287, 330 = NJW 1993, 317; BGH, Beschl. v. 13.10.2003 – AnwZ (B) 79/02, NJW 2004, 212*).

Die Unabhängigkeit und Integrität eines Rechtsanwalts sowie dessen maßgebliche Orientierung am Recht und an den objektiven Interessen seines Mandanten sollen durch die erwerbswirtschaftliche Prägung eines Zweitberufs nicht gefährdet werden (*BVerfG, NJW 2002, 503; BGH, Beschl. v. 13.10.2003, a.a.O.*).

Interessenkollisionen, die das Vertrauen in die anwaltliche Unabhängigkeit gefährden, liegen nicht schon dann vor, wenn das Wissen aus der einen Tätigkeit für die jeweils andere von Vorteil ist. **Für die Berufswahlbeschränkung des § 14 Abs. 2 Nr. 8 Halbsatz 1 BRAO ist vielmehr darauf abzustellen, ob die zweitberufliche Tätigkeit des Rechtsanwalts bei objektiv vernünftiger Betrachtungsweise von Seiten der Mandantschaft die Wahrscheinlichkeit von Pflichten- und Interessenkollisionen nahelegt.**

Dabei bleiben solche Pflichtenkollisionen außer Betracht, die sich ergäben, wenn der Rechtsanwalt in ein und derselben Angelegenheit sowohl als Rechtsanwalt als auch in seinem Zweitberuf tätig wurde; denn insoweit greifen die Tätigkeitsverbote gemäß § 45 Abs. 1 Nr. 4 und Abs. 2 Nr. 2, § 46 Abs. 2 BRAO ein (*BGH, Beschl. v. 13.10.2003, a.a.O.*).

Der BGH hat eine durch die **Tätigkeitsverbote nach § 45 Abs. 1 Nr. 4, Abs. 2 Nr. 2 BRAO** nicht zu bannende Gefahr von Interessenkollisionen bei einer Zweittätigkeit als **Versicherungsmakler** angenommen (BGH, Beschl. v. 14.6.1993 – AnwZ (B) 15/93, BRAK-Mitt. 1994, 43), als **Vermittler von Finanzdienstleistungen** oder als **Grundstücksmakler** (BGH, Beschl. v. 13.10.2003 – AnwZ (B) 79/02, NJW 2004, 212; v. 8.10.2007 – AnwZ (B) 92/06, AnwBl. 2008, 65, 66), als **angestellter Vermögensberater einer Bank** (BGH, Beschl. v. 15.5.2006 – AnwZ (B) 41/05, NJW 2006, 2488 Rdnr. 6; v. 21.3.2011 – AnwZ (B) 36/10, NJW-RR 2011, 856 Rdnr. 7 ff.) und als **Berater und Akquisiteur** (BGH, Beschl. v. 26.11.2007 – AnwZ (B) 111/06, NJW 2008, 1318 Rdnr. 6 ff.).

Der Rechtsanwalt hatte hier jeweils die naheliegende Möglichkeit, das im Rahmen der rechtlichen Beratung erlangte Wissen im Zweitberuf zu verwerten, etwa zur Akquise zu nutzen, oder die rechtliche Beratung nicht auf die Interessen des Mandanten, sondern auf sein eigenes Vertriebsinteresse abzustimmen.

b) Im Falle der Klägerin lag die Gefahr widerstreitender Interessen weniger nahe. Hackschnitzel und Landschaftspflegeholz kommen in der anwaltlichen Praxis nicht so häufig vor wie Versicherungen, Grundstücke und Finanzprodukte. Die naheliegende Gefahr, dass die Klägerin im Rahmen ihrer anwaltlichen Tätigkeit Mandantengespräche zur Akquise von Hackschnitzel- und Landschaftspflegeholzlieferungen nutzen oder ihr Interesse an der Vermittlung entsprechender Verträge in ihre Beratungsgespräche einbringen konnte, hat die Beklagte, die für die tatsächlichen Voraussetzungen eines Verbotsgesetzes darlegungs- und beweispflichtig ist, in den Tatsacheninstanzen nicht dargelegt.

c) Im Ergebnis kommt es auf diese Frage nicht an. **Die standesrechtliche Unzulässigkeit einer Tätigkeit führt für sich genommen weder zur Nichtigkeit der im Rahmen dieser Tätigkeit geschlossenen Verträge** (vgl. BGH, Urt. v. 31.10.1991 – IX ZR 303/90, NJW 1992, 681, 682 unter 2a; v. 14.5.2009 – IX ZR 60/08, WM 2009, 1296 Rdnr. 9; Vill in: G. Fischer/Vill/D. Fischer/Rinkler/Chab, a.a.O., Rdnr. 353) **noch zur Nichtigkeit der Anwaltsverträge, welche der Anwalt schließt, obwohl seine Zulassung nach § 14 Abs. 2 Nr. 8 BRAO wegen eines standesrechtlich unzulässigen Zweitberufs zu widerrufen ist.**

Das gebietet die Sicherheit des Rechtsverkehrs. Wer etwa die Dienste eines Versicherungsmaklers in Anspruch nimmt oder sich von einem Bankangestellten beraten lässt, wird häufig nicht erkennen können, ob sein Gegenüber ein Rechtsanwalt ist, der einem standesrechtlichen Verbot zuwiderhandelt. Umgekehrt kann der Mandant, der den Rechtsanwalt mit der Wahrnehmung seiner Interessen beauftragt, nicht wissen, ob dieser einem unzulässigen Zweitberuf nachgeht.

Hinzu kommt, dass die Widerrufsvorschrift des § 14 Abs. 2 Nr. 8 BRAO Ausnahmen zulässt. Die Rechtsanwaltskammer kann von einem Widerruf absehen, wenn dieser für den Rechtsanwalt eine unzumutbare Härte bedeuten würde. Das ist anhand der besonderen Umstände des einzelnen Falles zu prüfen. Von einer solchen Einzelfallprüfung kann aber die

Wirksamkeit oder Nichtigkeit zuvor im Zweitberuf oder im Anwaltsberuf geschlossener Verträge nicht abhängen. Die Vorschrift des § 134 BGB setzt voraus, dass das gesetzliche Verbot bereits im Zeitpunkt der Vornahme des Rechtsgeschäfts bestand (vgl. BGH, Urt. v. 4.4.1966 – VIII ZR 20/64, BGHZ 45, 322, 326; v. 23.4.2009 – IX ZR 167/07, WM 2009, 1249 Rdnr. 32; Bamberger/Roth/Wendtland, BGB, 3. Aufl., § 134 Rdnr. 21).

Die Nichtigkeit von Verträgen im Anwendungsbereich des § 14 Abs. 2 Nr. 8 BRAO folgt entgegen der in der mündlichen Verhandlung geäußerten Ansicht der Beklagten auch nicht im Wege eines Erst-Recht-Schlusses daraus, dass solche Verträge nichtig sind, die ein Anwalt unter Verstoß gegen § 45 BRAO eingeht. Der Gesetzgeber des Gesetzes zur Neuordnung des Berufsrechts der Rechtsanwälte und der Patentanwälte ist davon ausgegangen, dass die einzelfallbezogenen Tätigkeitsverbote des § 45 BRAO nicht alle Fälle erfassen können, in denen ein Interessenwiderspruch und die daraus folgende Gefahr einer unzulänglichen und unsachgemäßen Beratung vorliegen (BT-Drucks. 12/4993, S. 29).

Die Vorschriften des § 14 Abs. 2 Nr. 8 BRAO und des § 7 Nr. 8 BRAO über die Unvereinbarkeit von Tätigkeiten einerseits, die Tätigkeitsverbote des § 45 BRAO andererseits ergänzen einander. Die Unvereinbarkeitsvorschriften erfassen insbesondere diejenigen Fälle, in welchen eine Trennung von Zweitberuf und Anwaltstätigkeit nicht möglich ist, der Zweitberuf also jegliche Anwaltstätigkeit ausschließt (BT-Drucks. 12/4993, S. 29).

Voraussetzung der Versagung oder des Widerrufs ist, dass die Tätigkeitsverbote der §§ 45, 46 BRAO, die der Anwalt in jedem Einzelfall zu beachten hat und die zur Nichtigkeit verbotswidrig geschlossener Anwaltsverträge führen, nicht ausreichen, um der Gefahr von Interessenkollisionen und der hieraus folgenden Gefahr von Vertrauensverlusten wirksam zu begegnen. Hiervon geht der Anwaltsenat des BGH in ständiger Rechtsprechung aus (vgl. etwa BGH, Beschl. v. 13.10.2003 – AnwZ (B) 79/02, NJW 2004, 212; Urt. v. 25.11.2013 – AnwZ (Brfg) 10/12, BRAK-Mitt. 2014, 102 Rdnr. 9 m.w.N.).

2. Der Vertrag verstieß auch nicht gegen **§ 45 Abs. 1 Nr. 4 BRAO**.

a) **Nach dieser Bestimmung darf ein Rechtsanwalt nicht tätig werden, wenn er in derselben Angelegenheit außerhalb seiner Anwaltstätigkeit bereits beruflich tätig war. Rechtsfolge eines Verstoßes gegen das Tätigkeitsverbot des § 45 Abs. 1 BRAO ist die Nichtigkeit des Anwaltsvertrages** (BGH, Beschl. v. 18.12.1996 – IV ZB 9/96, BGHZ 134, 230, 234; Feuerich/Weyland/Träger, BRAO, 9. Aufl., § 45 BRAO Rdnr. 41; Bormann in: Gaier/Wolf/Göcken, Anwaltliches Berufsrecht, 2. Aufl., § 45 BRAO Rdnr. 48; Deckenbrock, Strafrechtlicher Parteiverrat und berufsrechtliches Verbot der Vertretung widerstreitender Interessen, 2009, Rdnr. 791; Rinkler in: G. Fischer/Vill/D. Fischer/Rinkler/Chab, Handbuch der Anwaltschaft, 4. Aufl., § 1 Rdnr. 49; Kilian in: Henssler/Prütting, BRAO, 4. Aufl., § 45 Rdnr. 49b; vgl. auch BGH, Urt. v.

21.10.2010 – IX ZR 48/10, WM 2010, 2374 Rdnr. 16 zu § 45 Abs. 1 Nr. 1 BRAO; v. 25.2.1999 – IX ZR 384/97, BGHZ 141, 69, 79 zu § 46 Abs. 2 Nr. 1 BRAO; v. 22.2.2001 – IX ZR 357/99, BGHZ 147, 39, 44 zu § 45 Abs. 3, § 46 Abs. 3 BRAO; denn Zweck der Vorschrift ist der Schutz des Mandanten vor einer wegen der Vorbefassung unsachgemäßen Betreuung im konkreten Einzelfall.

b) Die Beklagte hat schon eine Vorbefassung der Klägerin im Zweitberuf nicht dargelegt. Das Tätigkeitsverbot soll ihrer Ansicht nach allein aus dem Vertrag vom 4./9.5.2012 selbst folgen. Voraussetzung der Anwendbarkeit des § 45 Abs. 1 Nr. 4 BRAO ist jedoch, dass die Anwaltstätigkeit von der sonstigen Erwerbstätigkeit des Anwalts abgegrenzt werden kann (BGH, Beschl. v. 13.10.2003, a.a.O., S. 213; AnwG München, AnwBl 1999, 285; Feuerich/Weyland/Träger, BRAO, 9. Aufl., § 45 Rdnr. 29; Bormann in: Gaier/Wolf/Göcken, Anwaltliches Berufsrecht, 2. Aufl., § 45 BRAO Rdnr. 37).

Das ist hier nicht der Fall. Es gibt hier nur den Vertrag vom 4./9.5.2012, welcher die Klägerin verpflichtete, für die Beklagte Lieferverträge zu erstellen, zu prüfen, zu verhandeln und zu vermitteln. Folgeaufträge der Beklagten an die Klägerin, welche nach dem Vertrag vom 4./9.5.2012 durchaus möglich waren, sind nicht Gegenstand dieses Rechtsstreits.

3. Der Vertrag ist schließlich nicht wegen Verstoßes gegen § 59c Abs. 1 BRAO nichtig.

a) Die Klägerin ist eine Rechtsanwaltsgesellschaft. **Nach § 59c Abs. 1 BRAO können nur solche Gesellschaften mit beschränkter Haftung als Rechtsanwaltsgesellschaften zugelassen werden, deren Unternehmensgegenstand die Beratung und Vertretung in Rechtsangelegenheiten ist. Daraus wird teilweise gefolgert, dass eine Rechtsanwaltsgesellschaft keiner anderen Tätigkeit nachgehen darf** (Henssler in: Henssler/Prütting, BRAO, 4. Aufl., § 59c Rdnr. 8; Feuerich/Weyland/Brüggemann, BRAO, 9. Aufl., § 59c Rdnr. 3; Bormann in: Gaier/Wolf/Göcken, Anwaltliches Berufsrecht, 2. Aufl., § 59c Rdnr. 27a). Der BGH hat demgegenüber in einem **obiter dictum** gemeint, **einer Rechtsanwaltsgesellschaft sei es nicht verwehrt, neben der Beratung und Vertretung in Rechtsangelegenheiten auch andere Tätigkeiten auszuüben** (vgl. BGH, Urt. v. 18.7.2011 – AnwZ (Brfg) 18/10, NJW 2011, 3036).

Selbst wenn einer Rechtsanwaltsgesellschaft jedoch jegliche Tätigkeit verboten wäre, die nicht Beratung und Vertretung in Rechtsangelegenheiten ist oder dieser dient, folgte aus einem Verstoß gegen dieses Verbot nicht die zivilrechtliche Nichtigkeit entsprechender Verträge.

Eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung kann auch außerhalb ihres Geschäftszwecks (*ultra vires*) tätig werden. Dies folgt insbesondere aus § 37 Abs. 2 GmbHG. Ihrem Wortlaut nach ordnet diese Vorschrift zwar nur an, dass eine Beschränkung der Vertretungsmacht des Geschäftsführers nicht gegenüber Dritten wirkt. Wären Rechtsgeschäfte außerhalb des Unternehmensgegenstandes nichtig, käme dies jedoch einer Beschränkung der Vertretungsmacht des Geschäftsführers gleich, der § 37 Abs. 2 GmbHG jede

Außenwirkung versagt (vgl. K. Schmidt, Gesellschaftsrecht, 4. Aufl., S. 214 ff., 216; Baumbach/Hueck/Zöllner/Noack, GmbHG, 20. Aufl., § 37 Rdnr. 49; Roth/Altmeppen, GmbHG, 8. Aufl., § 37 Rdnr. 26; Lutter/Hommelhoff/Kleindiek, GmbHG, 18. Aufl., § 35 Rdnr. 9). Nach ständiger Rechtsprechung kann sich das Organ einer juristischen Gesellschaft schadenersatzpflichtig machen, wenn es Geschäfte außerhalb des von der Satzung vorgegebenen Geschäftszwecks tätigt (BGH, Urt. v. 5.10.1992 – II ZR 172/91, BGHZ 119, 305, 331; v. 15.1.2013 – II ZR 90/11, WM 2013, 456 Rdnr. 16). Nichtig sind solche Geschäfte jedoch nicht allein wegen einer Überschreitung des Geschäftszwecks. (...) ■

Anwaltschaftung

- Höchststrichterlich ungeklärte Rechtsfrage
- Pfändung des Gesellschaftsanteils
- Darlegungslast und beratungskonformes Verhalten (BGH, Urt. v. 17.3.2016 – IX ZR 142/14)

Leitsätze:

1. Ein Mandant kann von seinem Rechtsanwalt die Kenntnis der einschlägigen Rechtsnormen erwarten, bei deren Auslegung er sich grundsätzlich an der höchststrichterlichen Rechtsprechung zu orientieren hat.

2. Entscheidet sich der Rechtsanwalt bei einer Rechtsfrage, deren Beantwortung nicht unmittelbar aus dem Gesetz folgt und die bisher nicht Gegenstand einer höchststrichterlichen Rechtsprechung war, für einen von mehreren Lösungswegen, so handelt er nicht schuldhaft.

3. Die Beweiserleichterung zugunsten des Mandanten gilt nicht generell. Sie setzt einen Tatbestand voraus, bei dem der Ursachenzusammenhang zwischen der Pflichtverletzung des Beraters und einem bestimmten Verhalten seines Mandanten typischerweise gegeben ist, beruht also auf Umständen, die nach der Lebenserfahrung eine bestimmte tatsächliche Vermutung rechtfertigen. ■

Tatbestand:

Der Kläger beauftragte den beklagten Rechtsanwalt mit der Durchsetzung eines Versäumnisurteils über 223.107,38 EUR nebst Zinsen und Kosten, welches er am 22.3.2002 gegen seinen Bruder (fortan: Schuldner) erwirkt hatte. Der Schuldner war neben einem R. Gesellschafter einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts, der eine Eigentumswohnung in S. gehörte.

Am 6.6.2002 ließ der Beklagte den Gesellschaftsanteil des Schuldners pfänden. Mit Schreiben vom 6.7.2005 kündigte er den Gesellschaftsvertrag. Am 12.7.2005 beantragte er die Teilungsversteigerung, die mit Beschluss vom 12.10.2005 angeordnet wurde. Wegen Verhandlungen mit dem Schuld-

ner wurde die Teilungsversteigerung nicht weiter betrieben. Am 20.3.2006 trat der weitere Gesellschafter seinen Gesellschaftsanteil an den Schuldner ab. Am 3.4.2006 wurde eine (Gesamt-)Grundschuld in Höhe von 250.533,02 EUR zugunsten der Sparkasse S. in das Wohnungsgrundbuch eingetragen. Der Beklagte beantragte die Fortsetzung der Teilungsversteigerung. Nachdem der Kläger ihn jedoch angewiesen hatte, deren einstweilige Einstellung zu beantragen, wurde diese mit Beschluss vom 27.7.2007 eingestellt.

Weil der Beklagte keinen Fortsetzungsantrag stellte, wurde das Teilungsversteigerungsverfahren mit Beschluss vom 14.2.2008 aufgehoben. Bei einer auf Antrag der Sparkasse S. betriebenen Zwangsversteigerung der Wohnung im Jahre 2010 wurde ein Erlös von 40.100 EUR erzielt. Der Sparkasse wurde ein Betrag von 33.858,02 EUR zugeteilt. Der Kläger klagte vergeblich gegen die Sparkasse auf Feststellung, dass seine Rechte aus dem Pfändungs- und Überweisungsbeschluss fortbestünden, sowie auf Auskehr des Versteigerungserlöses.

Nunmehr wirft er dem Beklagten vor, den an die Sparkasse ausgekehrten Betrag nicht für ihn, den Kläger, gesichert zu haben, und verlangt Schadenersatz in entsprechender Höhe nebst Zinsen. Das LG hat die Klage abgewiesen. Das Berufungsgericht hat den Beklagten insoweit antragsgemäß verurteilt. Mit seiner vom Senat zugelassenen Revision will der Beklagte die Wiederherstellung des landgerichtlichen Urteils erreichen. ■

Entscheidungsgründe:

Die Revision führt zur Aufhebung des angefochtenen Urteils und zur Zurückweisung der Berufung des Klägers.

I. Das Berufungsgericht hat angenommen, der Beklagte habe den Kläger unzutreffend beraten. Er hätte rechtzeitig einen Fortsetzungsantrag stellen und den Kläger darauf hinweisen müssen, dass er andernfalls seine Rechtsposition in Bezug auf die Wohnung verlieren würde. Die Übertragung des Gesellschaftsanteils auf den Schuldner sei im Verhältnis zum Kläger unwirksam gewesen, hätte eine Fortsetzung der Teilungsversteigerung also nicht gehindert.

Nach der Vermutung des beratungsgemäßen Verhaltens sei davon auszugehen, dass der Kläger bei entsprechender Belehrung zugestimmt hätte. Wenn man zugunsten des Beklagten unterstelle, dass der Kläger trotz ausreichender Beratung keinen Fortsetzungsantrag hätte stellen wollen, wäre der Beklagte verpflichtet gewesen, ihn ergänzend über weitere Vollstreckungsmöglichkeiten zu beraten.

Nachdem der Schuldner alleiniger Eigentümer der Wohnung geworden sei, hätte der Beklagte einen Antrag auf Zwangsversteigerung der Wohnung stellen müssen. Außerdem habe er es unterlassen, die Zwangsversteigerung des Miteigentumsanteils des Schuldners zu betreiben oder diesbezüglich die Eintragung einer Sicherungshypothek zu veranlassen.

II. Diese Ausführungen halten einer rechtlichen Überprüfung nicht stand.

1. Ein Anspruch auf Schadenersatz gemäß § 280 BGB wegen des unterlassenen Fortsetzungsantrags ist nicht schlüssig dargelegt.

a) Entgegen der Ansicht der Revision hat das Berufungsgericht insoweit nicht entgegen § 308 Abs. 1 Satz 1 ZPO über einen Klagegrund (§ 253 Abs. 2 Nr. 2 ZPO) entschieden, welchen der Kläger nicht geltend gemacht hat. Mit Schriftsatz vom 19.2.2014 hat der Kläger dem Beklagten – teils unter Bezugnahme auf den Hinweisbeschluss des Berufungsgerichts vom 3.2.2014 – vorgeworfen, eigenmächtig die Stellung eines Fortsetzungsantrags unterlassen zu haben.

Es handelt sich insoweit um eine Klageänderung (§ 263 ZPO), welche das Berufungsgericht in seinem Urteil erkennbar zugelassen hat. Ob die Voraussetzungen vorlagen, unter welchen eine Klageänderung im Berufungsverfahren gemäß § 533 ZPO zulässig ist, wird im Revisionsverfahren nicht mehr überprüft, wenn das Berufungsgericht eine Sachentscheidung über den neuen Klagegrund getroffen hat (vgl. BGH, Urt. v. 20.6.2000 – IX ZR 81/98, WM 2000, 1574, 1575 zu § 530 ZPO a.F., v. 2.4.2004 – V ZR 107/03, WM 2005, 141 f.; v. 25.10.2007 – VII ZR 27/06, MDR 2008, 158 f.).

b) Der Beklagte hat seine Pflichten aus dem Anwaltsvertrag nicht dadurch schuldhaft verletzt, dass er nicht rechtzeitig vor Ablauf der Sechsmonatsfrist des § 31 Abs. 1 Satz 2 ZVG einen Antrag auf Fortsetzung des Versteigerungsverfahrens gestellt hat. Er hat den Kläger insoweit auch nicht unzutreffend belehrt. Der Beklagte war nicht verpflichtet, den Kläger auf einen nach Ansicht des Berufungsgerichts aus einer analogen Anwendung des § 888 Abs. 2 BGB folgenden Anspruch auf Wiedereintragung der Gesellschaft bürgerlichen Rechts als Eigentümerin der Wohnung hinzuweisen, diesen Anspruch für ihn durchzusetzen und sodann die Teilungsversteigerung fortzuführen.

aa) Ein Rechtsanwalt ist im Rahmen des ihm erteilten Mandates verpflichtet, den Auftraggeber umfassend zu belehren, seine Belange nach jeder Richtung wahrzunehmen und seinen Auftrag so zu erledigen, dass Nachteile für den Mandanten möglichst vermieden werden. **Droht dem Mandanten ein Rechtsverlust, hat er diesem durch geeignete Maßnahmen entgegenzuwirken** (vgl. etwa BGH, Urt. v. 18.3.1993 – IX ZR 120/92, WM 1993, 1376, 1377; Vill in: G. Fischer/Vill/D. Fischer/Rinkler/Chab, Handbuch der Anwaltshaftung, 4. Aufl., § 2 Rdnr. 51).

Der Mandant kann von ihm die Kenntnis der einschlägigen Rechtsnormen erwarten, bei deren Auslegung er sich grundsätzlich an der **höchstrichterlichen Rechtsprechung** zu orientieren hat. Hinweise, Belehrungen und Empfehlungen sind in der Regel an der höchstrichterlichen Rechtsprechung auszurichten (BGH, Urt. v. 28.9.2000 – IX ZR 6/99, BGHZ 145, 256, 263; v. 6.11.2008 – IX ZR 140/07, BGHZ 178, 258 Rdnr. 9). Fehlt eine höchstrichterliche Rechtsprechung, kann der Rechtsanwalt sich die erforderlichen Kenntnisse etwa durch **Einsichtnahme in eines der üblichen Erläuterungsbücher** verschaffen (Vill, a.a.O., § 2 Rdnr. 84; Fahrendorf in: Fahrendorf/Mennemeyer/Terbille, Die Haftung des Rechts-

anwalts, 8. Aufl., Rdnr. 527). Ungewöhnliche Fallgestaltungen, die weder Gegenstand einer höchstrichterlichen oder instanzgerichtlichen Entscheidung waren noch in einem der gängigen Kommentare oder Lehrbücher behandelt wurden, hat er auf der Grundlage eigener, juristisch begründeter Überlegungen zu bearbeiten.

bb) Die Pfändung des Gesellschaftsanteils des Schuldners, die Kündigung der Gesellschaft und der Antrag auf Teilungsversteigerung des Grundstücks, welches das Gesellschaftsvermögen ausmachte, waren sachgerecht. Die Pfändung des Gesellschaftsanteils (§ 859 Abs. 1 Satz 1 ZPO) hinderte Verfügungen des Schuldners über diesen mit Wirkung gegen den Kläger (§§ 857, 829 Abs. 1 Satz 2 ZPO) und eröffnete die Möglichkeit der Kündigung der Gesellschaft (vgl. *BGH, Urt. v. 5.12.1991 – IX ZR 270/90, BGHZ 116, 222, 228 f.*). Die Eintragung des Zwangsversteigerungsvermerks bewirkte ein Veräußerungsverbot hinsichtlich des Grundstücks (§ 23 ZVG), dessen es bedurfte, weil die Pfändung des Gesellschaftsanteils Verfügungen über das Gesellschaftsvermögen nicht ausschloss (vgl. § 859 Abs. 1 Satz 2 ZPO).

cc) Zugriff auf den Gesellschaftsanteil des weiteren Gesellschafters hatte der Kläger nicht. Der Titel gegen den Schuldner bot hierfür keine Grundlage. Dem weiteren Gesellschafter blieb es unbenommen, seinen Anteil abzutreten. Die Abtretung des Anteils an einen Dritten hätte die Rechtsstellung des Klägers unberührt gelassen. Die Abtretung des Anteils an den Schuldner führte nach den allgemeinen Regeln dazu, dass die Gesellschaft durch Vereinigung aller Anteile in der Hand eines Gesellschafters beendet wurde (vgl. *BGH, Urt. v. 10.7.1975 – II ZR 154/72, BGHZ 65, 79, 82 f.*).

Die mit der Teilungsversteigerung bezweckte Aufhebung der Gemeinschaft zwischen dem Schuldner und dem weiteren Gesellschafter war damit – unter Anwendung der allgemeinen Regeln über die Voraussetzungen der Teilungsversteigerung – nicht mehr möglich (vgl. *BGH, Beschl. v. 25.2.2010 – V ZB 92/09, WM 2010, 860 Rdnr. 9*). Sobald der Schuldner als neuer Eigentümer in das Grundbuch eingetragen war, sich das einer Teilungsversteigerung entgegenstehende Hindernis also aus dem Grundbuch ergab, war das Verfahren nach § 28 Abs. 1 ZVG aufzuheben (vgl. *BGH, Beschl. v. 25.2.2010, a.a.O., Rdnr. 8*).

dd) Der Beklagte hat in der gegebenen Situation angenommen, dass eine Teilungsversteigerung nicht mehr in Betracht komme und sich das Pfandrecht am Gesellschaftsanteil an dem Anspruch auf Auseinandersetzung des Gesellschaftsvermögens fortgesetzt habe. Er hat deshalb – vergeblich – die Sparkasse auf Auskehr des Versteigerungserlöses in Anspruch genommen.

Ob die rechtlichen Überlegungen des Berufungsgerichts dazu zutreffen, dass der Kläger als Pfändungsgläubiger einen Anspruch analog § 888 Abs. 2 BGB auf Wiedereintragung der Gesellschaft bürgerlichen Rechts gehabt hätte, so dass die Teilungsversteigerung im Verhältnis zur Sparkasse rangwahrend hätte fortgesetzt werden können, bedarf keiner Entscheidung. Ebenso ist nicht entscheidungserheblich, ob der

gepfändete Gesellschaftsanteil für die Zwecke des Teilungsversteigerungsverfahrens als fortbestehend hätte fingiert werden können (vgl. *BGH, Beschl. v. 16.7.2004 – IXa ZB 330/03, WM 2004, 1843 f.; offengelassen von BGH, Beschl. v. 25.2.2010 – V ZB 92/09, WM 2010, 860 Rdnr. 10; jeweils zum Miteigentumsanteil*).

Allen genannten Lösungsversuchen ist gemeinsam, dass sie ein Fortbestehen des Pfändungspfandrechts am Gesellschaftsanteil des Schuldners trotz Vereinigung aller Anteile in einer Hand, also trotz Wegfalls des Pfandgegenstandes, voraussetzen. **Es würde sich um Rechtsfortbildung handeln, die nicht unmittelbar aus dem Gesetz folgt und die bisher nicht Gegenstand einer höchstrichterlichen Rechtsprechung war; auch einschlägige instanzgerichtliche Rechtsprechung oder Literatur, die zu den gebräuchlichen Erläuterungsbüchern gehört und deshalb gegebenenfalls einzusehen gewesen wäre, hat der Kläger nicht nachgewiesen.**

Angesichts dessen gereicht es dem Beklagten nicht zum Verschulden, dass er sich nicht für die vom Berufungsgericht allein für richtig gehaltene Maßnahme – die Durchsetzung des Anspruchs aus § 888 Abs. 2 BGB analog und die Fortsetzung der Teilungsversteigerung – entschieden hat. Der Kostenschaden aus den Klagen gegen die Sparkasse ist nicht Gegenstand dieses Rechtsstreits, so dass deren Erfolgsaussicht nicht zu prüfen ist.

c) Die Revision beanstandet darüber hinaus mit Recht, dass jeglicher Vortrag des Klägers dazu fehlt, welche Weisungen er erteilt hätte, wenn der Beklagte ihn in dem vom Berufungsgericht für richtig gehaltenen Sinne beraten hätte. Das Berufungsgericht hat die Vermutung des beratungsgerechten Verhaltens herangezogen. Daran ist richtig, dass ein Vermutungstatbestand dann, wenn er einschlägig ist, auch fehlenden Sachvortrag ersetzen kann. Die Voraussetzungen der genannten Vermutung sind jedoch nicht erfüllt.

aa) Die **Vermutung des beratungsgemäßen Verhaltens** kommt zur Anwendung, wenn im Hinblick auf die Interessenlage oder andere objektive Umstände eine bestimmte Entschliebung des zutreffend informierten Mandanten mit Wahrscheinlichkeit zu erwarten wäre. **Voraussetzung sind danach tatsächliche Feststellungen, die im Falle sachgerechter Aufklärung durch den rechtlichen Berater aus der Sicht eines vernünftig urteilenden Mandanten eindeutig eine bestimmte tatsächliche Reaktion nahegelegt hätten.**

Die Beweiserleichterung zugunsten des Mandanten gilt also nicht generell. Sie setzt einen Tatbestand voraus, bei dem der Ursachenzusammenhang zwischen der Pflichtverletzung des Beraters und einem bestimmten Verhalten seines Mandanten typischerweise gegeben ist, beruht also auf Umständen, die nach der Lebenserfahrung eine bestimmte tatsächliche Vermutung rechtfertigen (*BGH, Urt. v. 30.9.1993 – IX ZR 73/93, BGHZ 123, 311, 314 f.; v. 10.5.2012 – IX ZR 125/10, BGHZ 193, 193 Rdnr. 36*).

bb) Hier gab es – die vom Berufungsgericht geforderte Belehrung als rechtlich vertretbar unterstellt – nicht nur eine

mögliche vernünftige Entscheidung. Es war schon aus Rechtsgründen offen, ob die Teilungsversteigerung dann, wenn ein Fortsetzungsantrag fristgerecht gestellt worden wäre, fortgeführt worden wäre. Bis zur Entscheidung des Berufungsgerichts ist nirgends die Ansicht vertreten worden, dass die Pfändung eines Gesellschaftsanteils und die Beschlagnahme des Grundstücks, welches das Gesellschaftsvermögen bildet, zur relativen Unwirksamkeit der Abtretung des nicht gepfändeten Anteils an den Pfändungsschuldner führen.

Der Beklagte hätte den Kläger darauf hinweisen müssen, dass der Antrag auf Fortsetzung der Teilungsversteigerung nur nach für ihn positiver Klärung einer bis dahin offenen Grundsatzfrage im Rahmen der voraussichtlich klagweisen Durchsetzung des aus einer analogen Anwendung des § 888 Abs. 2 BGB abgeleiteten Anspruchs auf Wiedereintragung der Gesellschaft bürgerlichen Rechts als Grundstückseigentümerin Aussicht auf Erfolg hatte. Schon das Kostenrisiko hätte den Kläger von einer solchen Klage abhalten können. Hätte er obsiegt, hätte er die Teilungsversteigerung wohl fortsetzen können; seine Forderung gegen den Schuldner, die vorhersehbar durch den zu erwartenden Versteigerungserlös nur zu einem geringen Teil gedeckt war, hätte sich aber durch den Kostenerstattungsanspruch noch erhöht. Es liegt daher kein Fall vor, in dem die Vermutung des beratungsgerechten Verhaltens herangezogen werden kann.

2. Die weiteren Pflichtverletzungen, auf welche das Berufungsgericht die Verurteilung hilfsweise gestützt hat, sind bisher nicht Gegenstand des Rechtsstreits gewesen und tragen das Berufungsurteil deshalb nicht. Das Berufungsgericht hat gegen § 308 Abs. 1 ZPO verstoßen, indem es über prozessuale Ansprüche entschieden hat, welche der Kläger so nicht geltend gemacht hat.

a) **Gemäß § 308 Abs. 1 ZPO ist das Gericht nicht befugt, einer Partei etwas zuzusprechen, was nicht beantragt ist. Die Bindung an den Antrag betrifft nicht nur den Urteilsausspruch, sondern auch den Grund des erhobenen Anspruchs (§ 253 Abs. 2 Nr. 2 ZPO).** Der Kläger allein legt den Streitgegenstand fest, den prozessualen Anspruch also, über welchen das Gericht zu entscheiden hat. Dieser wird bestimmt durch den Klageantrag, in dem sich die vom Kläger in Anspruch genommene Rechtsfolge konkretisiert, und den Lebenssachverhalt (Klagegrund), aus dem der Kläger die begehrte Rechtsfolge herleitet (BGH, Urt. v. 3.4.2003 – I ZR 1/01, BGHZ 154, 342, 347 f.; v. 29.6.2006 – I ZR 235/03, BGHZ 168, 179 Rdnr. 15).

Legt ein Gericht seinem Urteilsausspruch einen anderen Klagegrund zugrunde als denjenigen, mit dem der Kläger seinen Klageantrag begründet hat, verstößt es gegen § 308 Abs. 1 ZPO. Das Gericht darf sein Urteil nicht auf einen Klagegrund stützen, welchen der Kläger nicht geltend gemacht hat.

b) Der **Streitgegenstand einer Klage**, mit welcher ein Anspruch auf Schadenersatz **wegen einer Anwaltpflichtverletzung** geltend gemacht wird, **wird wesentlich durch den Vorwurf bestimmt, welchen der klagende Mandant erhebt, und**

den Schaden, welchen die behauptete Pflichtverletzung nach Darstellung des Klägers verursacht hat. Wirft der klagende Mandant dem beklagten Anwalt etwa Fehler beim Ausspruch einer fristlosen Kündigung vor, ist dies ein anderer Streitgegenstand als der Vorwurf einer unsachgemäßen Prozessführung im anschließenden Rechtsstreit über die Wirksamkeit der Kündigung (vgl. BGH, Beschl. v. 19.11.1992 – IX ZR 221/91, n.v.).

Der Vorwurf einer pflichtwidrigen Prozessführung ist ein anderer Streitgegenstand als derjenige der Falschberatung vor Erhebung einer erkennbar aussichtslosen Klage (BGH, Beschl. v. 29.9.2011 – IX ZB 106/11, WM 2011, 2113 Rdnr. 9 ff., 13 mit zust. Anm. K. Schmidt, JuS 2012, 653). Umgekehrt erfasst der Vorwurf der Falschberatung vor Erhebung der aussichtslosen Klage nicht auch denjenigen des unterlassenen Hinweises auf eine erfolgversprechende Revision (BGH, Urt. v. 13.3.2008 – IX ZR 136/07, WM 2008, 1560 Rdnr. 24). Der Kläger hat den Streitgegenstand festzulegen. Alternativen, die im Widerspruch zum Hauptvorbringen stehen, können nur nach den Regeln der eventuellen Klagehäufung hilfsweise geltend gemacht werden.

Wirft der Mandant dem Rechtsanwalt im Ergebnis das Unterlassen einer erfolgversprechenden Maßnahme vor, **reicht es nicht aus, den Auftrag vorzutragen, welchen er dem Anwalt erteilt hat, und sodann zu beanstanden, dass das erstrebte Ziel nicht erreicht worden sei. Er darf es nicht dem Gericht überlassen, Wege zu suchen, auf denen dieses Ziel hätte erreicht werden können, um sodann dem Anwalt vorzuwerfen, diese Wege nicht beschritten zu haben.** Hinreichend bestimmt ist die Klage vielmehr erst dann, wenn der Kläger vorträgt, welche erfolgversprechende Maßnahme der Anwalt unterlassen hat.

Kommen mehrere Wege in Betracht, kann er die Klage hierauf stützen, hat jedoch, soweit sie sich ausschließen oder zu unterschiedlichen Schäden geführt haben sollen, ein Haupt- und Hilfsverhältnis zu bilden. An diesen Vortrag ist das Gericht gebunden. Zu einer Ergänzung einer unvollständigen Klage ist es nicht verpflichtet und im Hinblick auf den Beibringungsgrundsatz, welcher den Zivilprozess beherrscht, auch nicht berechtigt, solange es an einer eindeutigen prozessualen Erklärung des Klägers fehlt (vgl. BGH, Beschl. v. 9.6.2011 – IX ZR 47/10, n.v., Rdnr. 2).

c) Der Kläger hat dem Beklagten in der Klageschrift vorgeworfen, die Teilungsversteigerung nicht in der gebotenen Eile durchgeführt zu haben. Im Verlauf des Rechtsstreits erster Instanz hat er sein Vorbringen dahingehend präzisiert, dass er der unrichtigen Zusage des Beklagten vertraut habe, durch die Pfändung des Gesellschaftsanteils im Jahre 2002 und den Antrag auf Teilungsversteigerung im Jahre 2005 hinreichend gesichert gewesen zu sein. Der Schaden sollte dadurch eingetreten sein, dass die Zwangsvollstreckung nicht vor der Abtretung des Gesellschaftsanteils am 20.3.2006 abgeschlossen gewesen sei. Im Berufungsverfahren hat der Kläger die Klage nach Ablauf der Berufungsfrist dahingehend umgestellt, dass dem Beklagten der unterlassene Fortsetzungsantrag vorzuwerfen sei.

Dieser Vorwurf stand im Widerspruch zum erstinstanzlichen Vorbringen des Klägers, beruhte nämlich auf der Annahme, dass der Beklagte den Kläger zutreffend beraten und die Zwangsversteigerung nicht etwa nachlässig betrieben, sondern nur die zunächst erlangte gesicherte Position im Jahre 2008 eigenmächtig und ohne Grund aufgegeben habe. Der Schaden war neu zu berechnen, nämlich auf der Grundlage einer Zwangsversteigerung im Jahre 2008 oder später, nicht mehr auf derjenigen einer Zwangsversteigerung vor dem Jahre 2006.

Die Vorwürfe, dass der Beklagte nicht die Zwangsversteigerung des „Miteigentumsanteils“ des Schuldners, was im Hinblick auf § 719 Abs. 1 BGB, § 859 Abs. 1 Satz 2 ZPO rechtlich gar nicht möglich war, und nach der Abtretung des Gesellschaftsanteils nicht die Zwangsvollstreckung in das Wohnungseigentum betrieben habe, was im Hinblick auf die alsbald eingetragene Grundschuld der Sparkasse wenig Aussicht auf Erfolg versprach, betreffen wieder andere Sachverhalte, die der Kläger in den Tatsacheninstanzen nicht vorgetragen hat. Er hat seine Klage nicht, auch nicht hilfsweise, auf diese Sachverhalte gestützt.

d) Der Verstoß des Berufungsgerichts gegen § 308 Abs. 1 ZPO wird nicht dadurch geheilt, dass der Kläger die Zurückweisung der Revision beantragt und sich dadurch die Entscheidung des Berufungsgerichts einschließlich der zusätzlichen Klagegründe zu Eigen gemacht hat. Insoweit handelt es sich um eine Klageerweiterung, die im Revisionsverfahren grundsätzlich nicht zulässig ist (vgl. *BGH, Urt. v. 23.6.1988 – IX ZR 172/87, BGHZ 105, 34, 36; v. 3.4.2003, a.a.O., S. 351; v. 29.6.2006, a.a.O., Rdnr. 24*).

Dem Kläger ist auch nicht durch Zurückverweisung der Sache an das Berufungsgericht Gelegenheit zu geben, die Klage auf neue Klagegründe zu stützen, nachdem er in den Tatsacheninstanzen keine entsprechenden Vorwürfe gegen den Beklagten erhoben hat (vgl. *BGH, Urt. v. 3.4.2003, a.a.O.; v. 29.6.2006, a.a.O., Rdnr. 25*). (...) ■

Anwaltshaftung

- Arbeitsrechtliches Mandat
 - Beratung im Steuerrecht
 - Beschränktes Mandat
- (*OLG Düsseldorf, Urt. v. 23.3.2015 – 24 U 105/14*)

Leitsätze:

1. Das einem Rechtsanwalt erteilte Mandat umfasst in der Regel nicht die Beratung und Belehrung im Steuerrecht. Ob ein Anwalt, der nicht zugleich Fachanwalt für Steuerrecht ist, die steuerlichen Auswirkungen einer Maßnahme bedenken und mit dem Mandanten erörtern muss, hängt von der praktischen Bedeutung und dem „Bekanntheitsgrad“ der jeweils steuerrechtlichen Regelungen ab.

2. Die steuerwirksame Gestaltung des Zuflusses einer Abfindung, die wegen Beendigung eines Arbeitsverhältnisses gewährt wird, musste ein Anwalt, der nicht zugleich Fachanwalt für Steuerrecht ist, nicht ungefragt empfehlen, weil es sich dabei um ein spezielles Problem aus dem Bereich des Steuerrechts handelt, das ihm jedenfalls vor Bekanntwerden des Urteils des *BFH vom 11.11.2009 (IX ZR 1/09, BFHE 227, 93)* nicht notwendig bekannt sein musste. ■

Aus den Gründen:

Die Berufung der Klägerin gegen das am 2.6.2014 verkündete Urteil der 4. Zivilkammer – Einzelrichter – des LG Duisburg ist zulässig, hat keine Aussicht auf Erfolg. Die Rechtssache hat auch weder grundsätzliche Bedeutung, noch erfordert die Fortbildung des Rechts oder die Sicherung einer einheitlichen Rechtsprechung eine Entscheidung des Senats im Urteilsverfahren. Eine mündliche Verhandlung ist nicht erforderlich.

Das LG hat die Klage zu Recht abgewiesen. Der Klägerin steht kein Schadenersatzanspruch gegen die Beklagten aufgrund einer **anwaltlichen Pflichtverletzung** im Zuge der erfolgten Beratung betreffend einen arbeitsrechtlichen **Abfindungsvergleich** zu. Wegen der Begründung nimmt der Senat auf die Gründe seines Hinweisbeschlusses vom 24.2.2015 Bezug, in welchem er ausgeführt hat:

„Zutreffend hat das LG ausgeführt, es sei nicht feststellbar, dass der Beklagte zu 1) eine anwaltliche Pflicht schuldhaft verletzt habe. Aus der Beweisaufnahme ergebe sich nicht, dass die Klägerin die Beklagten über eine Beratung und Prüfung der Aufhebungsvereinbarung im Hinblick auf das verhandelte Wettbewerbsverbot mit dem Ziel einer Erhöhung der Regelabfindung hinaus beauftragt habe. Eine Pflicht zur umfassenden steuerlichen Beratung der Klägerin ergebe sich auch weder aus § 10 FAO (2008), noch aus der allgemeinen Pflicht des Rechtsanwaltes zu einer allgemeinen, umfassenden und möglichst erschöpfenden Belehrung des Mandanten.“

Demgegenüber rügt die Berufung ohne Erfolg, das LG habe eine Pflichtverletzung zu Unrecht verneint und die Beweislast für eine eingeschränkte Mandatierung rechtsfehlerhaft bewertet, so dass sowohl im Rahmen des materiellen Rechts als auch im Rahmen der Beweiswürdigung eine Rechtsfehlerhaftigkeit gegeben sei.

1. Nicht gefolgt werden kann der Klägerin darin, sie habe erstinstanzlich genügend Anhaltspunkte und Indizien dafür vorgetragen, dass der Beklagte zu 1) ein **vollumfängliches anwaltliches Mandat** angenommen habe, wodurch eine Umkehr der Beweislast eintrete, so dass nunmehr den Beklagten der Beweis einer Mandatsbeschränkung obliege.

Es kann schon nicht festgestellt werden, dass die Klägerin ein **umfassendes Mandat** erteilt hat. Insoweit kann die Klägerin sich weder auf die Werbung auf der Internetseite der

Beklagten zu 2) berufen, noch auf das von ihr unstreitig erklärte Ziel, wirtschaftlich möglichst gute Vertragsmodalitäten auszuhandeln oder darauf, dass die Beklagte zu 2) die anwaltliche Tätigkeit vollumfänglich abgerechnet hätte.

Unstreitig sollte der Beklagte zu 1) die Klägerin nur in Bezug auf die Abfindungsvereinbarung anwaltlich beraten, ohne an den Verhandlungen oder der Ausarbeitung der Vereinbarung mitzuwirken oder sonst gegenüber dem Arbeitgeber der Klägerin in Erscheinung zu treten. Die Verhandlungen mit dem Arbeitgeber übernahm die Klägerin in eigener Verantwortung; Aufgabe des Beklagten zu 1) sollte es allein sein, die Klägerin zur Vorbereitung der Verhandlungen und des Abschlusses der Abfindungsvereinbarung zu beraten. Mithin war der Beklagte zu 1) lediglich beauftragt, die Klägerin hinsichtlich eines Teils einer Rechtsangelegenheit zu beraten, und hatte insoweit ein **beschränktes Mandat**.

Damit hat die Klägerin, die Rechte aus einer Pflichtverletzung herleiten will, darzulegen und zu beweisen, dass die vermeintlich verletzte Pflicht vom erteilten Mandat umfasst war. Dieser Beweis ist ihr jedoch nach den zutreffenden Ausführungen des LG, auf die zur Vermeidung von Wiederholungen verwiesen wird, nicht gelungen, was sich aufgrund der Beweislastverteilung zu Lasten der Klägerin auswirkt.

2. Entgegen der Auffassung der Klägerin erstreckte sich das erteilte Beratungsmandat nicht auf die Beratung im Hinblick auf steuerrechtliche Fragen.

a. **Das einem Rechtsanwalt erteilte Mandat umfasst in der Regel nicht die Beratung und Belehrung im Steuerrecht. Dies beruht darauf, dass Mandanten erfahrungsgemäß zwischen einer anwaltlichen Beratung im Steuerrecht und auf anderen Rechtsgebieten unterscheiden.** Ein steuerrechtliches Mandat ist ausnahmsweise nur dann naheliegend, wenn der beauftragte Rechtsanwalt **zugleich Fachanwalt für Steuerrecht** oder **Steuerberater/Wirtschaftsprüfer** ist (Vill in: *Zugehör/G. Fischer/Vill/D. Fischer/Rinkler/Chab, Handbuch der Anwaltschaft*, 3. Aufl., Rdnr. 558.816).

Letzteres hat die Klägerin zwar behauptet, kann jedoch nicht festgestellt werden. Die Beklagten führen nach ihrem eigenen Vortrag eine reine Rechtsanwaltskanzlei, was sich auch aus dem Briefbogen ergibt. Dann aber müssen für die Annahme eines steuerrechtlichen Mandats bestimmte tatsächliche Anhaltspunkte vorliegen (*Zugehör/Vill in: Zugehör/G. Fischer/Vill/D. Fischer/Rinkler/Chab, Handbuch der Anwaltschaft*, 3. Aufl., Rdnr. 558.816). Diese hätte wiederum die Klägerin zu beweisen, was ihr jedoch – wie bereits dargelegt – nicht gelungen ist.

b. Erfolglos wendet die Klägerin ein, das LG habe verkannt, dass bereits im Zeitraum vor der Entscheidung des *BFH vom 11.11.2009 – IX R 1/09* im Rahmen eines arbeitsrechtlichen Mandates die Verpflichtung bestanden habe, über eine mögliche **Verschiebung des Beendigungszeitpunktes bzw. der Abfindungszahlung in das kommende Kalenderjahr zwecks Steuerersparnis** aufzuklären.

Es mag dahinstehen, ob bereits zum Zeitpunkt der Beratungstätigkeit des Beklagten zu 1) als geklärt angesehen werden konnte, dass eine Abfindung auch dann erst mit der Zahlung zugeflossen i.S.d. § 11 Abs. 1 Satz 1 EstG ist, wenn die Fälligkeit aufgrund nachträglicher Vereinbarung auf den Beginn des folgenden Kalenderjahres hinausgeschoben worden ist (*FG Baden-Württemberg v. 29.4.2004 – 14 K 135/99, juris; BFH v. 28.9.2005 – XI B 82/04, juris: Nichtzulassungsbeschwerde zurückgewiesen, da die rechtlichen Voraussetzungen, unter denen ein Zufluss anzunehmen ist, geklärt seien*). Jedenfalls musste der Beklagte zu 1) auf die Möglichkeit, den Auszahlungszeitpunkt der Abfindungszahlung auf das Jahr 2009 hinauszuschieben, nicht gesondert hinweisen.

Der Rechtsanwalt ist im Rahmen der außergerichtlichen Beratung zwar zur umfassenden und erschöpfenden Belehrung seines Mandanten verpflichtet, sofern dieser nicht zu erkennen gibt, dass er des Rates nur in einer bestimmten Richtung bedarf. Der Anwalt muss seinen Mandanten vor Nachteilen bewahren, die voraussehbar und vermeidbar sind, und ihn auch über das ungefähre, in etwa abschätzbare Ausmaß des Risikos unterrichten (*Zugehör/Vill in: Zugehör/G. Fischer/Vill/D. Fischer/Rinkler/Chab, Handbuch der Anwaltschaft*, 3. Aufl., Rdnr. 808 ff.).

Hier hatte die Klägerin durch die eigenverantwortliche Führung der Verhandlungen mit dem Arbeitgeber allerdings zu erkennen gegeben, dass sie lediglich eine Beratung hinsichtlich des jeweils dem Beklagten zu 1) unterbreiteten Sachverhalts wünscht. Dass sie in diesem Rahmen **Fragen zur steuerrechtlichen Beurteilung der Abfindungsvereinbarung** gestellt hätte, ist weder dargetan noch ersichtlich. Auch hat sie dem Beklagten zu 1) gegenüber keinerlei Angaben über ihre steuerrechtlichen Verhältnisse gemacht, so dass auch nicht festgestellt werden kann, dass sich dem Beklagten zu 1) ein Hinweis hätte aufdrängen müssen.

Allein aus dem Umstand, dass die Klägerin im Jahre 2008 geheiratet hatte und im Jahre 2009 voraussichtlich kein Arbeitseinkommen erzielen können, ergibt sich **keine Hinweispflicht** des Beklagten zu 1). Ob ein Anwalt, der nicht zugleich Fachanwalt ist, die steuerlichen Auswirkungen einer Maßnahme bedenken und mit dem Mandanten erörtern muss, hängt von der praktischen Bedeutung und dem „Bekanntheitsgrad“ der jeweils steuerrechtlichen Regelungen ab (*Vollkommer/Greger/Heinemann, Anwaltschaftsrecht*, 4. Aufl., S. 344 Rdnr. 107). Auf die Möglichkeit, dass sich eine Besteuerung der Abfindung in 2009 (statt in 2008) für die Klägerin steuerrechtlich günstiger auswirken könnte, weil sie in 2009 keine Einkünfte erzielen würde, brauchte der Beklagte zu 1) nicht gesondert hinzuweisen.

Dies war für die Klägerin, die bis dahin nach ihren eigenen Angaben stets selbst die jährlichen Steuererklärungen gefertigt hat, offensichtlich. **Auf die Möglichkeit, dass im Rahmen des Abfindungsvergleichs auch vereinbart werden könnte, die Fälligkeit der Auszahlung einer Abfindung auf einen Zeitpunkt nach der Beendigung des Arbeitsverhältnisses zu verschieben, brauchte der Beklagte zu 1) ebenfalls nicht hinzuweisen. Hierbei handelt es sich um eine Spezialfrage auf dem Gebiet des**

Steuerrechts, die er nicht notwendig kennen musste, zumal sie erst nach der hier fraglichen Beratung durch den Beklagten zu 1) Ende des Jahres 2009 durch den BFH entschieden worden ist (BFH, Urt. v. 11.11.2009 – IX R 1/09).

3. Die zugestandene Aussage des Beklagten zu 1), die Klägerin solle die Aufhebungsvereinbarung schnell unterschreiben, da ihr „etwas Besseres“ nicht passieren könnte, begründet keine anwaltliche Pflichtverletzung. Wie bereits dargelegt, kann schon nicht festgestellt werden, dass der Beklagte zu 1) mit einer steuerrechtlichen Prüfung beauftragt war oder ihm aufgrund der Umstände ein Hinweis auf die Möglichkeit des Hinausschiebens des Auszahlungszeitpunktes der Abfindung oblegen hätte. Dann aber kann es auch keine Pflichtverletzung begründen, wenn er steuerliche Aspekte bei seiner Einschätzung, „etwas Besseres“ könne der Klägerin nicht passieren, nicht berücksichtigt hat“.

Diesen Gründen ist die Klägerin nicht entscheidungserheblich entgegen getreten. Auch mit Schriftsatz vom 10.3.2015 werden keine Tatsachen vorgetragen, aus denen sich eine umfassende Mandatserteilung ergibt. **Die Besonderheit des vorliegenden Falles besteht darin, dass der Beklagte zu 1) eben nicht in die Verhandlungen mit dem Arbeitgeber eingebunden war, sondern nur zu den ihm jeweils von der Klägerin unterbreiteten Fragen Stellung nehmen sollte.** Insoweit war das **Mandat** also von vornherein **beschränkt**. Im Zuge der Bitte um Prüfung des Vergleichsentwurfs brauchte der Beklagte zu 1) – wie dargelegt – gerade nicht über alternative steuerliche Gestaltungsmöglichkeiten der im Vergleich vorgesehenen Abfindungszahlung zu beraten. (...) ■

Steuerberaterhaftung

- Auskunft des Mandanten
- Überprüfung der Auskunft auf Wahrheitsgehalt (LG Düsseldorf, Urt. v. 14.4.2016 – 1 O 30/15)

Leitsatz (d. Red.):

Der Steuerberater hat eine steuerrechtliche Auskunft seines Mandanten auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen. ■

Zum Sachverhalt:

Die Beklagte ist Steuerberaterin. Der Kläger arbeitet als Oberarzt im Anstellungsverhältnis bei der St. B. gGmbH. Die Klägerin ist seine Ehefrau. Die Beklagte war von den Klägern mit der Erstellung der Einkommensteuererklärungen für die Veranlagungszeiträume 2009 bis 2012 beauftragt.

Im Februar 2009 bekam der Kläger eine einmalige Chefarzt-Umlage in Höhe von 600 EUR und in den Monaten Januar 2010 und Februar 2011 jeweils eine Sonder-Chefarzt-Umlage in Höhe von 500 EUR. Die Umlagen waren durch die St. B. gGmbH als Teil des Bruttoarbeitslohnes bereits versteuert.

Es fand zwischen den Parteien ein Gespräch über die steuerrechtliche Behandlung dieser Umlagen statt, in dessen Verlauf der Kläger die Abrechnungsformulare der St. B. gGmbH übergab. Verlauf des Gesprächs im Einzelnen ist streitig.

Die Beklagte fertigte Steuererklärungen für die Veranlagungszeiträume 2009 bis 2012 an. In diesen wurden die Umlagen als zu versteuernde Einnahmen angegeben. Aufgrund dieser Steuererklärungen ergingen sodann die Steuerbescheide, in welchen die Umlagen ein weiteres Mal versteuert wurden.

In 2013 erkannte der Kläger, dass die streitbefangenen Umlagen bereits versteuert waren. Am 31.7.2013 kündigten die Kläger das Mandat mit sofortiger Wirkung.

Der von dem Kläger nunmehr beauftragte M. beantragte eine rückwirkende Änderung der Steuerbescheide für die Veranlagungsjahre 2009 bis 2012. Der Herr M. erläuterte mit zwei Schreiben vom 26.9.2013 und 9.10.2013 den Antrag. Mit Schreiben vom 17.10.2013 wies das FA darauf hin, dass es an einer Korrekturvorschrift fehle und dass der Vorbehalt der Nachprüfung für die Veranlagungsjahre 2009 bis 2011 aufgehoben worden sei, weshalb auch das FA von sich aus eine Korrektur nicht mehr vornehmen könne. Es erging daraufhin der bestandkräftige beiliegende Ablehnungsbescheid vom 25.11.2013.

Die klägerische Partei trägt vor:

Der Kläger habe als Arzt und damit Laie in steuerlichen Angelegenheiten die Beklagte als Fachfrau aufgesucht, um die Frage der steuerlichen Behandlung der Umlage klären zu lassen. Der Kläger habe die Beklagte seinerzeit gefragt, ob die Gehaltszulagen durch das Krankenhaus bereits versteuert seien oder ob er diese versteuern müsse. Die Beklagte habe ihm erläutert, dieser Betrag sei seitens des Krankenhauses noch nicht steuerlich richtig behandelt worden und er müsse auf diesen Betrag also noch Steuern zahlen.

Aufgrund der fehlerhaften Steuererklärungen seien den Klägern erhebliche Steuermehrbelastungen entstanden. Zur Schadenberechnung nehmen sie Bezug auf das Anlagenkonvolut, eine E-Mail des Steuerberaters M. vom 2.12.2013 einschließlich der zugehörigen Einzelberechnungen. Hiernach ergebe sich

- für das Veranlagungsjahr 2009 ein Schaden in Höhe von 5.663,17 EUR,
- für das Veranlagungsjahr 2010 ein Schaden in Höhe von 5.688,36 EUR
- für das Veranlagungsjahr 2011 ein Schaden in Höhe von 5.482,26 EUR.

Der Beklagten als Fachfrau hätte es auffallen müssen, dass in den Abrechnungsunterlagen die zusätzlichen Chefarzt-Umlagen bereits enthalten seien. Es gebe keine ordnungsmäßige Buchhaltung eines Krankenhauses, die einen Teilbetrag eines Gehalts (und sei es eine Zulage) nicht versteuere. Hierauf hätte die Beklagte den Kläger ausdrücklich hinweisen müssen,

anstatt die Angaben des Klägers ohne sie zu hinterfragen zu übernehmen.

(Anträge: ...)

Die beklagte Partei trägt vor:

Der Kläger habe bei Einreichung seiner Unterlagen für die Erstellung der Einkommensteuererklärung 2009 der Beklagten ausdrücklich mitgeteilt, dass er zusätzlich zu seinem Gehalt eine Chefarztzulage von monatlich 950 EUR erhalten habe, die nicht in der Lohnsteuerbescheinigung des Klägers enthalten sei. Der Kläger habe der Beklagten bei der Übergabe der Anlagen ausdrücklich unter Anwesenheit ihrer Mitarbeiterin Frau O. mitgeteilt, dass die Chefarztzulage vom Krankenhaus noch nicht versteuert worden und diese noch von ihm zu deklarieren sei. Die Beklagte habe vom Kläger den eindeutigen Auftrag erhalten, die Chefarztzulage in der Einkommensteuererklärung als Einkünfte aus selbstständiger Arbeit zu deklarieren.

Für die Veranlagungszeiträume 2010 und 2011 habe er der Beklagten seine zusätzlichen Einnahmen aus der Chefarztzulage schriftlich mitgeteilt. Auf Grundlage dieser Informationen habe die Beklagte die Einnahmen des Klägers aus der Chefarzt-Umlage als Einkünfte aus selbstständiger Arbeit deklariert. Die Beklagte habe bis zu diesem Zeitpunkt keinerlei Anlass gehabt, an den vom Kläger überlassenen Informationen zu zweifeln. Aus den vom Kläger vorgelegten Gehaltsbescheinigungen hätten sich keine Anhaltspunkte für einen bereits erfolgten Lohnsteuerabzug seitens des Arbeitgebers ergeben. Auch habe die Beklagte darauf vertrauen können, dass ihr die Unterlagen vom Kläger erst nach Rücksprache mit seinem Lohnbüro überreicht worden seien. Erst nachdem dem Kläger die bereits erfolgte Lohnbesteuerung der Chefarzt-Umlage aufgefallen sei, habe er die Beklagte hiervon in Kenntnis gesetzt.

Die Beklagte verfüge über keine besonderen Kenntnisse für die Auswertung der Gehaltsabrechnungen von Krankenhäusern. Ob das Krankenhaus über eine ordnungsgemäße Buchführung verfüge oder nicht, entziehe sich der Kenntnis der Beklagten und werde mit Nichtwissen bestritten. Ebenso entziehe sich der Beklagten die Kenntnis darüber, welche Vereinbarung der Kläger mit dem Krankenhaus zur Chefarzt-Umlage tatsächlich getroffen habe. Die Beklagte sei von der Information des Klägers ausgegangen, dass er die Chefarztzulage im Rahmen eines eigenen Liquidationsrechts erlangt habe.

Aufgrund der eindeutigen Auskunft des Klägers – das Krankenhaus habe die Zulagen nicht lohnversteuert – habe die Beklagte keinen Anlass an der Gesamtwürdigung zu zweifeln, dass der Kläger mit der Zulage Einkünfte aus selbstständiger Tätigkeit erziele. Vielmehr habe die Beklagte hier auf die Richtigkeit der Angaben seitens des Klägers vertraut.

Überdies hätte der Kläger bei einer vermeintlichen Pflichtverletzung der Beklagten ein nicht unerhebliches Mitverschulden am steuerlichen Ergebnis. Denn der Kläger habe der Be-

klagten durch seine sofortige Kündigung jede Einfluss- und Mitwirkungsmöglichkeit zur Beantragung der Änderung seines Einkommensteuerbescheids beim FA entzogen. In dem von den Klägern als Anlage beigefügten Schreiben vom 17.10.2013 habe sich das FA zu den noch möglichen Korrekturmöglichkeiten gemäß § 173 Abs. 1 Nr. 2 Abgabenordnung geäußert und dem Kläger eine Stellungnahmefrist von einem Monat eingeräumt. Da in den Anlagen des Klägers hierzu kein Schreiben beigefügt worden sei, müsse davon auszugehen werden, dass die Kläger tatsächlich wohl überhaupt keine Stellungnahme eingereicht haben. (...) ■

Aus den Gründen:

Die Klage ist begründet. Die Kläger haben gegen die Beklagte einen Anspruch auf Schadenersatz aus Steuerberatungsvertrag gemäß §§ 631 Abs. 1, 280 Abs. 1, 249 BGB. Die Beklagte hat Pflichten aus dem Steuerberatungsvertrag verletzt, indem sie in den Jahren 2009-2011 bereits versteuerte Umlagen des Klägers nochmals als zu versteuerndes Einkommen angab. Hierdurch entstanden steuerliche Mehrbelastungen in tenorierter Höhe. Der Schaden war nicht mehr durch Einlegung von Rechtsschutzmöglichkeiten abzuwenden. Im Einzelnen:

Es bedarf keiner Beweisaufnahme zu der Behauptung der beklagten Partei, die klägerische Partei habe ihr erklärt, die Umlagen seien noch nicht versteuert. Diese Behauptung kann als wahr unterstellt werden. **Sie führt nicht dazu, dass die Beklagte von ihrer Verpflichtung, diese angebliche Aussage auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen, entbunden gewesen wäre. Ein Steuerpflichtiger sucht einen Steuerberater regelmäßig auf, weil er die besondere Sachkunde des Steuerberaters in Anspruch nehmen will. Dies gilt erst recht, wenn, wie hier – für den Steuerberater erkennbar – der Steuerpflichtige über keine besonderen Kenntnisse im Steuerrecht verfügt.**

Aussagen solcher Mandanten hat der Steuerberater daher ungefragt auf ihre Richtigkeit zu überprüfen. Die von der Beklagten vertretene Auffassung, sie habe keine Veranlassung gehabt, an der Richtigkeit der Aussage der klägerischen Partei zu zweifeln, stellt die Sinnhaftigkeit ihres Berufs infrage. Bei dem Begriff „Steuerberater“ liegt die Betonung auf der zweiten Hälfte des Wortes.

Völlig neben der Sache liegt auch der Vortrag der beklagten Partei, aus den vom Kläger vorgelegten **Gehaltsbescheinigungen** hätten sich keine Anhaltspunkte für einen bereits erfolgten Lohnsteuerabzug seitens des Arbeitgebers ergeben. Auch ohne sachverständige Hilfe ist das Gericht unter Hinzuziehung allgemeinkundiger Tatsachen in der Lage, aus den **Lohnkontenauszügen** herauszulesen, dass die Chefarztzulage bereits versteuert war.

Aus dem Lohnkonto für das Jahr 2009 erschließt sich, dass die Bruttoeinkünfte 119.854,97 EUR betrugten, darin eingeschlossen waren die Chefarztzulagen. Die erste Hälfte der Seite 3 beschäftigt sich mit der Berechnung der Lohnsteuer. Dort sind unter anderem Steuerfreibeträge, Lohnsteuer, Kirchensteuer ausgerechnet. Das Wissen, dass der Arbeit-

geber zur Abführung von Lohnsteuer verpflichtet ist, gehört zur Allgemeinbildung (www.steuerliches-info-center.de/DE/SteuerrechtFuerInvestoren/Allgemeine_Informationen/Arbeitgeberpflichten/Arbeitgeberpflichten_node.html), erst recht zum Grundwissen eines jeden Steuerberaters. Dazu bedarf es keiner besonderen Kenntnisse über die Auswertung der Gehaltsabrechnungen von Krankenhäusern. Auch Krankenhäuser sind Arbeitgeber. Als solche unterliegen sie, wie jeder andere Arbeitgeber, der Verpflichtung zur Abführung von Lohnsteuer.

Der durch die Pflichtverletzung entstandene Schaden beträgt 16.489,14 EUR. Insoweit kann auf die Schadenberechnung im Gutachten vom 9.10.2015 verwiesen werden. Die Parteien haben gegen die dortigen Feststellungen keine Einwendungen erhoben, weshalb eine Auseinandersetzung mit dem Gutachten entbehrlich erscheint.

Erfolglos beruft sich die Beklagte darauf, der Schaden hätte noch abgewendet werden können (§ 254 BGB). Der Sachverständige hat sich mit der Rechtsfrage auseinandergesetzt, ob der Schaden durch die Inanspruchnahme von Rechtsschutzmöglichkeiten hätte vermindert bzw. abgewendet werden können. Er hat hierzu ausgeführt, dass die in den Steuerbescheiden aufgenommenen Vorbehalte der Nachprüfung ausweislich des Schreibens des FA Düsseldorf-Mettmann vom 17.10.2013 am 4.5.2011, 17.4.2012 und 18.2.2013 aufgehoben worden sind. Wie sich aus § 355 Abs. 1 AO erschließt, war gegen die Aufhebungsbescheide jeweils ein Monat nach deren Bekanntgabe Einspruch einzulegen.

Da (unstreitig) der Fehler erst 2013 aufgefallen ist, war die Einspruchsfrist bezüglich der Bescheide aus 2011 und 2012 bereits abgelaufen. Bezüglich des Jahres 2013 ist unklar, ob die Einspruchsfrist noch hätte gewahrt werden können. Jedenfalls war es Sache der Beklagten, auf die entsprechende Anfrage der Kläger unverzüglich Einspruch einzulegen. Dies ist – unstreitig – nicht geschehen. **Selbst wenn die Kläger der Beklagten sofort das Mandat entzogen haben sollten, hätte die Beklagte im Interesse einer Schadenminderung (§ 254 BGB) die klägerische Partei unverzüglich auf die Notwendigkeit einer Einspruchseinlegung gemäß § 355 Abs. 1 AO hinweisen müssen.**

Der Hinweis auf § 173 Abs. 1 Nr. 2 S. 1 AO liegt neben der Sache. „Grobes Verschulden“ liegt vor; siehe oben. Welcher an der Wahrheit orientierte „erfolgsversprechende Sachverhalt“ hätte vorgetragen werden können, ist nicht zu erkennen.

Der Anspruch auf Erstattung außergerichtlicher Anwaltskosten folgt ebenfalls aus §§ 631 Abs. 1, 280 Abs. 1, 249 S.1 BGB. Die Komplexität der Sach- und Rechtslage machte die Hinzuziehung anwaltlicher Hilfe zwingend, da die Kläger (der Kläger ist Oberarzt) evident nicht über die erforderliche Sachkunde für eine erfolgreiche Verfolgung ihrer Rechte verfügen. Der Anspruch ist nicht zu kürzen, da das Unterliegen in diesem Rechtsstreit im Rechtssinne geringfügig ist: Es hat keine Kosten ausgelöst. ■

Versicherungsschutz des Rechtsanwalts

- Versicherte Anwaltstätigkeit
 - Rechtsberatung und Rechtsvertretung
 - Geldannahme von Anlegern
 - Weiterleitung der Gelder
- (LG Hannover, Urt. v. 13.4.2016 – 6 O 306/15)

Leitsätze (d. Red.):

1. Weder die Zur-Verfügung-Stellung des Geschäftskontos noch die Weiterleitung der dort eingegangenen Gelder ist eine versicherte „Tätigkeit als Rechtsanwalt“ im Sinne § 1 AVB-WSR und der Risikobeschreibung in den Besonderen Bedingungen, BBR-RA.

2. Der Deckungsbereich der Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung des Rechtsanwalts knüpft an dessen konkrete Tätigkeit und nicht an das ihm entgegengebrachte Vertrauen an. ■

Tatbestand:

Der Kläger macht Ansprüche aus einer bei der Beklagten gehaltenen Berufshaftpflichtversicherung geltend.

Der Kläger ist Rechtsanwalt. Seit dem 1.1.2011 unterhielt er bei der Beklagten eine Berufshaftpflichtversicherung, der die VH 558:05, Allgemeine und Besondere Versicherungsbedingungen sowie Risikobeschreibungen zur Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für Wirtschaftsprüfer und vereidigte Buchprüfer, Steuerberater, Rechtsanwälte und Patentanwälte (AVB-WSR) (im Folgenden: VH 558:05) zugrunde lagen.

In den VH 558:05, Teil 1 A § 1 I. heißt es zum Gegenstand des Versicherungsschutzes: „Der Versicherer bietet dem Versicherungsnehmer Versicherungsschutz für den Fall, dass er wegen eines bei der Ausübung beruflicher Tätigkeit von ihm selbst begangenen Verstoßes von einem anderen auf Grund gesetzlicher Haftpflichtbestimmungen privatrechtlichen Inhalts für einen Vermögensschaden verantwortlich gemacht wird“.

Im Teil 2 B VH 558:05, der die Besonderen Bedingungen und Risikobeschreibungen für Rechtsanwälte und Patentanwälte (BBR-RA) enthält, heißt es unter A 5.3 unter der Überschrift: „Deckung für Auszahlungsfehler bei Anderkonten“: „Versicherungsschutz wird auch für den Fall geboten, dass der Versicherungsnehmer wegen einer fahrlässigen Verfügung über Beträge, die in unmittelbarem Zusammenhang mit einer Rechtsanwalts-tätigkeit auf ein Anderkonto eingezahlt sind, von dem Berechtigten in Anspruch genommen wird. Das Gleiche gilt für Inanspruchnahme des Versicherungsnehmers aus fahrlässigen Verfügungen über fremde Gelder, die zur alsbaldigen Anlage auf ein Anderkonto in Verwahrung genommen und ordnungsgemäß verbucht sind“.

Im Abschnitt B der BBR-RA ist zur „Risikobeschreibung zur Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung von Rechtsanwälten (einschließlich des Rechtsanwalts-Risikos von

Anwalts-Notaren)“ Folgendes bestimmt: „Im Rahmen der dem Vertrag zu Grunde liegenden Allgemeinen Versicherungsbedingungen zur Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung für Rechtsanwälte und Patentanwälte ist versichert die gesetzliche Haftpflicht des Versicherungsnehmers aus der gegenüber seinem Auftraggeber freiberuflich ausgeübten Tätigkeit als Rechtsanwalt.

Mitversichert ist die Tätigkeit als Insolvenzverwalter (auch vorläufiger), gerichtlich bestellter Liquidator, Zwangsverwalter, Sachwalter, Gläubigerausschussmitglied, Gläubigerbeiratsmitglied, Treuhänder gemäß InsO, Testamentsvollstrecker, Nachlasspfleger, Nachlassverwalter, Vormund, Betreuer, Pfleger und Beistand, Schiedsrichter, Schlichter, Mediator, Abwickler einer Praxis gemäß § 55 BRAO, Zustellungsbevollmächtigter gemäß § 30 BRAO, Notarvertreter für die Dauer von 60 Tagen innerhalb eines Versicherungsjahres“.

Diese Risikobeschreibung zählt die mitversicherten Tätigkeiten abschließend auf.

Der Kläger wurde im Jahr 2010 von einem ihm seit langem bekannten Mandanten, dem Grafen ... (ursprünglich: ...), angesprochen. Dieser war, wie der Kläger wusste – zuvor aufgrund einer Art „Pyramidenspiel“ mit einer veruntreuten Geldsumme von 20 Millionen Euro rechtskräftig zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt worden. Graf ... teilte dem Kläger mit, er sammle für eine mit Goldgeschäften befasste ... GmbH mit Sitz in Zürich-Flughafen Anlegergelder und benötige rasch das Geschäftskonto des Klägers, um darauf die Gelder einzahlen zu können. Diese sollten dann kurzfristig an die Gesellschaft weitergeleitet werden.

Nachdem der Kläger sich bereit erklärt hatte, sein Geschäftskonto für die Anlegergelder und deren Transfer an die ... GmbH freizuschalten, wurden dorthin unangemeldet Gelder überwiesen. Kontakt zu den Anlegern hatte der Kläger nicht. Er leitete die Gelder nach wenigen Tagen, sobald die ... GmbH sie als ihre Kundengelder identifiziert hatte, auf ein Konto der ... GmbH bei der ... in ..., über das Graf ... verfügungsberechtigt war. Für seine Tätigkeit rechnete der Kläger Hebegebühren nach Nr. 1009 RVG ab.

Der von Graf ... an den Kläger gerichteten Bitte lag ein geplantes Betrugssystem zugrunde. In einer Vereinbarung wurde den Anlegern erklärt, durch An- und Verkauf von Gold würden hohe Renditen zu ihren Gunsten erwirtschaftet, wobei eine monatliche Ausschüttung von 3 % für den Fall zugesagt wurde, dass ein Goldgeschäft zustande kam. In der Vereinbarung war vorgesehen, dass das von den Anlegern auf das Konto des Klägers überwiesene Geld dort verbleiben und gegenüber Geschäftspartnern der ... GmbH lediglich als Sicherheit dienen sollte. Tatsächlich verbrauchten Graf ..., sowie andere Personen die Anlegergelder für sich.

Nachdem sich im November 2011 aufgrund einer Verdachtsanzeige der Stadtparkasse ... wegen angeblicher Geldwäsche die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungen beim Kläger gemeldet und behauptet hatte, er betreibe unerlaubte Bankgeschäfte, lehnte dieser weitere Zahlungen ab. Über

das Vermögen der ... GmbH wurde am 3.6.2013 in der Schweiz das Konkursverfahren eröffnet. Die Gesellschaft wurde aufgelöst.

Verschiedene Einzahler nahmen den Kläger wegen des Verlustes der von ihnen auf sein Konto überwiesenen Beträge in Anspruch. Der Kläger wurde zur Zahlung von Schadenersatz verurteilt – und zwar in dem Verfahren/ von ... durch Urteile des *LG München I* vom 8.10.2014 – 29 O 13661/13 und des *OLG München* vom 8.10.2014 – 7 U 850/14 auf Zahlung von 10.500 EUR nebst Zinsen, in dem Verfahren/ von ... durch Urteil des *OLG München* vom 13.5.2015 – 13 U 3280/14 auf Zahlung von 234.920 EUR nebst Zinsen, im Verfahren/ von ... durch Urteil des *OLG München* – 21 U 1099/15 auf Zahlung von 28.800 EUR nebst Zinsen, in dem Verfahren/ von durch Urteil des *LG München I* vom 17.7.2015 – 34 O 23046/14 auf Zahlung von 34.125 EUR nebst Zinsen.

Die Beklagte lehnte es ab, an den Kläger Versicherungsleistungen zu erbringen.

Der Kläger ist der Ansicht, es liege ein versichertes Risiko vor. Denn der Schaden sei bei Ausübung seiner beruflichen Tätigkeit als Rechtsanwalt eingetreten, da es sich bei der Einzahlung, Verwaltung und Auszahlung von Fremdgeld um in der BRAO geregelte anwaltliche Tätigkeiten handele. Für die Annahme eines versicherten Risikos spreche auch, dass seine Inanspruchnahme allein auf der – wenn auch verfehlten – Anwendung des § 311 Abs. 3 BGB beruhe. Denn in den Begründungen der in den Haftpflichtverfahren ergangenen Entscheidungen sei herausgestellt worden, dass er eine spezielle Verpflichtung als Rechtsanwalt verletzt habe. Eine solche Pflichtverletzung sei vom Gegenstand des Versicherungsschutzes umfasst, weil sie eine gesetzliche Haftpflichtbestimmung privatrechtlichen Inhalts betreffe. Zudem seien etwaige Fehler bei der Führung von Anderkonten durch die Besonderen Bedingungen und Risikobeschreibungen für Rechtsanwälte ausdrücklich gedeckt.

(Anträge: ...)

Die Beklagte ist der Ansicht, sie sei nicht dazu verpflichtet, dem Kläger Versicherungsschutz zu gewähren, weil er nicht wegen eines Verstoßes aus anwaltlicher Tätigkeit als Rechtsanwalt in Anspruch genommen worden sei. Denn er sei lediglich als Geldbote eingeschaltet gewesen und habe keine Rechtsberatung oder Rechtsbesorgung vorgenommen.

Der Versicherungsschutz sei zudem nach § 4 Ziff. 5 VH 555:08 ausgeschlossen, weil der Kläger wissentlich gegen seine Pflichten verstoßen habe, indem er sich für undurchsichtige Geldtransaktionen als „Geldbriefträger“ hergegeben und die Einzahler nicht darüber aufgeklärt habe, dass er ihr Geld an die ... GmbH weiterleite, deren Anlagekonzept ihm nicht bekannt und von ihm nicht geprüft worden war. (...) ■

Aus den Gründen:

Die Klage ist unbegründet.

Die Beklagte ist nicht verpflichtet, aufgrund des zwischen den Parteien abgeschlossenen Versicherungsvertrages für die Inanspruchnahme des Klägers auf Ersatz von Schäden im Zusammenhang mit Anlagen bei der ... GmbH Versicherungsschutz zu gewähren.

1. Die vom Kläger geltend gemachten Ansprüche setzen nach der Bestimmung in Teil 1 A § 1 I 1. VHB 558:05 und der Risikobeschreibung im Teil 2 B der BBR-RA B voraus, dass er wegen eines bei einer gegenüber seinem Auftraggeber **ausgeübten Tätigkeit als Rechtsanwalt** begangenen Verstoßes für einen Vermögensschaden verantwortlich gemacht wird. Das ist hier nicht der Fall.

Ob die vom Kläger übernommene Tätigkeit im Hinblick auf die ... GmbH vom Versicherungsschutz seiner Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung erfasst wird, ist zunächst durch Auslegung der vereinbarten Versicherungsbedingungen zu ermitteln.

Allgemeine Versicherungsbedingungen sind so auszulegen, wie ein durchschnittlicher Versicherungsnehmer sie bei verständiger Würdigung, aufmerkamer Durchsicht und unter Berücksichtigung des erkennbaren Sinnzusammenhangs verstehen muss. Dabei kommt es auf die Verständnismöglichkeiten eines Versicherungsnehmers in dem betreffenden Versicherungszweig – hier eines Rechtsanwalts ohne versicherungsrechtliche Spezialkenntnisse – an. Die Allgemeinen Versicherungsbedingungen sind aus sich heraus zu interpretieren. In erster Linie ist vom Bindungswortlaut auszugehen. **Der mit dem Bedingungsmerk verfolgte Zweck und der Sinnzusammenhang der Klauseln sind zusätzlich zu berücksichtigen, soweit sie für den Versicherungsnehmer erkennbar sind** (vgl. BGH, Beschl. v. 23.9.2015 – IV ZR 484/14, zit. n. juris).

Danach erkennt ein Rechtsanwalt als Versicherungsnehmer der Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung zunächst, dass einerseits der Begriff der versicherten beruflichen Tätigkeit im Teil 1 A § 1 I 1. VHB 558:05 weit gefasst ist. Weiter ist für ihn erkennbar, dass das zunächst weit gefasste Leistungsversprechen durch die Regelung in der Risikobeschreibung für die Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung von Rechtsanwälten im Teil 2 B BBR-RA B VHB 558:05 eine Ergänzung erfährt, die den weiten Begriff der beruflichen Tätigkeit ausfüllt und damit zugleich das Leistungsversprechen konkretisiert und eingrenzt. Der durchschnittliche Versicherungsnehmer einer Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung, wie sie der Kläger abgeschlossen hat, kann daher erst der Aufzählung in dieser Bestimmung entnehmen, welche seiner beruflichen Tätigkeiten dem versprochenen Versicherungsschutz konkret unterfallen (vgl. BGH, a.a.O.).

Dabei handelt es sich bei dem im ersten Satz der Risikobeschreibung im Abschnitt B der BBR-RA verwendeten Begriff der „freiberuflich ausgeübten Tätigkeit als Rechtsanwalt“ für den Versicherungsnehmer erkennbar nicht um eine weite Definition anwaltlicher Tätigkeit. Das erschließt sich dem Versicherungsnehmer daraus, dass im zweiten Satz der Risikobeschreibung als mitversichert eine Reihe von Tätigkeiten katalogartig aufgezählt sind, die häufig mit anwaltlicher

Tätigkeit einhergehen, mittlerweile möglicherweise zum gewandelten Berufsbild des Rechtsanwalts in einem weiteren Sinne gezählt werden können und deshalb bei einem weiten Verständnis des Begriffes „Tätigkeit als Rechtsanwalt“ keiner gesonderten Erwähnung bedürften.

Dementsprechend kann der durchschnittliche Versicherungsnehmer der Systematik der Risikobeschreibung entnehmen, dass die gemäß Satz 1 **versicherte freiberufliche „Tätigkeit als Rechtsanwalt“ allein die von unabhängiger Beratung und Vertretung in Rechtsangelegenheiten geprägte „klassische“ Tätigkeit des Rechtsanwalts meint, wie sie auch in § 3 BRAO beschrieben ist.** Darin bestärkt den Versicherungsnehmer auch die Formulierung der „Tätigkeit als Rechtsanwalt“ anstelle von „Tätigkeit des Rechtsanwalts“. Damit bringt die Risikobeschreibung nämlich im Kontext mit der Gegenüberstellung des ausdrücklich als abschließend bezeichneten Kataloges anderweitiger mitversicherter Tätigkeiten ebenfalls zum Ausdruck, dass Satz 1 nur die **Kerntätigkeit des Rechtsanwaltsberufes** meint (vgl. BGH, a.a.O.).

Danach hat der Kläger die ihm zur Last gelegte Pflichtverletzung nicht bei der Ausübung einer „Tätigkeit als Rechtsanwalt“ in dem vorstehend bezeichneten Sinne begangen. **Er hat eine solche Tätigkeit nämlich weder mit dem Zur-Verfügung-Stellen seines Geschäftskontos noch mit der Weiterleitung der darauf eingegangenen Anlegergelder ausgeübt.** Denn der Kläger war dabei weder mit Rechtsberatung noch mit Rechtsvertretung befasst.

Etwas anderes ergibt sich auch nicht aus den in den Haftpflichtprozessen gegen den Kläger ergangenen Urteilen.

Zwar bestand danach zwischen dem Kläger und dem Anleger ein Schuldverhältnis eigener Art gemäß § 311 Abs. 3 BGB. Dieses war jedoch nach Auffassung des OLG München und des LG München I nicht auf Rechtsberatung oder Rechtsvertretung gerichtet, sondern begründete lediglich Fürsorge und Rücksichtnahmepflichten im Sinne von § 241 Abs. 2 BGB, wonach der Kläger das Geschäftsmodell der ... GmbH hätte hinterfragen, die Annahme und Weiterleitung der Anlegergelder ablehnen und/oder die Einzahler darauf hätte hinweisen müssen, dass er den überwiesenen Betrag ohne jede Prüfung an die ... GmbH weiterleiten werde.

Die Erfüllung dieser Pflichten wäre keine anwaltliche Tätigkeit im Sinne des Versicherungsvertrages gewesen. **Denn dabei hätte der Kläger die Einzahler nicht rechtlich beraten müssen.** Das gilt auch für die Erteilung des beschriebenen Hinweises. Damit hätte er die Anleger nämlich lediglich über die von ihm vorgenommene Handhabung in Bezug auf die von ihnen überwiesenen Beträge informiert.

Dass die für die gegen den Kläger gerichteten Haftpflichtverfahren zuständigen Gerichte ihre Entscheidungen auch auf den Umstand gestützt haben, **dass es sich bei dem Kläger um einen Rechtsanwalt handelt, lässt nicht den Schluss zu, dass er gegenüber den Anlegern anwaltliche Tätigkeit im Sinne des mit der Beklagten abgeschlossenen Versicherungsvertrages ausgeübt hat.**

Dabei haben die Gerichte ausgeführt, der Kläger habe ungeprüft seinen Namen und sein Renommee als Rechtsanwalt zur Verfügung gestellt (OLG München in den Verfahren ... und ...). Es hätte sich ihm aufdrängen müssen, dass die Abwicklung der Einzahlungen der Anlagegelder über das Konto eines Rechtsanwalts dazu diene, bei den Anlegern ein besonderes Vertrauen in die Seriosität des angebotenen Geschäfts zu erwecken und dass die ... GmbH die dafür anfallenden Gebühren bezahlt, um sich das Ansehen eines eingeschalteten Anwalts bei der Anwerbung von Anlageinteressenten zunutze zu machen (OLG München im Fall ...). Der Kläger habe durch das Zur-Verfügung-Stellen des Rechtsanwaltskontos besonderes Vertrauen für sich in Anspruch genommen und somit den Abschluss des Vertrages mit der ... GmbH gefördert. Den Anlegern sei dadurch der Eindruck vermittelt worden, dass das Geschäftsgebahren der ... GmbH seriös sei (LG München im Fall ...).

Aus diesen Ausführungen ergibt sich nicht, dass der Kläger die ihm zur Last gelegten Pflichtverletzungen bei der Ausübung seiner Tätigkeit als Rechtsanwalt im Sinne der Risikobeschreibung im Abschnitt B der BBR-RA begangen hat. **Denn das einem Rechtsanwalt als solchem entgegengebrachte Vertrauen vermag die Auslegung des Leistungsversprechens der Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung und den Umfang der Deckungspflicht nicht zu beeinflussen. Die Bestimmungen in den VH 558:05 knüpfen nämlich das Leistungsversprechen an die konkrete Tätigkeit des Rechtsanwalts und nicht an dessen Status.** Wenn ein Mandant oder eine andere Person eine berufsfremde Tätigkeit des Rechtsanwalts in Anspruch nimmt, kann er bzw. sie ungeachtet des dem Anwalt aufgrund dessen beruflicher Stellung entgegengebrachten Vertrauens nicht auf dessen Versicherungsschutz hoffen (vgl. BGH, a.a.O.).

Die Klage ist auch nicht nach der Bestimmung unter BBR-RA A 5.3 VH 558:05, die die Deckung für Auszahlungsfehler bei Anderkonten regelt, begründet. Denn nach dieser Bestimmung sind Zahlungsvorgänge bei einem Anderkonto nur dann versichert, wenn sie in unmittelbarem Zusammenhang mit einer Rechtsanwalts-tätigkeit stehen (vgl. OLG Stuttgart, Urt. v. 23.9.2010 – 7 U 75/10, zit. n. juris). Eine solche Rechtsanwalts-tätigkeit liegt hier aber aus den oben genannten Gründen nicht vor. ■

Anwaltshaltung

- Negative Feststellungsklage gegen den Mandanten
 - Feststellungsinteresse
 - Darlegungs- und Beweislast des Mandanten
 - Widerklage des Mandanten
- (LG Schwerin, Urt. v. 13.2.2013 – 3 O 284/12)

Leitsatz (d. Red.):

1. Der Rechtsanwalt kann sich gegen die Behauptung eines Mandanten, er habe eine Pflichtverletzung begangen und dadurch einen Schadenersatzanspruch verur-

sacht, mit der Erhebung einer negativen Feststellungsklage wehren.

2. Die gesamtschuldnerisch mithaftenden Sozien haben ebenfalls ein Feststellungsinteresse.

3. Die Darlegungs- und Beweislast für das Bestehen des Schadenersatzanspruchs hat der Mandant. ■

Tatbestand:

Die Kläger begehren mit negativer Feststellungsklage festzustellen, dass der Beklagten ihnen gegenüber keinerlei Schadenersatzforderungen in Zusammenhang mit der Mandatierung im Scheidungsverfahren H. R. gegen S.R. – AG Ludwigslust, 5 F 18/06 – zustehen.

Die Beklagte macht mit der Widerklage vermutlich einen Teil-Schadenersatzanspruch wegen behaupteter anwaltlicher Pflichtverletzung im vorgenannten Scheidungsverfahren geltend.

Die Beklagte mandatierte nach dem Zugang der Scheidungsantragsschrift des Herrn H. R. vom 1.9.2005 zunächst die Kläger (R. W. I. G. U. B.), sie in ihrer Scheidungssache vor dem AG Ludwigslust, 5 F 18/06, anwaltlich zu vertreten. Ausgangslage des Mandats war die Tatsache, dass ihr ehemaliger Ehemann H. R. einen Antrag auf Scheidung der am 2.4.1977 vor dem Standesbeamten des Standesamtes Schwerin unter der Reg.-Nr. .../1977 geschlossenen Ehe gestellt hatte. Begründet hatte dieser den Antrag damit, dass er seit dem 18.8.2004 von der Beklagten getrennt lebe und es keine Versuche gegeben habe, die eheliche Gemeinschaft wiederherzustellen, denn er sehe hierfür auch keine Chancen mehr. Ferner lebe er auch wieder mit einer neuen Partnerin und deren Familie zusammen.

Die Beklagte wandte sich gegen den Scheidungsantrag mit der Behauptung, sie liebe ihren Ehemann immer noch und er könne auch immer noch zu ihr zurückkommen.

Mit Urteil vom 22.11.2007 wurde die Ehe der Beklagten geschieden. Nach Auffassung des AG Ludwigslust war die Ehe gemäß § 1565 Abs. 1 BGB als gescheitert zu betrachten, da die Ehegatten seit mehr als 3 Jahren getrennt gelebt hatten. Das Gericht ging von einer Trennung ab dem 18.8.2004 aus.

Gegen das amtsgerichtliche Urteil ging die Beklagte vor dem OLG Rostock – 10 UF 9/08 – am 9.1.2008 in Berufung, weil sie an der gescheiterten Ehe mit ihrem ehemaligen Ehemann H. R. unbedingt festhalten und diese gegen seinen Willen fortsetzen wollte.

Das Berufungsmandat vor dem OLG Rostock war auf Wunsch der Beklagten durch R. U. für die Kläger übernommen worden, der eine Reihe von weiteren Mandaten im Auftrag der Beklagten bereits geführt hatte.

R. H. ist am ... der Kanzlei W. als Mitsozius beigetreten.

Am 12.4.2008 teilte die Beklagte den Klägern mit, dass sie das Berufungsmandat mit den Klägern beendet und die Kanzlei wechselt. Die Kläger bestätigten der Beklagten am 14.4.2008 die erfolgte Beendigung des Berufungsmandats. Dies wurde dann von einer anderen Anwaltskanzlei fortgesetzt. Die Berufung der Beklagten gegen das erstinstanzliche Scheidungsurteil des AG Ludwigslust blieb erfolglos.

Bereits zu Beginn des Scheidungsverfahrens gab es Korrespondenz zwischen den damaligen Parteivertretern bezüglich des Zugewinns, den die Eheleute bis zum Stichtag erzielten. So übergab R. I. mit Schreiben vom 14.12.2005 die Auskunft der Beklagten über ihr Endvermögen und machte Ausführungen über wertbildende Faktoren bei der Berechnung des von ihr erzielten Zugewinns.

Mit Schreiben vom 10.4.2006 wies R. I. die Gegenpartei u.a. darauf hin, dass aus seiner Sicht das Vermögensverzeichnis des H. R. nicht zutreffend zu sein scheint. Er bat um Überprüfung und ggf. Korrektur. Weiter führt R. I. in dem Schreiben vom 10.4.2006 aus, dass ihm sichtbar scheint, dass nach der erteilten Auskunft beider Mandanten wohl ein Zugewinnausgleichsanspruch nicht in Betracht kommt.

Nach Beendigung des Mandats gab es dann mehrjährig keinen Kontakt mehr zwischen den Parteien. Unter dem 7.10.2011 und 9.10.2011 wandte sich dann die Beklagte unter Schilderung ihrer aktuellen Gegebenheiten an R. I. mit dem Angebot der Übernahme nicht näher bezeichneter Mandate.

Unter dem 10.10.2011 lehnte R. I. eine Mandatsübernahme ab. In der weiteren Folge kontaktierte die Beklagte die klägerische Kanzlei mehrfach mit der Aufforderung, Mandate zwecks „Schadenminimierung“ zu übernehmen. Dabei wurde insbesondere R. I. auch persönlich angegriffen. Dieser teilte der Beklagten unter dem 6.1.2012 nochmals mit, für eine Mandatsübernahme nicht zur Verfügung zu stehen. Unter dem 22.4.2012 wandte sich die Beklagte wiederum an die klägerische Kanzlei, namentlich an R. I., und erhob Schadenersatzforderungen wegen bewusst fehlerhafter und/oder unzureichender anwaltlicher Beratung mit Versäumnissen und dem Verdacht auf Rechtsbeugung im Scheidungsverfahren R./R., F 18/06 des AG Ludwigslust.

Die Forderung der Beklagten wiesen die Kläger unter dem 23.4.2012 dem Grunde und der Höhe nach zurück. Unter dem 27.4.2012 mahnte die Beklagte ihre vermeintliche Schadenersatzforderung mit Fristsetzung zum 12.5.2012 erneut an. Nach Ablauf der vorbenannten Frist hat die Beklagte dann beim AG Hamburg am 16.5.2012 einen Mahnbescheidsantrag über eine Teilforderung in Höhe von 85.000 EUR wegen eines angeblichen Schadenersatzanspruchs gemäß Schadenersatzforderung laut Aufforderungsschreiben vom 22.4./27.4.2012 gegen R. I. gestellt. Der Mahnbescheid ist am 18.5.2012 gegen R. I. erlassen worden. Gegen den Mahnbescheid hat R. I. am 23.5.2012 Widerspruch erhoben.

Nachfolgend hat die Beklagte den Antrag auf Erlass des Mahnbescheids zurückgenommen. Auf den in der Folge ergangenen Kostenfestsetzungsbeschluss hat die Beklagte am 21.8.2012 Zahlung in Höhe von 783,62 EUR geleistet.

Die Kläger haben am 23.4.2012 gegenüber ihrer Vermögensschadens-Haftpflichtversicherung die Schadenersatzforderung der Beklagten über 150.000 EUR angemeldet.

Die Beklagte berührt sich weiterhin Schadenersatzforderungen gegenüber den Klägern. Dies ergibt sich insbesondere schon aus der unter dem 13.1.2013 gegen die Kläger erhobenen Widerklage.

Die Kläger vertreten die Auffassung, die negative Feststellungsklage sei zulässig und begründet. Die Beklagte berühme sich Ansprüchen gegenüber den Klägern aus dem bestehenden Mandatsverhältnis in Zusammenhang mit der Ehescheidung der Beklagten. Derartige Ansprüche stünden ihr nach Auffassung der Kläger weder dem Grunde noch der Höhe nach zu. Anwaltliche Pflichten gegenüber der Beklagten seien nicht verletzt. Darüber hinaus sei die Beklagte nach Beendigung des Mandatsverhältnisses im April 2008 nachfolgend unstreitig durch andere Anwälte vertreten gewesen.

Soweit die Beklagte Ansprüche wegen behaupteter Pflichtverletzungen der Kläger in Zusammenhang mit dem Notarvertrag vom 2.10.2009 behauptete, seien die Kläger am Zustandekommen des Notarvertrages nicht beteiligt gewesen. (...)

Die Kläger beantragen:

1. Es wird festgestellt, dass der Beklagten weder gegenüber Herrn R. I. noch gegenüber den R. W., G., U., B. und H. ein Schadenersatzanspruch weder dem Grunde noch der Höhe nach über 150.000 EUR wegen „angeblich bewusst fehlerhafter und/oder unzureichender anwaltlicher Beratung mit Versäumnissen und dem Verdacht auf Rechtsbeugung im Scheidungsverfahren H. R. gegen S.R. – AG Ludwigslust, 5 F 18/06 –“ zusteht. (...)

Sie vertritt die Auffassung, die R. W. G. U. B. H. seien als Kläger nicht aktiv legitimiert. Schadenersatzansprüche der Beklagten würden sich nur gegen R. I. richten. Insoweit fehle es bezüglich der anderen Rechtsanwälte, außer R. I., am Feststellungsinteresse.

Der von der Beklagten geltend gemachte Schadenersatzanspruch aufgrund fehlerhafter Mandatsführung, Beratung und Vertretung sei auch in Höhe von mindestens 150.000 EUR begründet. Abgesehen davon, dass die Kläger die Vertretung der Beklagten im Scheidungsverfahren mangelhaft durchgeführt hätten, insbesondere den von der Gegenpartei vorgebrachten und vom Gericht festgesetzten Trennungszeitraum nicht substantiiert bestritten hätten, weswegen das Scheidungsurteil erwirkt wurde, hätten die Kläger die Beklagte nicht ordnungsgemäß über den Verlauf und Möglichkeiten des Zugewinnausgleichs aufgeklärt, die Zugewinnansprüche der Beklagten falsch eingeordnet und nicht für

eine gerichtliche Durchsetzung der Auskunftsansprüche der Beklagten gegen ihren damaligen Ehemann über sein Endvermögen gesorgt. Durch diesen Anwaltsfehler sei der Beklagten erheblicher Schaden entstanden.

Wenn die anwaltlichen Vertreter im Scheidungsverfahren die Auskunftsansprüche gegen den Ehemann der Beklagten geltend gemacht und gerichtlich durchgesetzt hätten, hätte die Beklagte erheblichen Zugewinnausgleich von ihrem Ehemann verlangen können. Nach der Rechnung der Beklagten ergebe sich ein Zugewinnanspruch der Beklagten gegen ihren Ehemann in Höhe von 364.769,82 EUR. Diesen Anspruch habe die Beklagte aufgrund fehlerhafter Beratung und Vertretung durch R. I. verloren. Schadenersatzansprüche gegen die Kläger seien auch nicht verjährt. Die Kläger seien mindestens bis Januar 2010 mandatiert gewesen.

Widerklagend beantragt die Beklagte: (...) ■

Aus den Gründen:

Die Klage ist zulässig und begründet.

Auf Feststellung des Bestehens oder Nichtbestehens eines Rechtsverhältnisses, auf Anerkennung einer Urkunde oder Feststellung ihrer Unechtheit kann Klage erhoben werden, wenn der Kläger ein rechtliches Interesse daran hat, dass das Rechtsverhältnis oder die Echtheit oder Unechtheit der Urkunde durch richterliche Entscheidung alsbald festgestellt werde (§ 256 Abs. 1 ZPO).

Die **negative Feststellungsklage** – Feststellung des Nichtbestehens eines Rechtsverhältnisses – **bietet dem angeblichen Schuldner die Möglichkeit, selbst vor Gericht aktiv zu werden und eine rechtskräftige Klärung des streitigen Anspruchs zu erreichen**. Dabei kann das Rechtsverhältnis, dessen Nichtbestehen festgestellt werden soll, auch einen einzelnen Anspruch erfassen. Das nach § 256 ZPO erforderliche Feststellungsinteresse ist vor allem dann gegeben, wenn sich der oder die Beklagte **ernsthaft eines Anspruchs gegen die oder den Kläger „berühmen“ und ein schutzwürdiges Interesse des Klägers an alsbaldiger Feststellung besteht**.

Ein Feststellungsinteresse im Sinne von § 256 Abs. 1 ZPO besteht grundsätzlich nur, wenn dem subjektiven Recht des Klägers eine gegenwärtige Gefahr der Unsicherheit dadurch droht, dass der Beklagte es ernstlich bestreitet oder er sich eines Rechts gegen den Kläger berührt und wenn das erstrebte Urteil in Folge seiner Rechtskraft geeignet ist, diese Gefahr zu beseitigen (vgl. Zöller/Greger, ZPO, § 256, Rdnr. 7 m.w.N.).

Diese Voraussetzungen liegen hier vor. Dabei ist ein Feststellungsinteresse nicht nur für R. I. gegeben, sondern auch für die weiteren Sozian der Kanzlei W. Dies begründet sich daraus, weil die Kläger grundsätzlich neben R. I. gesamtschuldnerisch mithaften, für den Fall, dass durch R. I. im Rahmen des Mandatsverhältnisses Pflichten verletzt wurden, die einen Schadenersatzanspruch der Beklagten begründen. Die Beklagte hat gegenüber allen Mitsozian das Ehescheidungsmandat für die I. und II. Instanz erteilt. Darüber hinaus hat

die Beklagte mit der Teil-Widerklage Ansprüche auch nicht nur gegenüber R. I., sondern gegenüber allen Klägern geltend gemacht. Jedenfalls vor diesem Hintergrund ist das Feststellungsinteresse aller Kläger gegeben.

Das Feststellungsinteresse der Kläger besteht auch vor dem Hintergrund der erhobenen Widerklage fort.

Erhebt der Beklagte der negativen Feststellungsklage wegen desselben Streitgegenstandes Leistungs(wider)klage, woran er nicht durch § 261 Abs. 3 Nr. 1 ZPO gehindert ist, oder eine ausnahmsweise zulässige positive Feststellungsklage, **so besteht das ursprünglich vorliegende Feststellungsinteresse grundsätzlich nur so lange fort, bis über die neue Klage streitig verhandelt wurde, diese also gemäß § 269 Abs. 1 ZPO nicht mehr einseitig zurückgenommen werden kann. Dann würde das Feststellungsinteresse entfallen und der Feststellungskläger wäre gehalten, seine damit unzulässig gewordene Klage für erledigt zu erklären** (BGH, NJW 1973, 1500).

Die Voraussetzungen für eine Teil-Erledigungserklärung liegen hier jedoch nicht vor, weil die Beklagte keine Begründung zur Widerklage abgegeben hat und deshalb der Streitgegenstand der Leistungs(wider)klage unklar ist. Deswegen waren die Kläger vorliegend ausnahmsweise nicht gehalten, die negative Feststellungsklage teilweise für erledigt zu erklären. Die Feststellungsklage bleibt vielmehr insgesamt zulässig.

Im Rahmen der negativen Feststellungsklage trifft **die Beklagte die Darlegungs- und Beweislast für das Bestehen des Anspruchs, dessen sie sich berührt**. Der entsprechenden Darlegungslast hat die Beklagte bereits nicht hinreichend entsprochen. Dies gilt unabhängig von der von den Klägern erhobenen Einrede der Verjährung.

Zwischen den Klägern und der Beklagten bestand ein Schuldverhältnis, nämlich ein Anwaltsvertrag im Sinne der §§ 611, 675 BGB. Das Mandatsverhältnis wurde von der Beklagten im April 2008 beendet.

Besteht ein Schuldverhältnis und verletzt der Schuldner eine Pflicht aus diesem Schuldverhältnis, so kann gemäß § 280 Abs. 1 S. 1 BGB der Gläubiger von dem Schuldner den Ersatz des hieraus entstehenden Schadens verlangen, es sei denn, der Schuldner hätte die Pflichtverletzung nicht zu vertreten, § 280 Abs. 1 S. 2 BGB.

Der Pflichtenkreis des Rechtsanwalts gegenüber seinem Mandanten wird von der Rechtsprechung sehr weit gefasst. Der Anwalt hat den Mandanten umfassend zu beraten und muss dessen Interessen innerhalb der Grenzen der Gesetze und des Standesrechts wahrnehmen. Nach gefestigter Rechtsprechung des BGH ist der um eine Beratung ersuchte Rechtsanwalt zu einer umfassenden und möglichst erschöpfenden Belehrung seines Auftraggebers verpflichtet. Er hat dem Mandanten diejenigen Schritte anzuraten, die zu dem erstrebten Ziel zu führen geeignet sind und Nachteile für den Auftraggeber zu verhindern, soweit solche voraussehbar und vermeidbar sind (BGH, NJW 1991, 2079).

Kraft des Anwaltsvertrages ist der Rechtsanwalt verpflichtet, die Interessen seines Auftraggebers in den Grenzen des erteilten Mandats nach jeder Richtung umfassend wahrzunehmen. Er muss sein Verhalten so einrichten, dass er Schädigungen seines Auftraggebers, mag deren Möglichkeit auch nur von einem Rechtskundigen vorausgesehen werden können, vermeidet. Welche konkreten Pflichten aus diesen allgemeinen Grundsätzen abzuleiten sind, richtet sich nach dem erteilten Mandat und den Umständen des einzelnen Falls (BGH, NJW-RR 1990, 1241).

Entsprechende Pflichtverletzungen der Kläger, insbesondere von R. I., die zu einem Schaden der Beklagten geführt haben könnten, sind von der Beklagten bereits nicht hinreichend dargelegt.

Das Mandat war nach der Kündigung durch die Beklagte im April 2008 beendet. Ein substantiierter Vortrag für eine andere Bewertung ist nicht gegeben. Ferner unstreitig war die Beklagte wegen der weiteren Geltendmachung familienrechtlicher Ansprüche nach Kündigung des Mandats gegenüber den Klägern **anderweitig rechtsanwaltlich vertreten, dies auch in unverjährter Zeit etwaiger Ansprüche**. Insoweit ist bereits nicht nachvollziehbar, wenn die Beklagte behauptet, aufgrund fehlerhafter Beurteilung der Zugewinnansprüche durch R. I. mit ihrem Ex-Ehemann einen sie erheblich benachteiligenden notariellen Vertrag vom 2.10.2009 geschlossen zu haben, in dem sie auf Zugewinnausgleichsansprüche verzichtet hat. Bereits nach eigenem Vorbringen der Beklagten haben weder R. I. noch die weiteren Kläger am notariellen Vertrag mitgewirkt. Vielmehr war das Mandatsverhältnis zu diesem Zeitpunkt bereits etwa 1 1/2 Jahre beendet.

Es ist auch nicht hinreichend dargelegt, aufgrund welcher konkreten Pflichtverletzung welcher konkrete Schaden eingetreten sein soll. Selbst für den Fall, dass Pflichtverletzungen der Kläger gegeben sein sollten, die zu Schäden bei der Beklagten führen konnten, wären Ansprüche der Beklagten nicht mehr durchsetzbar, weil die Kläger etwaigen Ansprüchen erfolgreich die Einrede der Verjährung entgegenhalten können.

Das Gesetz zur Anpassung von Verjährungsvorschriften hat ab dem 15.12.2004 auch die berufsrechtlichen Sonderbestimmungen für Rechtsanwälte, Patentanwälte und Steuerberater (§§ 51b BRAO, 45 b PatO, 68 StBerG) aufgehoben. Seitdem gilt die Regelverjährung für alle rechtsberatenden Berufe. Der dreijährige Fristablauf beginnt gemäß § 199 BGB n.F. am Jahresende nach Entstehung des Anspruchs und Kenntnis oder grob fahrlässiger Unkenntnis von Schädiger und Schaden. Etwaige Ansprüche der Beklagten wären danach mit Ablauf des 31.12.2011 verjährt.

Nach Aufhebung des § 51b BRAO und Überführung der berufsrechtlichen Sonderverjährung in das Verjährungsrecht des BGB sind sowohl die Hinweispflicht als auch die auf ihrer Verletzung beruhende sekundäre Schadenersatzpflicht obsolet. Die Kenntnis der allgemeinen Regelverjährungsvorschriften kann erwartet werden. Zudem tritt hinzu, wie bereits ausgeführt, dass die Beklagte nach Beendigung des

Mandats mit den Klägern anderweitig rechtsanwaltlich beraten und vertreten war.

Soweit die Beklagte behauptet, die Kläger seien mindestens bis Januar 2010 mandatiert gewesen, fehlt es auch hier an einem hinreichend substantiierten Vortrag und darüber hinaus an einem Beweisangebot. Daran vermögen auch der nicht nachgelassene Schriftsatz und die beigezeichnete Anlage nichts zu ändern.

Die Beklagte ist weiterhin verpflichtet, den Klägern als Verzugsschaden die Kosten der außergerichtlichen anwaltlichen Tätigkeit zu erstatten. Wegen der Berechnung wird in vollem Umfang auf V. der Klagschrift vom 5.6.2012 Bezug genommen. Ausgehend von einem Streitwert von 150.000 EUR, einer 1,5-Gebühr sowie einer 1,5-Erhöhungsgebühr für fünf weitere Auftraggeber ergibt sich ein Gesamterstattungsbeitrag von 5.682,25 EUR. Der entsprechende Zinsanspruch ist gemäß §§ 288 Abs. 1, 291 BGB begründet.

Die Widerklage ist bereits nicht zulässig.

Zwar ist das LG Schwerin gemäß § 33 Abs. 1 ZPO zuständig. Gemäß § 253 Abs. 2 muss die Klagschrift, in diesem Fall die Widerklagschrift, neben der Bezeichnung der Parteien und des Gerichts die bestimmte Angabe des Gegenstandes und des Grundes des erhobenen Anspruchs sowie einen bestimmten Antrag enthalten. Vorliegend hat die Beklagte eine Widerklage erhoben, bei der es sich vermutlich um eine Teil-Widerklage handeln soll. Es ist aber in der Widerklage weder der Gegenstand angegeben noch der Grund des erhobenen Anspruchs. Der notwendige Inhalt der Klagschrift ist von Amts wegen zu prüfen. Er ist hier nicht gegeben. (...) ■

Versicherungsrecht

- Haftpflichtversicherung
- Selbstbehalt
- Keine Aufklärungspflicht über Eigenanteil
(AG Hannover, Urt. v. 25.9.2014 – 541 C 8979/13)

Leitsatz (d. Red.):

Es besteht keine Verpflichtung des Haftpflichtversicherers, den Versicherungsnehmer im Falle einer Schadenregulierung auf den mit ihm vereinbarten Eigenanteil hinzuweisen. ■

Zum Sachverhalt:

Die Klägerin macht gegen die Beklagte Ansprüche aus der Abwicklung eines Haftpflichtschadens geltend.

Die Klägerin ist eine Steuerberatungsgesellschaft. Die Klägerin schloss bei der Beklagten eine Haftpflichtversicherung in Form einer Vermögensschaden-Haftpflichtversicherung ab mit einer Selbstbeteiligung je Schadenfall in Höhe von 2.500 EUR.

Mit Schreiben vom 7.11.2011 zeigte der Geschäftsführer der Klägerin gegenüber der Beklagten einen Schadenfall aus steuerlicher Beratung an. Der Geschäftsführer der Klägerin teilte mit, dass die Klägerin bei der Erstellung der Einkommenssteuererklärung 2008 für einen Mandanten Zinseinkünfte in Höhe von 36.222 EUR nicht angegeben habe, das FA Hameln deswegen ein Strafverfahren gegen den Mandanten eingeleitet und das AG Hannover letztlich eine Geldstrafe gegen den Mandanten verhängt habe.

Mit Schreiben vom 8.11.2011 bestätigte die Beklagte den Eingang der Schadenmeldung und wies darauf hin, dass ein Mitverschulden des Mandanten in Betracht komme, da der Steuerpflichtige die vom Steuerberater gefertigte Erklärung hinsichtlich der tatsächlichen Angaben zu überprüfen habe. Es schloss sich ein Schriftwechsel zwischen den Parteien an, in dessen Rahmen die Klägerin Einsicht in die steuerlichen Unterlagen nahm und an ihrem Mitverschuldenseinwand festhielt. Mit Schreiben vom 13.2.2012 teilte die Klägerin der Beklagten mit, dass aufgrund ihrer Verhandlungen für den Mandanten mit den Strafverfolgungsbehörden die Höhe der Geldstrafe im Strafbefehl von 12.600 EUR auf 9.000 EUR herabgesetzt werden konnte. Mit Schreiben vom 14.2.2012 teilte die Beklagte der Klägerin Folgendes mit:

„Bereits in unserem vorausgegangenen Schreiben hatten wir auf das Mitverschulden Ihres Mandanten hingewiesen. Aus diesem Grunde halten wir eine vergleichsweise Regelung auf der Basis von 5.000 EUR für angemessen. Bitte teilen Sie uns zu gegebenem Zeitpunkt mit, ob Ihr Mandant dieses Angebot annimmt. Wir werden dann eine Abfindungsvereinbarung übersenden.“

Mit Schreiben vom 2.5.2012 übersandte die Klägerin die Einverständniserklärung des Mandanten an die Beklagte mit folgendem Zusatz: „Bitte, überweisen Sie den vereinbarten Betrag über 5.000 EUR auf das angegebene Konto.“ Die Beklagte zahlte 2.500 EUR direkt an den Mandanten der Klägerin und teilte der Klägerin mit, dass sie die Angelegenheit nunmehr bedingungsgemäß abrechne und nach Abzug des im Versicherungsvertrag vereinbarten Fest-Selbstbehalts in Höhe von 2.500 EUR sich eine Versicherungsleistung in Höhe von ebenfalls 2.500 EUR errechne, die direkt an den Mandanten gezahlt werde.

Im Juni 2012 teilte die Klägerin der Beklagten mit, sie sei davon ausgegangen, dass die Beklagte die gesamten 5.000 EUR an ihren Mandanten leiste, da sie gegenüber ihrem Mandanten bereits auf Honorar in Höhe von 3.051,65 EUR verzichtet habe.

Die Klägerin ist der Ansicht, die Beklagte habe ihre Aufklärungspflicht verletzt, indem sie sie – die Klägerin – nicht darauf hingewiesen habe, dass nicht die gesamte Vergleichssumme in Höhe von 5.000 EUR von der Beklagten bezahlt werde, sondern noch ihr Eigenanteil in Abzug zu bringen sei; ihr sei dadurch ein Schaden in Höhe von 2.500 EUR entstanden, für den die Beklagte schadenersatzpflichtig sei.

(Anträge: ...) ■

Aus den Gründen:

Die zulässige Klage ist unbegründet.

Der Klägerin steht der geltend gemachte Anspruch auf Schadenersatz in Höhe von 2.500 EUR gegen die Beklagte gemäß § 280 Abs. 1 BGB nicht zu.

Eine schuldhaftige Pflichtverletzung durch die Beklagte lässt sich nicht feststellen. Die Beklagte war nicht verpflichtet, die Klägerin bei Unterbreitung des Vergleichsvorschlags darauf hinzuweisen, dass die Schadenregulierung in Höhe von 5.000 EUR den Eigenanteil der Klägerin in Höhe von 2.500 EUR beinhaltete. Der vertraglich vereinbarte Eigenanteil in Höhe von 2.500 EUR war der Klägerin aufgrund der Vertragsunterlagen bekannt. Sie durfte aufgrund der Vorkorrespondenz auch nicht davon ausgehen, dass die Beklagte für die Schadenregulierung einen Betrag von 5.000 EUR zzgl. des von der Klägerin zu leistenden Eigenanteils in Höhe von 2.500 EUR für berechtigt erachtet.

Denn die Beklagte hatte in der Vorkorrespondenz stets darauf hingewiesen, dass von einem Mitverschulden des Mandanten der Klägerin auszugehen sei und eine vergleichsweise Regelung auf der Basis von 5.000 EUR angemessen erscheine. Damit hat sich die Beklagte klar ausgedrückt. Die Klägerin durfte die Erklärung auch nicht so verstehen, dass die Beklagte eine höhere Zahlung als insgesamt 5.000 EUR für gerechtfertigt hielt. Denn die Beklagte hatte unstreitig von dem zuvor von der Klägerin mit ihrem Mandanten vereinbarten Honorarverzicht keine Kenntnis. Diese erhielt sie erst nach Abschluss des Vergleichs.

Es bestand auch **keine Verpflichtung**, die Klägerin auf ein dahingehendes Missverständnis, dass die Schadenregulierung in Höhe von 5.000 EUR den **Eigenanteil** der Klägerin in Höhe von 2.500 EUR beinhaltet, **hinzuweisen**. Aus der Formulierung des Schreibens der Klägerin vom 2.5.2012, in dem sie die Beklagte bittet, den vereinbarten Betrag über 5.000 EUR auf das angegebene Konto des Mandanten zu überweisen, folgt eine Pflicht der Beklagten zur Aufklärung über den vertraglich vereinbarten Eigenanteil nicht. Zwar hätte die Beklagte aufgrund dieses Schreibens erkennen können, dass die Klägerin nicht an ihren Eigenanteil gedacht hatte, jedoch folgt daraus nicht die Verpflichtung der Beklagten, die Klägerin auf diesen hinzuweisen.

Denn diese Regelung ergibt sich bereits aus den dem Versicherungsvertrag zugrunde liegenden Bedingungen. Es oblag vielmehr der Klägerin, der Beklagten mitzuteilen, wie hoch der bei ihrem Mandanten eingetretene Schaden war. Um diese Information hatte die Beklagte die Klägerin auch ausdrücklich gebeten. Zum Vortrag der Schadenhöhe gehört auch der Umstand, dass sie dem Mandanten bereits ihr Honorar erlassen hat.

Der Beklagten als Haftpflichtversicherer oblag es nicht, nach etwaig bereits erfolgten Schadenregulierungen bei der Klägerin konkret nachzufragen. Sie durfte vielmehr davon ausgehen, dass ihr dies bei Mitteilung der Schadenhöhe mit angezeigt wird.

Zwar mag es sinnvoll und sicherlich freundlich sein, den Versicherungsnehmer, insbesondere den, der wenig Erfahrung mit Haftpflichtschäden hat, auf den vertraglich vereinbarten Eigenanteil hinzuweisen. **Das Unterlassen eines solchen Hinweises führt indes nicht dazu, dass die vertraglich vereinbarte Regelung für den konkreten Haftpflichtfall keine Gültigkeit mehr hat.** Die Klägerin muss sich vielmehr weiterhin an den vertraglichen Vereinbarungen festhalten lassen. Daraus, dass die Beklagte nicht ausdrücklich auf den Eigenanteil der Klägerin hingewiesen hat, lässt sich auch **nicht** ein **Verzicht** darauf durch die Beklagte entnehmen.

Unstreitig ist eine Verzichtserklärung nicht ausdrücklich abgegeben worden. Auch durch ihr Verhalten hat die Beklagte keinen Anlass gegeben, dass die Klägerin nach **Treu und Glauben** von einem Verzicht auf den Eigenanteil ausgehen durfte. Denn, wie dargelegt, hat die Beklagte stets darauf hingewiesen, dass sie lediglich eine hälftige Schadenregulierung für berechtigt erachte und damit eine weitergehende Zahlung über 5.000 EUR hinaus an den Mandanten der Klägerin nicht in Betracht kommt. Dies konnte die Klägerin der Korrespondenz unzweifelhaft entnehmen. (...) ■

Gl Literatur-Ecke

Al-Hami: Die Bedeutung des steuerlichen Gestaltungsmissbrauchs für den Steuerberaterregress, *DStR* 2016, 1949

Bösch: Falsche Prozessprognose = Anwaltshaftung?, *NJW-aktuell*, 9/2016, 16

Bösch: Haftung für unberechtigte Abmahnung, *NJW-aktuell*, 25/2016, 16

Braun: Hinweispflicht auf Beratungshilfe, *NJW-aktuell* 29/2016, 16

Brügge: Verstoßzeitpunkt in der Berufshaftpflichtversicherung, *NJW-aktuell*, 21/2016, 16

Deckenbrock: Nichtigkeit des Anwaltsvertrages bei Interessenkollision, *AnwBl Online* 2016, 472

Diehl: Anmerkung: Haftung des Anwalts bei fehlendem Entgegenwirken von Irrtümern und Versehen des Gerichts und einer darauf beruhenden mandantenbelastenden Fehlentscheidung des Gerichts, *ZfSch* 2016, 386

Gamp: Eigene Berufshaftpflicht-Versicherung einer Anwalts-GbR ist für angestellte RA lohnsteuerfrei, *ArbuR* 2016, 292

Gräfe: Zur Schadenkonsolidierung bei der Steuerberaterhaftung, *EWiR* 2016, 339

Karadag: Pflichtlektüre des Rechtsanwalts, *NJW-aktuell*, 5/2016, 16

Mannsky: „Stets zuverlässiges Büropersonal“ für Wiedereinsatzantrag gesucht, *NJW-aktuell*, 17/2016, 16

Meixner: Nachfragepflicht bei Gericht, *NJW-aktuell*, 13/2016, 18

Meixner: Steuerberaterhaftung – Umsatzsteuerbefreiung von Berufsbetreuern, Anmerkung zum Urteil des LG München I vom 13.11.2015 – 4 O 23715/14, *DStR* 2016, 1438

Meixner/Schröder: Anmerkung zum Urteil des OLG Naumburg vom 3.3.2016 – 4 U 36/15, *DStR* 2016, 1773

Schumacher: Das Versicherungsjunktim bei der anwaltlichen Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung, *VersR* 2016, 964

Schumacher: Der Wechsel in der Partnerschaftsgesellschaft mit beschränkter Berufshaftung, *GmbHR* 2016, 732

Seeger: Die Folgen des „Brexit“ für die britische Limited mit Verwaltungssitz in Deutschland, *DStR* 2016, 1817

Steinhauß: Lohnsteuerrechtliche Einordnung der Berufshaftpflichtversicherung einer Anwalts-GmbH, BFH, Urteil vom 10.3.2016 – VI R 58/14, *jurisPR SteuerR* 29/2016 Anm. 2

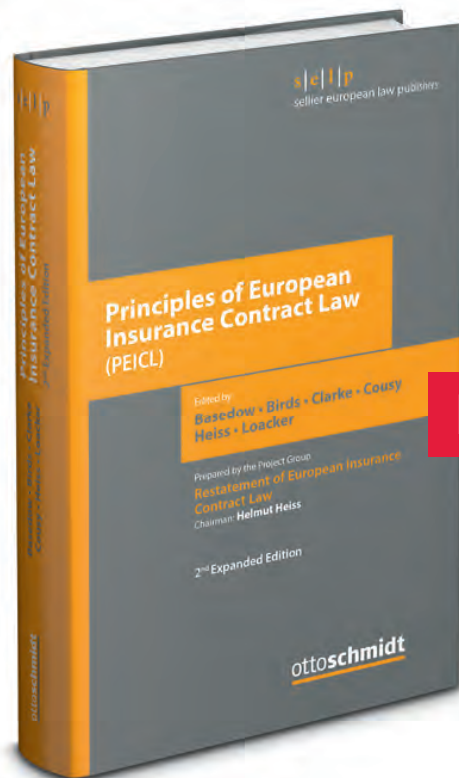
Therstappen: Achtung: Haftungsfallen bei Klagen gegen Finanzdienstleister, *AnwBl* 2016, 686

Valdini: Die Anwaltshaftung für Honorarfragen ausländischer Anwälte, *MDR* 2016, 677

Weberstaedt: Online-Rechts-Generatoren als erlaubnispflichtige Rechtsdienstleistung?, *AnwBl* 2016, 535

Weitze-Scholl: Zur Frage der Haftung eines Steuerberaters bei einer unzureichenden Beratung eines italienischen Fußballprofis zur in Deutschland anfallenden Kirchensteuer für Kirchenmitglieder, *DStR* 2016, 1239

Eine Fundgrube im Versicherungsrecht.



NEU

Basedow/Birds/Clarke/Cousy/Heiss/Loacker **Principles of European Insurance Contract Law** Herausgegeben von Prof. Dr. Jürgen Basedow, Prof. John Birds, Prof. Dr. Malcolm Clarke, Prof. Dr. Herman Cousy, Prof. Dr. Helmut Heiss, Dr. Leander Loacker. 2. neu bearbeitete Auflage 2016, 976 Seiten Lexikonformat, gbd. 229,- €. ISBN 978-3-504-08002-0

Die „Principles of European Insurance Contract Law“ (PEICL) wurden als Modell für ein optionales Instrument des europäischen Versicherungsvertragsrechts ausgearbeitet und werden derzeit auf EU-Ebene diskutiert.

Die 2. Auflage enthält die Grundlagen für alle Versicherungszweige, nun auch für die Haftpflicht-, Lebens- und Gruppenversicherung. Der Band enthält zusätzlich einen einzigartigen Überblick über die zentralen Regelungen der bestehenden nationalen europäischen Versicherungsvertragsrechte; die Grundregeln wurden in 17 Sprachen übersetzt.

„Die [PEICL] bieten [...] eine wahre Fundgrube an aktueller Information über zentrale Regelungen vieler europäischer Versicherungsvertragsrechte.“

Prof. Dr. Christian Armbrüster zur Voraufgabe in ZEuP 2010, 979

Ursprünglich aus dem Hause Sellier erscheint die Neuauflage nun erstmals im Verlag Dr. Otto Schmidt. Bitte beachten Sie: Der Band erscheint in englischer Sprache.

Probelesen und bestellen unter **www.otto-schmidt.de/peicl2**

otto**schmidt**

GI service

Info

GIservice im November

GIservice, unser begleitender Newsletter mit Haftungsthemen, aktuellen Versicherungsthemen, Infos zu Vorsorgethemen, private Absicherung, sowie spannenden Tipps und Kurzmeldungen, erscheint das nächste Mal im November.

Mit unseren berufsspezifischen, kostenlosen Fachinformationen Glaktuell und GIservice bleiben Sie immer auf dem Laufenden. Am besten gleich kostenlos unter www.hdi.de/gi anmelden.

Unser Tipp:

Urteilsdatenbank komplett überarbeitet und jetzt noch benutzerfreundlicher – mehr als 35 Jahre Haftungsrechtsprechung für beratende Berufe unter www.hdi.de/urteilssuche

Ihr wichtigster
Handelspartner

otto-schmidt.de/osv2

Service-Fax

(0511) 645 111 3661

Bitte senden Sie Ihre Anfragen zu folgenden Themen an die oben stehende Fax-Nummer: Adressänderungen · Nachbestellung von einzelnen GI-Heften · Anforderung einzelner GI-Urteile (bitte Jahrgang und Seitenzahl angeben).

Worauf Sie sich verlassen können:

HDI steht für umfassende Versicherungs- und Vorsorgelösungen, abgestimmt auf die Bedürfnisse unserer Kunden aus Industrie, mittelständischen Unternehmen, den Freien Berufen und Privathaushalten.

Was uns auszeichnet, sind zukunftsorientierte, effiziente Produktkonzepte mit einem guten Preis-Leistungs-Verhältnis sowie ein exzellenter Service. Die HDI Versicherung AG bietet ein breites Leistungsspektrum, das alle Bereiche der Sach-, Unfall- und Kraftfahrtversicherung abdeckt: Es reicht von unserem innovativen Compact-Versicherungsschutz für Firmen über unsere leistungsfähigen Berufshaftpflichtversicherungen für die Freien Berufe bis hin zu anspruchsvollen Lösungen für den Privathaushalt.

HDI gehört zum Talanx-Konzern, der nach Beitragseinnahmen drittgrößten deutschen Versicherungsgruppe.

Impressum

GI Informationen für wirtschaftsprüfende,
rechts- und steuerberatende Berufe · ISSN 2199-5478

Herausgeber

HDI Versicherung AG, Nicole Gustiné, Produktmarketing Sach
HDI-Platz 1, 30659 Hannover, Fax: (0511) 645 111 3661
E-Mail: nicole.gustine@hdi.de

Redaktion

Dr. Jürgen Gräfe, Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht
Fachanwalt für Versicherungsrecht
Rafael Meixner, Rechtsanwalt, HDI (verantwortlich für den Inhalt)

Erscheinungsweise

6-mal im Jahr, jeweils am 10. des Monats

Verlag

Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Gustav-Heinemann-Ufer 58, 50968 Köln

Abonnementservice

Fax: (0511) 645 111 3661

Layout und Satz

Type Connection, Lechenicher Str. 29, 50374 Erftstadt

Druck

rewi druckhaus, Reiner Winters GmbH, Wiesenstr. 11, 57537 Wissen

Verlag Dr. Otto Schmidt KG, Postfach 511026, 50946 Köln
Postvertriebsstück G 31191, Entgelt bezahlt